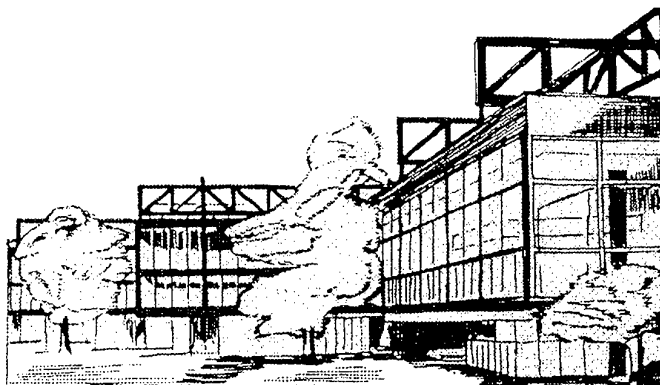


UNIVERSITÄT DER BUNDESWEHR HAMBURG

4/1999

Schulsystem und Minderheitenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt

Lutz R. Reuter



Beiträge
aus dem
Fachbereich Pädagogik

ISSN 0175 - 310x

20030108 078

REPORT DOCUMENTATION PAGE

Form Approved OMB No. 0704-0188

Public reporting burden for this collection of information is estimated to average 1 hour per response, including the time for reviewing instructions, searching existing data sources, gathering and maintaining the data needed, and completing and reviewing the collection of information. Send comments regarding this burden estimate or any other aspect of this collection of information, including suggestions for reducing this burden to Washington Headquarters Services, Directorate for Information Operations and Reports, 1215 Jefferson Davis Highway, Suite 1204, Arlington, VA 22202-4302, and to the Office of Management and Budget, Paperwork Reduction Project (0704-0188), Washington, DC 20503.

1. AGENCY USE ONLY (Leave blank)

2. REPORT DATE

1999

3. REPORT TYPE AND DATES COVERED

Series Publication

4. TITLE AND SUBTITLE

Schulsystem und Minderheitenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt

School System and Minority Policy in Mecklenburg-Vorpommern and Sachsen-Anhalt

5. FUNDING NUMBERS

6. AUTHOR(S)

Lutz R. Reuter

7. PERFORMING ORGANIZATION NAME(S) AND ADDRESS(ES)

Beitraege aus dem Fachbereich Paedagogik, Universitaet der Bundeswehr Muenchen

8. PERFORMING ORGANIZATION Report
Number REPORT NUMBER

No. 4/1999

9. SPONSORING/MONITORING AGENCY NAME(S) AND ADDRESS(ES)

10. SPONSORING/MONITORING
AGENCY REPORT NUMBER

ISSN 0175-310x

11. SUPPLEMENTARY NOTES

Text in German. Title and abstract in German and English, 105 pages, ISSN 0175-310x, No. 4/1999.

12a. DISTRIBUTION/AVAILABILITY STATEMENT

Distribution A: Public Release.

12b. DISTRIBUTION CODE

ABSTRACT (Maximum 200 words)

Relying heavily on statistics, this general survey broaches the demographic makeup of the school systems in the German regions of Mecklenburg-Vorpommern and Sachsen-Anhalt, then goes on to detail the role played by minority groups in these regions. The minority group pupils are profiled in terms of ethnic origin, language aptitude, career options, as well as their adaptation to the school curriculum. Importantly and lastly, the school curriculum is likewise scrutinized insofar as it has changed over the years to meet the evolving German demography. This section covers the most territory and suggests that further integration must be coupled with this mutual adaptation in order for the foreign-born pupils to become productive citizens in their new homeland.

14. SUBJECT TERMS

German, UNIBW, German educational system, Minority groups in Germany, Emigration to Germany, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, School curricula

15. NUMBER OF PAGES

16. PRICE CODE

17. SECURITY CLASSIFICATION
OF REPORT

UNCLASSIFIED

18. SECURITY CLASSIFICATION
OF THIS PAGE

UNCLASSIFIED

19. SECURITY CLASSIFICATION
OF ABSTRACT

UNCLASSIFIED

20. LIMITATION OF ABSTRACT

UNLIMITED

Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der
Universität der Bundeswehr Hamburg

Hrsg.: Lutz R. Reuter und Gehard Strunk

4/1999

**Schulsystem und Minderheitenpolitik
in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt**

Lutz R. Reuter

Hamburg, Mai 1999

ISSN 0175 - 310X

Vorabdruck der Länderberichte zu Mecklenburg-Vorpommern und zu Sachsen-Anhalt des DFG-Projekts »Schulbildung für Migrantenkinder und Kinder autochthoner Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland«. Die Berichte über alle 16 Bundesländer werden veröffentlicht in: Ingrid Gogolin, Ursula Neumann und Lutz R. Reuter (Hrsg.): Schulbildung für die Kinder von Minderheiten in Deutschland: Schulrecht, Schulorganisation, curriculare Fragen, sprachliche Bildung. Münster/ New York: Waxmann, voraussichtlich 1999.

AQ F03-02-0425

Inhalt

	Seite
Schulsystem und Minderheitenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern	3-52
Schulsystem und Minderheitenpolitik in Sachsen-Anhalt	53-105

Lutz R. Reuter

Schulsystem und Minderheitenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

I. Allgemeine Informationen

1. Aufbau des Schulsystems

Das Schulsystem des Landes Mecklenburg-Vorpommern umfaßt die Jahrgangsstufen 1 bis 4 im Primarbereich (Grundschule), die Jahrgangsstufen 5 bis 10 im Sekundarbereich I und die Jahrgangsstufen 11 bis 12 im Sekundarbereich II; ein dreizehntes Schuljahr ist ab dem 1. August 2000 vorgesehen (§ 21 Abs. 5 Schulgesetz). An der Grundschule können Vorklassen (bzw. Diagnoseförderklassen) für schulpflichtige, aber in ihrer allgemeinen Entwicklung verzögerte (bzw. stark verzögerte) Kinder eingerichtet werden. Der Sekundarbereich I (§ 11 Schulgesetz) ist viergliedrig: Er besteht aus der fünf- bzw. sechsjährigen Hauptschule (Hauptschulabschluß nach Klasse 9, qualifizierter Hauptschulabschluß nach Klasse 10), der sechsjährigen Realschule (Realschulabschluß bzw. qualifizierter Realschulabschluß nach Klasse 10), der sechsjährigen Gesamtschule und dem sechsjährigen Gymnasium (Realschulabschluß bzw. qualifizierter Realschulabschluß nach Klasse 10). Hauptschule und Realschule bilden nach dem Schulgesetz vom 15. Mai 1996 eine organisatorische Einheit (verbundene Haupt- und Realschule), können aber im Ausnahmefall auch als selbständige Schulen geführt werden. Der Unterricht des Hauptschul- und des Realschulbildungsganges erfolgt in abschlußbezogenen Hauptschulklassen oder Realschulklassen, er kann jedoch auch in bildungsgangübergreifenden Haupt- und Realschulklassen stattfinden (§ 6 Abs. 1 Stundentafelverordnung).¹ Die Gesamtschule besteht entweder als kooperative oder als integrierte Gesamtschule (Abschlüsse der verbundenen Haupt- und Realschule) und kann mit einer gymnasialen Oberstufe ausgestattet sein.² Das

¹ Verordnung über die Stundentafeln an den allgemeinbildenden Schulen vom 3. Juni 1996; Bildungsgangübergreifender Unterricht in der verbundenen Haupt- und Realschule, Erlaß vom 9. Oktober 1996.

² Vgl. Die Arbeit in der integrierten Gesamtschule, Erlaß des Kultusministeriums vom 4. Juli 1996.

Gymnasium verfügt über eine gymnasiale Oberstufe (Jahrgangsstufen 11 und 12; Abitur), kann aber als Progymnasium auch auf die Jahrgangsstufen 5 bis 9 beschränkt sein. Danach ist der Wechsel auf ein ausgebautes regionales Gymnasium bzw. eine gymnasiale Oberstufe möglich. Das Fachgymnasium vermittelt eine vertiefte und erweiterte allgemeine Bildung sowie eine berufsbezogene Bildung, die den Anforderungen für die Aufnahme eines Hochschulstudiums oder einer anspruchsvollen Berufsausbildung entspricht (§§ 11-22 Schulgesetz). Die Lehrerinnen und Lehrer an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie für Sonderpädagogik gehören zu den Laufbahnen des gehobenen Dienstes, die Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen zum höheren Dienst.³

Das *Erste Schulreformgesetz* vom 26. April 1991⁴ wurde durch das Schulgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (SchulG M-V) vom 15. Mai 1996⁵ zum 1. August 1996 außer Kraft gesetzt. Vorläufige Rahmenrichtlinien für die Fächer der allgemeinbildenden Schulen wurden zwischen 1990 und 1992 erlassen. Diese wurden durch Rahmenpläne, die den Lehrkräften mehr Gestaltungsfreiräume im Unterricht geben, zwischen 1993 und 1998 ersetzt, d.h. zunächst zur Erprobung erlassen und einer Evaluation unter Federführung des Landesinstituts Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung (L.I.S.A.) unterzogen. Rahmenpläne liegen inzwischen für alle Grundschulfächer außer Werkunterricht und Schulgartenunterricht vor. Für alle Schularten des Sekundarbereichs I fehlen die Rahmenpläne der Fächer Deutsch, Informatik, Katholische Religionslehre, Kunst und Gestaltung, Musik, Sozialkunde, Sport und Werkunterricht. Weiterhin gibt es noch keine neuen Rahmenpläne für Astronomie (Realschule, Gymnasium), Biologie (Haupt- und Realschule, Englisch (Realschule, Gymnasium) und Französisch (Realschule), für Geographie, Geschichte und Russisch (jeweils Haupt- und Realschule) sowie für Griechisch, Italienisch, Polnisch und Schwedisch (jeweils Gymnasium). Im Sekundarbereich II schließlich liegen neue Rahmenpläne vor für die

³ §§ 15-19 Landesverordnung über die Laufbahn im Schul- und Schulaufsichtsdienst (Lehrerlaufbahnverordnung - BesLaufb VO Schulen M-V) vom 17. Dezember 1996.

⁴ GVOBl. M-V S. 123.

⁵ GVOBl. M-V S. 205; zuletzt geändert am 25. September 1997, in: GVOBl. M-V S. 502.

Fächer Chemie, Geographie, Evangelische und Katholische Religion, Kunst und Gestaltung, Latein und Philosophie.⁶

2. Schülerzahlen und Schularten

Im Schuljahr 1995/96 besuchten 294.300 Schülerinnen und Schüler öffentliche oder private allgemeinbildende Schulen in Mecklenburg-Vorpommern; im Schuljahr 1993/94 waren es noch 298.200 1992/93 besuchten 382 Kinder Vorklassen bzw. Schulkindergärten, 1995/96 waren es 1.170 (1994/95: 1.245). Die Zahl der Grundschüler ging demgegenüber von 112.700 im Schuljahr 1991/92 über 109.700 (1993/94) auf 105.000 (1995/96) zurück.⁷ Diese Abnahme wird sich in den kommenden Schuljahren aufgrund des Geburtenrückgangs (1988: 28.495 Geburten, 1991: 13.635; 1994: 8.934) erheblich verstärken und in den Sekundarbereich hinein fortsetzen; für das Schuljahr 2000/01 werden nur noch 47.100 Grundschüler prognostiziert.⁸ Die bevorstehenden Konsequenzen für das Schulwesen antizipieren die §§ 12-21 SchulG M-V u.a. mit Bestimmungen zur »kleinen Grundschule auf dem Lande«⁹, zur »verbundenen Haupt- und Realschule«, zur Gesamtschule oder zum Progymnasium. Zwischen 1991 und 1995 hat die Schülerzahl im Sekundarbereich von 166.600 über 174.300 (1993) auf 174.700 (1994) noch leicht zu-, 1995 mit 174.000 jedoch erstmals abgenommen. Die Entwicklung der Schulbesuchszahlen in den Schularten des Sekundarbereich I zeigt die folgende Tabelle:

⁶ Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verzeichnis der Vorläufigen Rahmenrichtlinien und Rahmenpläne, Typoskript, Stand: April 1998. Der 1995 eingesetzten Lenkungsgruppe Rahmenplan-Arbeit im Kultusministerium liegen zahlreiche Rahmenplanentwürfe (u.a. Sozialkunde) zur Prüfung vor.

⁷ Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Dezernat 420: Schulstatistiken 1993-1995 Allgemeinbildende Schulen; Statistisches Landesamt, Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 1996, S. 68.

⁸ KMK-Dokumentation Nr. 132.

⁹ Konzept zum Programm »Grundschule auf dem Lande«, Beschluß des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern vom 25. März 1996 (Landtagsdrucksache 2/1393).

Tabelle 1: Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Sekundarbereich 1993 und 1994 in Mecklenburg-Vorpommern pro Tausend

Schularten/ Schuljahr	GS	HS	RS	gemischte Klasse*	IGS	Gymn.	Sonder- schule
1991/92	112,7	15,2	87,6	0,9	6,9	52,1	12,2
1992/93	111,3	14,4	63,8	23,7*	5,2	62,7	13,0
1993/94	109,7	16,7	75,0	7,7	6,7	67,8	13,3
1994/95	108,2	17,2	78,7	4,8	8,0	65,7	13,7
1995/96	105,0	17,1	78,9	6,2	8,2	63,4	14,0

* Im Schuljahr 1991/92 nur schulartunabhängige Orientierungsstufe, die von 19,3% der Schüler besucht wurde; im Schuljahr 1992/93 schulartunabhängige Orientierungsstufe und verbundene Haupt- und Realschule; ab Schuljahr 1993/94 nur verbundene Haupt- und Realschule.
Quelle: Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 1996, S. 68.

Im Schuljahr 1994/95 (1993/94) besuchten 58,2% (57,5%) der Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereichs I selbständige oder bereits verbundene Haupt- und Realschulen, 4,5% (3,8%) Gesamtschulen, 29,5% (31,1%) Gymnasien und 7,9% (7,7%) Sonderschulen.

II. Unterscheidung von Minderheitengruppen

Die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993¹⁰ enthält mit Art. 18 eine Bestimmung über nationale Minderheiten und Volksgruppen:

Die kulturelle Eigenständigkeit ethnischer und nationaler Minderheiten und Volksgruppen von Bürgern deutscher Staatsangehörigkeit steht unter dem besonderen Schutz des Landes.

Im Sinne des internationalen Minderheitenrechts gilt diese Bestimmung für Personen, die - sich einer Minderheit zugehörig fühlend - über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen; von dieser Schutzgarantie nicht erfaßt werden also Zuwanderergruppen, die (noch) nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Art. 18

¹⁰ GVOBl. M-V S. 372.

Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern gilt daher für Angehörige sogenannter Streuminderheiten wie z.B. Sinti und Roma, polnisch-, rumänisch- oder russisch-stämmige Aussiedler oder eingebürgerte Zuwanderer.

Anders als das untergesetzliche Recht enthält das Schulgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern keine Aussagen zu Zuwanderer- oder Minderheitsgruppen. In den Richtlinien und Erlassen werden durchweg Aussiedler- und Ausländerkinder unterschieden, wiewohl nur selten daran unterschiedliche Rechtsfolgen geknüpft werden. Die amtliche Terminologie variiert; in einigen Erlassen und Rundschreiben ist die Rede von »Kindern deutscher Aussiedler und ausländischer Mitbürger«, »Kindern von in Deutschland wohnenden Ausländern« oder »Kindern von Asylbewerbern und Kontingentflüchtlingen«.¹¹ Die Aussiedler- und Ausländerkinder werden z.T. zusammenfassend angesprochen als »Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache«, »Schüler, die eine andere Muttersprache als Deutsch haben« oder »Jugendliche mit einem ausländischen Zeugnis«.¹² Alle Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern unterliegen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft der gesetzlichen Schulpflicht (§ 41 SchulG M-V).

(a) Aussiedlerkinder

Die in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Aussiedler kommen überwiegend aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion (GUS), vor allem aus Rußland und Kasachstan, aber auch aus Rumänien und Polen.

¹¹ Vgl. Eingliederung von Kindern deutscher Aussiedler (Berechtigte nach dem Bundesvertriebenengesetz - BVFG -) und ausländischer Mitbürger in die allgemeinbildenden Schulen Mecklenburg-Vorpommerns, Erlaß vom 22. Mai 1995, S. 154 (Eingliederungserlaß).

¹² Vgl. z.B. Verordnung über den Grenzbetrag bei der Beschaffung von Lehrmitteln - Grenzbetragsverordnung - vom 9. Juli 1991 (GrenzbetragsVO); Verordnung zur Arbeit und zum Ablegen der Abiturprüfung in der Oberstufe des Gymnasiums vom 3. Juni 1996 (Abiturprüfungsverordnung); Verordnung über die Versetzung und Abschlüsse an den allgemeinbildenden Schulen vom 3. Juni 1996 (Versetzungsverordnung - VAV); interne Statistiken Kultusministerium Abt. 2.

(b) Ausländische Kinder, insbesondere Flüchtlingskinder

Die Kinder der in Mecklenburg-Vorpommern wohnenden Ausländer stammen überwiegend aus Vietnam (Kinder von DDR-Vertragsarbeitern und Flüchtlingen), aber auch aus Rußland und anderen GUS-Staaten (jüdische Kontingentflüchtlinge) sowie aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens (insbesondere Bosnien und Serbien); weitere Herkunftsländer sind u.a. Afghanistan, Türkei, Bulgarien und China. Die Zahl der EU-Ausländer (Großbritannien, Griechenland und Niederlande) ist äußerst gering.

III. Schulorganisation für Minderheitengruppen

1. Zuständigkeiten

Die Schulaufsicht in Mecklenburg-Vorpommern ist zweistufig organisiert. Oberste Schulaufsichtsbehörde ist das Kultusministerium in Schwerin, untere Schulaufsichtsbehörden sind die Schulämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten (§§ 96f. SchulG M-V).¹³ Die insgesamt 18 Schulämter sind untere Landesbehörden; sie bestehen aus einem oder mehreren Schulräten, deren Zuständigkeit sich auch auf mehrere Kreise erstrecken kann (§ 97 Abs. 3 SchulG M-V). Die untere Schulaufsicht ist für alle Schularten zuständig; die interne Aufgabenverteilung zwischen den Schulräten der Landkreise ist durchweg territorial, teilweise aber auch schularten- oder aufgabenspezifisch organisiert. Die Schulämter nehmen auch eine Reihe personalrechtlicher Befugnisse wahr.¹⁴

Die Aufgaben zur Beschulung der Ausländer-, Aussiedler- und Flüchtlingskinder wird von den schulartbezogenen Referaten für Grundsatzangelegenheiten wahrgenommen; die Federführung erfolgt entsprechend. Für die allgemeinen und grundsätzlichen schulartübergreifenden und schulaufsichtlichen Aufgaben ist das Referat 211 zuständig. Soweit es sich um Grundsatz-, Lehrplan-, Schulrechts-,

¹³ Vgl. Schulaufsichtsverordnung vom 8. August 1996.

¹⁴ Vgl. Anordnung über die personalrechtlichen Befugnisse in der Schulaufsicht und für Schulen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern vom 18. November 1998.

Förder- oder Haushaltsangelegenheiten mit Bezug auf Minderheitenkinder handelt, sind außerdem die jeweiligen Fachreferate der Abteilung 2 (Schulen) beteiligt. Das Referat 170 ist zuständig für die Regelungen der Verhältnisse des Landes zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften; insofern ist es auch für die jüdischen Kontingentflüchtlinge aus den GUS-Staaten zuständig. Für Fragen der Eingliederung und Fortbildung dieses Personenkreises ist jedoch das Innenministerium zuständig. Aufgrund der deutsch-polnischen Verträge vom 14. November 1990 und 17. Juni 1991 wurde die Einrichtung von Ansprechstellen für die jeweils andere nationale Minderheit in den beiden Unterzeichnerstaaten vereinbart. In Mecklenburg-Vorpommern wurde das Kirchenreferat (170) mit dieser Aufgabe betraut. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gibt es jedoch in Mecklenburg-Vorpommern weder einen polnischen Interessenverband noch Einzelanfragen dieser Bevölkerungsgruppe, so daß die Ansprechstelle bisher keine Außenwirkung entfaltet hat. Für Bildungsfragen mit europäischen und internationalen Bezügen sind die jeweiligen Fachreferate der Abteilung 2 zuständig, die sich mit dem Referat für Bundesrats- und Europaangelegenheiten (180) abzustimmen haben.

Tabelle 2: Organigramm der Zuständigkeiten

Ebenen	Ausländer- und Flüchtlingskinder	Aussiedlerkinder
Ministerialebene (oberste Schulaufsicht)	Abteilung 2: Schulen Gruppe 20: Schulgestaltung Gruppe 21: Schulaufsicht (schulartübergreifend: Ref. 211) Abteilung 1: Allgemeine Abteilung Ref. 170: Religionsgemeinschaften; jüdische Zuwanderer (GUS)	Abteilung 2: Schulen Gruppe 20: Schulgestaltung Gruppe 21: Schulaufsicht (schulartübergreifend Ref. 211) Abteilung 1: Allgemeine Abteilung Ref. 170: Religionsgemeinschaften; polnischstämmige Zuwanderer
Schulamtsebene (untere Schulaufsicht)	Querschnittsaufgabe Ausländer- und Flüchtlingskinder	Querschnittsaufgabe Aussiedlerkinder
Schulebene	Zusatz- bzw. Förderunterricht (verstärkter Deutschunterricht) Förderklassen Europaschulen Deutsch-Polnisches Gymnasium Fremdsprachunterricht	Zusatz- bzw. Förderunterricht (verstärkter Deutschunterricht) Förderklassen Europaschulen Fremdsprachunterricht

Quelle: Organisationsplan des Kultusministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Stand 1.5.1995); ergänzende eigene Angaben.

2. Schulorganisatorische Regelungen für Minderheitengruppen

(a) Schulpflicht

Nach § 41 SchulG M-V ist schulpflichtig, wer im Lande Mecklenburg-Vorpommern seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder seine Ausbildungs- oder Arbeitsstätte hat. Danach unterliegen Aussiedlerkinder ebenso wie Ausländerkinder der Vollzeitschulpflicht (in der Regel neun Jahre) und der Teilzeitschulpflicht (in der Regel drei Jahre). Eine Legaldefinition des gewöhnlichen Aufenthaltes fehlt im Schulgesetz und auf der Erläubebene. Nach Auskunft des Kultusministeriums sind auch Kinder noch nicht anerkannter bzw. abgelehnter, aber befristet geduldeter Asylbewerber schulpflichtig. Eigene Recherchen haben ergeben, daß dies bei Kindern von Asylbewerbern und Kontingentflüchtlingsen, die in schulfernen ehemaligen sowjetischen Kasernen entlang der früheren innerdeutschen Grenze untergebracht sind, nicht ausnahmslos der Fall ist.

Die Aufnahme in der Schule erfolgt nach dem ausländischen Vorbildungsnachweis oder aufgrund des Ergebnisses eines Anerkennungsverfahrens durch die oberste Schulaufsicht in die entsprechende Jahrgangsklasse oder auf Wunsch der Erziehungsberechtigten in die dem bisherigen Schulbesuch entsprechende nächstniedrigere Jahrgangsstufe. Eine Einstufung bis zu zwei Jahrgangsstufen niedriger ist mit Blick auf die Entwicklung und den beabsichtigten Bildungsgang des einzelnen Schülers im Einvernehmen mit den Eltern zulässig. Schüler, die nach acht Schulbesuchsjahren der Schulpflicht des Herkunftslandes entsprochen haben, in Mecklenburg-Vorpommern aber noch nicht berufsschulpflichtig sind, erfüllen die Vollzeitschulpflicht durch den Besuch eines neunten Schuljahres.¹⁵

(b) Aussiedlerkinder

Die Aussiedlerkinder werden - zunächst probeweise - in die entsprechende Regelklasse eingeschult. Nach dem Eingliederungserlaß von 1995 sollen keine Vorbereitungsklassen (»besondere Einführungsklassen«) eingerichtet werden; Vorrang hat der Förderunterricht.¹⁶ Es können allerdings an Schulen in Orten mit ei-

¹⁵ Eingliederungserlaß, Ziff. 1.1.1-1.1.4; 1.2.1 S. 1; 1.2.4.

¹⁶ Eingliederungserlaß, Ziff. 1.2.1 S. 2; 2.1.

nem starken Zugang von Aussiedlern für mindestens 15 Schüler »Förderklassen« im Umfang von 24 Wochenstunden (Primarstufe) und 30 Wochenstunden (Sekundarbereich I bis Klasse 10) eingerichtet werden.¹⁷ Bei Bedarf kann die Vorbereitung auf die Eingliederung in die alters- oder leistungsentsprechende Klasse auch klassenübergreifend, in zentralen Klassen für mehrere Schulbezirke sowie in besonderen außerschulischen Fördereinrichtungen erfolgen.¹⁸ Der Übergang von den Förderklassen in die Regelklassen soll fließend, d.h. zunächst nur in einigen Fächern erfolgen. Die Dauer des Besuchs soll in der Regel ein Jahr nicht überschreiten; er kann verkürzt und nur in besonders begründeten Einzelfällen mit Zustimmung des Schulamts auf zwei Jahre ausgedehnt werden.

Da die Mindestschülerzahl zur Bildung von Förderklassen nur ausnahmsweise erreicht wird - landesweit gab es 1995 nur drei Förderklassen in Schwerin und Güstrow, liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen im Fördergruppenunterricht. Verstärkter Deutschunterricht wird im Umfang von ca. 12 Wochenstunden bei entsprechend reduziertem Unterricht in den anderen Fächern, stützender Förderunterricht im Umfang von vier Stunden für je zwei bis sechs Schüler bzw. fünf Stunden für Gruppen ab sieben Schüler erteilt. 1995 gab es landesweit 135 schulische Fördergruppen. Für diese Maßnahmen gibt es gesonderte Lehrerstundenzuweisungen nach dem Erlaß zur Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen. (In Schwerin stehen beispielsweise für verstärkten Deutschunterricht im Umfang von ca. 90 Stunden vier Lehrerstellen zur Verfügung [1995/96]). In der Praxis entnehmen die Schulen Stunden auch aus dem allgemeinen Förderstundenkontingent.

Die Fördermaßnahmen dienen vorrangig dem Erwerb der deutschen Sprache oder der Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse. Ihr Ziel ist die Fortsetzung des Schulbesuchs mit möglichst geringem Zeitverlust in einem ihrer Leistungsfä-

¹⁷ Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 1995/96 vom 20. Juni 1995 (Unterrichtsversorgungserlaß); Erläuterungen zu den Stundentafeln der allgemeinbildenden Schulen vom 17. August 1992 (Erläuterungen); Eingliederungserlaß.

¹⁸ Ebd. Ziff. 2.3.1 S. 2; 2.3.3 S. 1.

higkeit entsprechenden Bildungsgang.¹⁹ Näher bestimmt hierzu Ziffer 2.1.2 Eingliederungserlaß:

„Über Schwächen in der deutschen Sprache soll hinweggesehen werden, wenn der Leistungsstand im allgemeinen den Anforderungen der Jahrgangsstufe entspricht und eine erfolgreiche Mitarbeit zu erwarten ist. In den ersten zwei Jahren des Besuchs einer deutschen Schule können Zeugnisnoten in den Fächern, in denen die Beherrschung der deutschen Sprache Voraussetzung für eine erfolgreiche Mitarbeit ist, durch Bemerkungen über den Leistungsgrad und/oder Lernfortschritt ersetzt beziehungsweise ergänzt werden.“

Sonderregelungen zur Aufnahme und Überweisung von Aussiedlerkindern in Schulen für Lernbehinderte schreiben besondere Sorgfalt vor; so soll zur Vermeidung von Fehlentscheidungen das Kind vor einer Überweisungsentscheidung an Fördermaßnahmen teilgenommen haben und auf die geplante Entscheidung hin besonders beobachtet worden sein. (Ziff. 2.4)

Als flankierende Maßnahmen zum Förderunterricht sollen die Schulen Hausaufgabenhilfen, Spielnachmittage und Projektveranstaltungen nutzen; zur Förderung der schulischen und gesellschaftlichen Eingliederung können auch die Angebote außerschulischer freier Träger wahrgenommen werden (Ziff. 2.5); 1995 gab es landesweit ca. 120 Fördergruppen für 536 Schüler, die von sieben freien Trägern (z.B. AWO, CDJ, DRK) sowie dem Sozialamt und dem Arbeitsamt angeboten wurden. Die Soll-Vorschrift des Eingliederungserlasses (Ziff. 2.3.1), wonach der Förderunterricht durch Lehrer erteilt werden soll, die über Kenntnisse der Sprache des Herkunftslandes oder über Erfahrungen im Unterricht mit Deutsch als Fremdsprache verfügen, wird derzeit nur zum Teil erfüllt.²⁰

¹⁹ Ebd. Ziff. 2.1.1 u. 2.3.1.

²⁰ Zahlenangaben aus internen Statistiken (Stand 1.2.95, Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern Referat 211).

c) Ausländerkinder

Die Regelungen für die »Kinder deutscher Aussiedler« gelten auch für die »Kinder ausländischer Mitbürger«.²¹ Ausnahmen stellen die Sonderregelungen des Eingliederungserlasses für Förderklassen, die nur „an Schulen in Orten mit einem starken Zugang von Aussiedlern“ vorgesehen sind (Ziff. 2.3.3), und die ein- bis zweijährigen Sonderlehrgänge für Aussiedler aus Ländern mit zwölfjähriger Schulzeit (die GUS-Staaten) zum Erwerb des Abiturs dar (Ziff. 4).

IV. Anteil der Minderheitengruppen in den allgemeinbildenden Schulen

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die Minderheitengruppen angehören, an der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler im allgemeinbildenden Schulwesen des Landes Mecklenburg-Vorpommern steigt zwar an, ist aber immer noch sehr klein. Der Anteil der ausländischen Schüler betrug 1995 nur 0,68% (bzw. 990 Schüler; 1994: 0,3% bzw. 748 Schüler; 1992: 0,13% bzw. 387 Schüler; 1991: 0,09% bzw. 252 Schüler). Nur 17 Jugendliche beendeten 1994 allgemeinbildende Schulen (davon vier ohne und zwei mit Hauptschulabschluß; neun mit Realschulabschluß und zwei mit Hochschulreife).²²

Tabelle 3: Ausländische Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen 1991-1995

Schuljahr	insg.	Vorkl.	GS	vHRS	HS	RS	Gymn	IGS	SonderS	AbendG
1991/92	252	0	145	0	19	42	38	6	2	0
1992/93	387	1	217	33*	18	55	54	5	3	1
1993/94	502	0	289	18	24	93	64	8	5	1
1994/95	748	9	418	28	49	128	95	15	6	0
1995/96	990	6	551	34	56	180	141	16	6	0

* Im Schuljahr 1991/92 nur schulartunabhängige Orientierungsstufe; im Schuljahr 1992/93 schulartunabhängige Orientierungsstufe und »gemischte Klassen«; ab Schuljahr 1993/94 verbundene Haupt- und Realschule.

²¹ Eingliederungserlaß.

²² KMK-Dokumentation Nr. 136, S. 23f., 32, 37, 41, 46, 49, 54, 59, 64, 69, 74, 159; Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Presseinformation 17/94 vom 27.01.94; Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 1996, S. 65, 68.

Abk.: Vorkl = Vorklassen; vHRS = verbundene Haupt- und Realschulen; SonderS = Sonder
schulen; AbendG = Abendgymnasium.

Quellen: Kultusministerkonferenz, Ausländische Schüler und Schulabsolventen 1985 bis 1994,
Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Dokumentation Nr. 136, Bonn
(Dezember) 1995, S. 23f.; Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 1996, S. 73.

Das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern weist die Zahlen für Ausländer- und Aussiedlerschülerinnen und -schüler getrennt aus, differenziert bei den letzteren aber nicht nach Schularten. Auch wenn man die »Kinder deutscher Aussiedler und ausländischer Mitbürger« zusammenfaßt, bleibt ihr Anteil unter 1%. Dies ist der Grund dafür, daß im Schulrecht und in der Schulpraxis Mecklenburg-Vorpommerns im Regelfall nicht zwischen Minderheitengruppen unterschieden wird.

Tabelle 4: Aussiedler- und Ausländerkinder an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 1994/95 und 1995/96

Schulstufen Schülerzahl	Primarstufe		Sekundarbereich I		Sekundarbereich II	
	Ausländer	Aussiedler	Ausländer	Aussiedler	Ausländer	Aussiedler
Schuljahr 1994/95	422	396	280	375	37	1
Schuljahr 1995/96	553	346	396	359	34	6
1994/95 in %	0,38	0,32	0,18	0,24	0,24	0,007
1995/96 in %	0,53	0,33	0,25	0,23	0,22	0,04

Quelle: Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen insgesamt sowie Ausländer- und Aussiedlerkinder nach Jahrgangsstufen, Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Dezernat 420; interne Statistik des Kultusministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Referat 211 (Stand: 1.2.1995); ergänzende eigene Berechnungen.

Die interne Schülerstatistik der Schulabteilung des Kultusministeriums unterscheidet nach dem Aufenthaltsstatus zwischen (1) »Aussiedlern, anerkannten Asylbewerbern und Kontingentflüchtlingen«, (2) »Asylanten und Asylbewerbern« sowie (3) »Sinti/Roma und Wanderarbeitnehmern«, nicht aber zwischen Aussiedlern und Ausländern. Die Gruppe der Aussiedler, anerkannten Asylbewerber und Kontingentflüchtlinge war 1995 mit ca. 1.000 Schülern und Schülerinnen (Primarstufe ca. 550; Sekundarbereich I ca. 480) die bei weitem größte.

Tabelle 5: Herkunftsländer der Kinder von Ausländern, Aussiedlern, anerkannten Asylbewerbern und Kontingentflüchtlingen an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1994/95

Herkunftsländer	Anzahl	
GUS	801	
- davon aus Rußland		270
- davon aus Kasachstan		250
mittel- und südeuropäische Staaten	182	
- davon aus Polen		35
- davon aus Bosnien		94
- davon aus Serbien (Republik Jugoslawien)		26
EU-Mitgliedsstaaten	8	
asiatische Staaten	19	
nah- und mittelöstliche Staaten	13	
afrikanische Staaten	3	
insgesamt	1026	

Quelle: Eigene Berechnung nach einer internen Statistik des Kultusministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Referat 211 (Stand 1.2.1995).

Gut ein Viertel der Aussiedler- und Ausländerkinder an den allgemeinbildenden Schulen des Landes sind Kinder von Asylbewerbern, deren Anerkennungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist und die auch über keinen Duldungsbescheid verfügen. Grundsätzlich werden auch diese Kinder beschult; die Beschulungsquote ist jedoch unbekannt.

Tabelle 6: Herkunftsländer von Asylbewerberkindern an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1994/95

Herkunftsländer	Anzahl	
GUS	130	
- davon aus Armenien		108
mittel- und südeuropäische Staaten	174	
- davon aus Bosnien		50
- davon aus Serbien (Republik Jugoslawien)		78
asiatische Staaten	25	
- davon aus Vietnam		24
nah- und mittelöstliche Staaten	40	
- davon aus der Türkei		13
- davon aus Afghanistan		19
südamerikanische Staaten	3	
insgesamt	372	

Quelle: Eigene Berechnung nach einer internen Statistik des Kultusministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Referat 211 (Stand 1.2.1995).

Tabelle 7: Herkunftsländer der Kinder von Sinti/Roma und Wanderarbeitnehmern an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1994/95

Herkunftsländer	Anzahl
GUS (Rußland, Kasachstan)	3
mittel- und südeuropäische Staaten	2
EU-Mitgliedsstaaten	10
asiatische Staaten (Vietnam)	2
nah- und mittelöstliche Staaten (Türkei)	1
nordamerikanische Staaten	2
insgesamt	20

Quelle: Eigene Berechnung nach einer internen Statistik des Kultusministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Referat 211 (Stand 1.2.1995).

V. Sprachliche Bildung

Fremdsprachenangebot und Sprachenfolge sind im Land Mecklenburg-Vorpommern wie folgt geregelt:

Tabelle 8: Fremdsprachenangebot und Sprachenfolge

Schulart	Sprache ab	Bezeichnung	Wstd.	Sprachenangebot
Grundschule	Klasse 3	Fremdsprachunterricht	1	Englisch, Französisch, Russisch ¹
Hauptschule ²	Klasse 5	Fremdsprache	5 - 3 (0)	Englisch
Realschule ²	Klasse 5	1. Fremdsprache	5 - 3	Englisch (Russisch) ³
Realschule	Klasse 7	2. Fremdsprache	4 - 3	Französisch, Russisch (Englisch) ³
Gesamtschule	Klasse 5	1. Fremdsprache	5 - 3	Englisch (Russisch) ³
Gesamtschule	Klasse 7	2. Fremdsprache	4 - 3 (6) ⁴	Französisch, Latein, Russisch (Englisch) ⁵
Gymnasium	Klasse 5	1. Fremdsprache	5 - 3	Englisch (Französisch, Russisch, Polnisch, Latein) ⁵
Gymnasium	Klasse 7	2. Fremdsprache	4 - 3	Französisch, Russisch, Polnisch, Schwedisch, Latein (Englisch) ⁵
Gymnasium	Klasse 9	3. Fremdsprache ⁶	5 - 4	Französisch, Russisch, Latein, Griechisch, Polnisch, Dänisch, Schwedisch, Spanisch, Italienisch

Erläuterungen:

- 1 Die Fremdsprache des frühbeginnenden Fremdsprachunterrichts (Begegnungssprache) muß eine reguläre erste Fremdsprache der weiterführenden Schularten sein.

- 2 Dies gilt gleichermaßen für den Haupt- bzw. Realschulbildungsgang an der verbundenen Haupt- und Realschule. Die Stundentafelverordnung läßt an allen Schulen des Sekundarbereichs I auf Beschluß der Schulkonferenz eine alternative Stundentafel zu, die Mindestansätze für die Fächer und einen Freiraum von vier bis fünf Stunden zur eigenen Schwerpunktsetzung einräumt.
- 3 Auf Antrag der Schule kann mit Genehmigung der obersten Schulaufsichtsbehörde von der Bestimmung von Englisch als erster Fremdsprache (Regelfall) abgewichen werden. Wird Russisch als erste Fremdsprache (Ausnahmefall) gewählt, kann als zweite Fremdsprache nur Englisch gewählt werden. Schüler der Jahrgangsstufe acht und neun des Hauptschulbildungsganges können im Fach Englisch auf Antrag vom Unterricht befreit werden.
- 4 Für die zweite Fremdsprache sehen die Stundentafeln für die integrierte und die kooperative Gesamtschule sowie die verschiedenen Gymnasialtypen Förderunterricht im Umfang von bis zu zwei Stunden/Jahrgang vor. Schülerinnen und Schülern der neunten und zehnten Klassen der Gesamtschule, die den Übergang zur gymnasialen Oberstufe anstreben, kann ein sechsständiger Kurs in der zweiten Fremdsprache angeboten werden.
- 5 Auf Antrag der Gesamtschule oder des Gymnasiums kann mit Genehmigung der obersten Schulaufsichtsbehörde von der Bestimmung von Englisch als einziger erster Fremdsprache abgewichen werden. Wird Englisch nicht als erste Fremdsprache gewählt, muß als zweite Fremdsprache Englisch gewählt werden.
- 6 Die dritte Fremdsprache wird nur an Gymnasien sprachlichen Profils angeboten.

Quellen:

Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen für das Jahr 1995/96, Erlaß vom 20. Juni 1995, Mittl.bl. M-V KM S 179;

Die Arbeit an den allgemeinbildenden Schulen, Runderlaß vom 10. Juli 1992, Mittl.bl. M-V KM S. 507, zuletzt geändert am 24. Januar 1996, Mittl.bl. M-V KM S. 63;

Die Arbeit in der integrierten Gesamtschule, Erlaß vom 4. Juli 1996, Mitt.bl. MV KM S. 411;

Erläuterungen zu den Stundentafeln der allgemeinbildenden Schulen, Runderlaß des Kultusministeriums vom 17. August 1992, Mittl.bl. M-V KM S. 519, geändert durch Erlaß vom 5. Oktober 1993, Mittl.bl. M-V KM S. 470;

Rahmenrichtlinien der dritten Fremdsprachen - Polnisch, Russisch, Spanisch, Französisch, Italienisch, Latein - für den Pflichtunterricht an sprachlichen Gymnasien und den sprachlichen Zug an Gymnasien. Runderlaß vom 8. Oktober 1992, Mittl.bl. KM M-V S. 598;

Rahmenrichtlinien Schwedisch - dritte Fremdsprache - an sprachlichen Gymnasien und dem sprachlichen Zug an Gymnasien, Runderlaß vom 8. Dezember 1992, Mittl.bl. KM M-V 1993 S. 14;

Einrichtung und Durchführung von frühbeginnendem Fremdsprachenunterricht ab dem Schuljahr 1992/93, Erlaß des Kultusministeriums vom 31. Juli 1992, Mittl.bl. M-V S. 467;

Verordnung über die Stundentafeln an den allgemeinbildenden Schulen vom 3. Juni 1996, Mittl.bl. M-V S. 204;

Die Arbeit in der Grundschule, Verwaltungsvorschrift vom 8. September 1998, Mittl.bl. S. 683; ergänzende eigene Recherchen.

1. Primarbereich

Ab Jahrgangsstufe 3 soll als eine Fremdsprache als »Begegnungssprache« (d.h. eine reguläre erste Fremdsprache der weiterführenden Schularten: Englisch, Französisch, Russisch) angeboten werden (§ 13 Abs. 4 SchulG; Ziff. 3 Runderlaß vom 31.7.1992); nach der Stundentafelverordnung vom 3. Juni 1996 wird das Stundenvolumen für die dritte und vierte Jahrgangsstufe um jeweils eine Stufe erhöht. Seit dem Schuljahr 1992/93 gibt es außerdem einen Schulversuch zum „frühbeginnenden Fremdsprachenunterricht“ mit erhöhter Wochenstundenzahl, innerhalb dessen eine Mischform von Begegnungsunterricht und systematischem

Fremdsprachunterricht erprobt wird. Die Ziele des »frühbeginnenden Fremdsprachenunterrichts« werden wie folgt beschrieben:

- „Die Beschäftigung mit Fremdsprachen in der Grundschule soll die Kinder
- für die sie umgebende interkulturelle Umwelt sensibilisieren,
 - für das Erlernen anderer Sprachen aufschließen und
 - eine altersgemäße sprachliche Kommunikation ermöglichen.“²³

Der „frühbeginnende Fremdsprachenunterricht“ muß für das jeweils kommende Schuljahr bei der unteren Schulaufsichtsbehörde beantragt werden; Voraussetzung für die Genehmigung ist der Nachweis, daß eine geeignete Lehrkraft für die Durchführung des Unterrichts zur Verfügung steht. Angesichts des Mangels an ausgebildeter Sprachlehrer erfolgt die Umsetzung des Erlasses schrittweise seit dem Schuljahr 1992/93. Im Schuljahr 1995/96 wurde Englisch an ca. 40 Grundschulen angeboten. Der frühbeginnende Fremdsprachenunterricht geht in den regulären Fremdsprachenunterricht der gewählten weiterführenden Schule über; doch die Fortführung scheint gelegentlich Schwierigkeiten zu machen.²⁴

2. Sekundarbereich I

An allen vier Schularten des Sekundarbereichs I wird Wahlpflichtunterricht im Fach Niederdeutsch schulart- und jahrgangsübergreifend angeboten; der entsprechende Rahmenplan befindet sich seit dem Schuljahr 1995/96 in der Erprobung und wurde 1998 erlassen.

Für Ausländer- wie Aussiedlerkinder gelten grundsätzlich die allgemeinen Fremdsprachregelungen der weiterführenden Schularten. Der Englischunterricht an der Hauptschule ist Pflichtfach, doch können sich „Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache, die sich noch auf das Erlernen der deutschen Sprache konzentrieren

²³ Handreichung zum frühbeginnenden Fremdsprachenunterricht S. 3; Einrichtung und Durchführung von frühbeginndem Fremdsprachenunterricht ab dem Schuljahr 1992/93, Erlaß vom 31. Juli 1992; z.Zt. (Juni 1997) in Überarbeitung; vgl. die bundeseinheitliche Grundlage zur Fremdsprachenbegegnung, Empfehlungen zur Arbeit in der Grundschule, KMK-Beschluß vom 6. Mai 1994, Nr. 1.2.

²⁴ Vgl. ebd. Ziff. 4; 5.1 u. 5.2; §§ 3 u. 4 Abs. 7 Verordnung über die Stundentafeln an den allgemeinbildenden Schulen vom 3. Juni 1996.

müssen“, in den Jahrgangsstufen 8 und 9 vom Unterricht befreien lassen.²⁵ In einem solchen Falle können der erweiterte Hauptschulabschluß und der mittlere Abschluß nicht erworben werden. Der Erlaß zur Eingliederung von Aussiedler- und Ausländerkindern vom 22. Mai 1995²⁶ schreibt vor, daß bei Eintritt eines Aussiedler- oder Ausländerschülers in die Jahrgangsstufen 5 oder 6 die erste Fremdsprache (in der Regel Englisch) nachgelernt werden soll. Hierzu ist besonderer Förderunterricht einzurichten. Bei Eintritt in die Jahrgangsstufe 6 bis 10 kann die Sprache des Herkunftslandes nach Feststellung des Kenntnisstandes anstelle von Englisch (oder Russisch) als erste Fremdsprache anerkannt werden. Die Anforderungen für die Leistungsfeststellung werden in Englisch am Ende der 9. (Hauptschule) bzw. 10. Klasse (übrige Schularten) bestimmt. Ein „begleitender Unterricht in der Sprache des Herkunftslandes“ ist zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen, angesichts der Rahmenbedingungen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Schülerzahl, verfügbare Fremdsprachenlehrer) jedoch in der Regel nicht möglich. Daher ist die Leistungsfeststellung möglichst bald nach Eintritt in die Schule durch eine Lehrkraft mit entsprechender Lehrbefähigung oder einer entsprechenden wissenschaftlichen Qualifikation durchzuführen. Die Note ist bei den Versetzungen in den Sekundarbereichs I relevant; bei nicht ausreichenden Leistungen kann die Feststellungsprüfung wiederholt werden (Ziff. 2.2.2 Abs. 1-5). Schülerinnen und Schüler, die eine Schule mit zwei Pflichtfremdsprachen besuchen, können Russisch als zweite Fremdsprache wählen, sofern Russisch angeboten wird und für sie nicht bereits erste Fremdsprache ist (Ziff. 2.2.2 Abs. 6). Weitere Ausnahmen zu den Fremdsprachenregelungen bedürfen der Zustimmung der obersten Schulaufsichtsbehörde. Die Versetzungsordnung (VAVO) vom 3. Juni 1996²⁷ flexibilisiert die Regelungen zur Anrechnung fremdsprachlicher Leistungen, indem sie nicht zwischen der ersten und zweiten Fremdsprache diffe-

²⁵ Die Arbeit an der Hauptschule, Erlaß vom 8. Juni 1994, Nr. 6.6; § 7 Abs. 17 Stundentafelverordnung.

²⁶ Eingliederungserlaß.

²⁷ Versetzungsverordnung vom 3. Juni 1996.

renziert. Nach § 6 VAVO können Schülern, denen Englisch nicht als Pflichtfremdsprache erteilt wurde, anstelle von Leistungen in der Pflichtfremdsprache entsprechende Leistungen in einer anderen Fremdsprache angerechnet werden.

3. Sekundarbereich II

In der gymnasialen Oberstufe können Grundkurse in den Fremdsprachen Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Latein, Griechisch, Schwedisch und Spanisch angeboten werden; Leistungsfächer sind Englisch, Französisch, Russisch, Latein, Schwedisch und Spanisch. Jugendliche mit einem ausländischen Zeugnis können in die gymnasiale Oberstufe aufgenommen werden, wenn das Zeugnis der Versetzung in den elften Jahrgang eines Gymnasiums gleichwertig ist und sie hinreichend deutsche Sprachkenntnisse besitzen (§ 3 Abs. 2 Abiturprüfungsordnung). Aussiedler- und ausländische Schülerinnen und Schüler, die auf Grund ihrer Vorbildungsnachweise unmittelbar in die gymnasiale Oberstufe eintreten, können die Aufnahmevoraussetzungen in den Fremdsprachen auch durch die Sprache des Herkunftslandes und Englisch beziehungsweise Russisch oder Französisch erfüllen (Ziff. 2.2.3 Eingliederungserlaß). Das Kultusministerium kann im Falle des Besuchs einer ausländischen Schule vor der Qualifikationsphase von den Fremdsprachenverpflichtungen der Abiturprüfungsverordnung dispensieren.

4. Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht

An den Grundschulen und Sekundarschulen des Landes gibt es keinen muttersprachlichen Ergänzungsunterricht für Ausländer- und Flüchtlingskinder; ebenso wenig gibt es ein besonderes Unterrichtsangebot für Aussiedlerkinder in ihrer Herkunftssprache.

VI. Curricula und Unterrichtsmaterialien für Minderheitengruppen

An den Schulen im Land Mecklenburg-Vorpommern wird kein christlich-orthodoxer, jüdischer oder muslimischer Religionsunterricht angeboten.

Einen Rahmenplan oder eigene Lehrplanhinweise für Deutsch als Zweitsprache oder für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht gibt es nicht. Der Schulbuchkatalog (zuletzt für das Schuljahr 1996/97)²⁸ enthält zugelassene Schulbücher u.a. zur Europaerziehung, zu Migrationsfragen und zum interkulturellen Lernen.²⁹ Im Schulbuchkatalog für die allgemeinbildenden Schulen sind jedoch keine Bücher für den Unterricht von Zuwanderer- und Minderheitenkindern nachgewiesen.³⁰ Die betreffenden Lehrkräfte verwenden nach eigener Wahl Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien aus anderen Bundesländern (z.B. Hamburg) für das Fach Deutsch als Zweitsprache und die in anderen Ländern zugelassenen Schulbücher privater Verlage.

VII. Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte

Die Lehrerausbildung erfolgt an den beiden Landesuniversitäten in Rostock und Greifswald. Eine (Zusatz-) Ausbildung von Lehrkräften für die Arbeit in Vorbereitungsklassen und für muttersprachlichen Ergänzungsunterricht (ausgenommen Fremdsprachenunterricht) gibt es nicht. In der grundständigen Lehrerausbildung ist der Studiengang für das Lehramt an Grundschulen gekoppelt mit dem Lehramt an Hauptschulen; Lehrkräfte für das Fach Englisch an Hauptschulen werden auch für den frühbeginnenden Fremdsprachenunterricht an Grundschulen eingesetzt. An der Universität Rostock wurde im Rahmen des Studiums für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ein Lernbereich »Frühbeginnende Fremdsprachen« (insb. Englisch) für die Grundschule eingerichtet. Das Fach »Deutsch als Fremdsprache« (DaF) wird seit 1992 im Rahmen der Lehrerausbildung als Beifach (drittes Studienfach im Umfang von 20 SWS) an der Universität Greifswald ange-

²⁸ Lernmittelfreiheitsrichtlinie vom 30. Juli 1992.

²⁹ Vgl. z.B. Schöningh Verlag: Politik-Arbeitsbücher Bd. 3 (u.a. Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit); ders.: Friedenserziehung als Aufgabe internationaler Politik; Winklers Verlag: Grundkurse Geschichte Bd. 3 (u.a. Europäische Union); Schroedel Verlag: Ethisch handeln - Aspekte angewandter Ethik; Westermann Verlag: Die Dritte Welt - Entwicklungsländer in der Krise; Klett Verlag: Europäische Nachbarn.

³⁰ Schulbuchkatalog vom 19. Januar 1996 in Verbindung mit dem Schulbuchzulassungserlaß vom 14. Mai 1993.

boten; die ersten Referendare mit DaF-Qualifikation befinden sich im Vorbereitungsdienst. DaF kann ab 1997 außerdem als Haupt- und Nebenfach im Magisterstudium und als zwei- bis viersemestriges Zusatzstudium studiert werden.³¹ Ebenfalls an der Universität Greifswald ist im Wahlpflichtfach Integrative Erziehung des Magisterstudiengangs Erziehungswissenschaft ein Lehrangebot zur »Interkulturellen Erziehung« vorgesehen.³² Außerdem schreibt die Lehrerprüfungsordnung für das Land Mecklenburg-Vorpommern vor, daß im Rahmen der Lehrerausbildung eine Lehrveranstaltung zur »Interkulturellen Erziehung« belegt und mit einem Leistungsnachweis abgeschlossen werden muß.

Das Landesinstitut Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung (L.I.S.A.) mit vier Regionalinstituten (Greifswald, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin) und dem Arbeitsbereich »Lehrerprüfungsamt Mecklenburg-Vorpommern« (Rostock und Greifswald) ist für die Organisation und Durchführung der Staatsprüfungen für alle Lehrämter³³ und des Vorbereitungsdienstes für Lehrer aller Schularten sowie die Planung, Organisation und Durchführung einer landesweit gleichwertigen Fort- und Weiterbildung für das schulpädagogische Personal öffentlicher Schulen und der Schulaufsicht verantwortlich.³⁴ Weiterhin gehören insb. zu den Aufgaben des L.I.S.A.: Unterrichts- und Schulberatung; Schulentwicklung durch Erarbeitung von Unterrichtshilfen und anderen Materialien; Vorbereitung und Unterstützung der curricularen Arbeit der Rahmenplankommissionen; Unterstützung der Gutachtertä-

³¹ Richtlinie über die Entwicklung von Studienordnungen für die Lehramtsstudiengänge, Erlaß vom 16. Juni 1991, Ziff. 3.2f.; Verordnung über die Erste Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen im Lande Mecklenburg-Vorpommern (VESpL) vom 26. April 1993; der Anhang (E7) enthält die Anerkennungsvoraussetzungen für das Beifach Deutsch als Fremdsprache; vgl. Studienordnung für das Beifach Deutsch als Fremdsprache (DaF) im Haupt- und Nebenfach (Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Entwurf; o.J. [1996]) und Studienordnung für das Zusatzstudium Deutsch als Fremdsprache (dies., Entwurf; o.J. [1996]), Gemeinsame Prüfungsordnung für Magisterstudiengänge an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald [GPM] vom 26. November 1996.

³² Fachspezifische Bestimmungen für den Magisterteilstudiengang Erziehungswissenschaft (Hauptfach), Entwurf des Instituts für Erziehungswissenschaft der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald vom 6. Januar 1996.

³³ § 99 Abs. 3 SchulG M-V; Gesetz über kostensenkende Strukturmaßnahmen Mecklenburg-Vorpommern vom 25. September 1997.

³⁴ §§ 7-9 Lehrervorbereitungsdienstverordnung vom 8 April 1998

tigkeit für Zulassung und Einführung von Schulbüchern; Projekte zur Unterrichtsforschung und wissenschaftlichen Begleitung von Schul- und Modellversuchen; Unterstützung der Innovation in Schulen u.a. durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien; Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des landeszentralen Abiturs sowie Mitwirkung bei der Vorbereitung und Auswertung der landeszentralen Realschulabschlußprüfung.³⁵ Einer der Schwerpunkte der Fort- und Weiterbildungsarbeit des L.I.S.A. lag bisher in der Nachqualifizierung von (DDR)-Diplomlehrern für Mangelfächer wie die Fremdsprachen, Sozialkunde, Informatik, Musik, Kunst und Gestaltung, Philosophie und Evangelische Religion. Zum Fortbildungsprogramm des L.I.S.A. gehören auch Angebote in den Fremdsprachen Englisch und Französisch für den Fremdsprachunterricht an den Grundschulen. Die Universität Paris X bietet über ihre Abteilung für Fernunterricht seit Oktober 1993 ein Weiterbildungsprogramm für Lehrer des Sekundarbereichs I an, an dem auch Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sind. Kooperationsuniversität in Mecklenburg-Vorpommern ist die Universität Greifswald. Nach einem etwa dreijährigen Studium können Lehrkräfte nach erfolgreicher Staatsprüfung die Lehrbefähigung in Französisch für den Sekundarbereich I erwerben.

Das Angebot von Zertifikatskursen für Deutsch als Zweitsprache und für muttersprachlichen Unterricht gehört nicht zu den Aufgaben des L.I.S.A. Zur Europaerziehung und zum interkulturellen Lernen gibt es kontinuierliche Angebote (vgl. die Halbjahresschrift L.I.S.A. aktuell, seit 1991); zum internationalen Lehreraustausch werden die Angebote anderer Institutionen und Organisationen vermittelt (vgl. Mitteilungsblatt des Kultusministeriums). Im Rahmen der Lehrerfortbildung für den Unterricht von Migrantenkindern und für Deutsch als Zweitsprache werden Einzelveranstaltungen angeboten. Der Bereich »Europa im Unterricht« erscheint explizit in den Aufgabenbeschreibungen der künftig nur noch fünf Dezernate des L.I.S.A. und richtet sich inhaltlich nach dem entsprechenden Erlaß vom 21. Oktober 1994³⁶;

³⁵ Vgl. § 9 SchulG M-V; L.I.S.A.-Organisationserlaß vom 18. Juni 1991, geändert am 4. April 1996 und ersetzt durch L.I.S.A.-Organisationserlaß vom 28. März 1999, der die bisherigen Zuständigkeiten erweitert; Fortbildung der Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. September 1993 (Fortbildungserlaß); die Lehrkräfte sind fortbildungspflichtig und müssen über ihre Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen einen jährlichen Nachweis erbringen.

die bisherigen Dezernate für Pädagogik, Friedenserziehung, Medienerziehung und für Deutsch, Niederdeutsch, Darstellendes Spiel, Gesamtschulen sind für die Schulbildung von Kindern nichtdeutscher Muttersprache und für interkulturelle Bildung verantwortlich. Das Landesinstitut gibt räumliche, sächliche und personelle Unterstützung für die Vorfeldaktivitäten einzelner Lehrkräfte auf dem Gebiet von Deutsch als Zweitsprache (z.B. Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Deutsch als Fremdsprache im Fachverband Moderne Fremdsprachen M-V), vermittelt Kursangebote nichtstaatlicher Träger zum Unterricht von Migrantenkindern (z.B. des Bildungszentrums für Deutsche fremder Muttersprache in Malchow für das Fach Deutsch als Zweitsprache) oder beteiligt sich an deren Durchführung; es hat sich aktiv und rezeptiv an überregionalen und internationalen Projekten zum interkulturellen Lernen beteiligt und dazu Fortbildungsseminare angeboten oder vermittelt (vgl. z.B. Weiterbildungspilotprojekt Abbau von Fremdenfeindlichkeit der Otto-Benecke-Stiftung).³⁷ Der Schwerpunkt der Fremdsprachenfortbildung liegt auf Englisch, Französisch und Russisch; in kleinerem Rahmen gibt es Angebote für Schwedisch, Spanisch und Polnisch sowie Lateinisch und Griechisch. Schließlich bietet das L.I.S.A. Fortbildungskurse für das Wahlpflichtfach Niederdeutsch und Darstellendes Spiel an.

VIII. Interkulturelles

1. Lehrplandefinitionen und Begründungszusammenhänge

Allgemeine interkulturelle Bezüge sind im Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule, wie er in Art. 15 Landesverfassung und § 1 Schulgesetz formuliert ist, enthalten. Nach Art. 15 Abs. 4 ist Ziel der schulischen Erziehung die „Entwicklung zur freien Persönlichkeit, die aus Ehrfurcht vor dem Leben und im Geiste der Toleranz bereit ist, Verantwortung für die Gemeinschaft mit anderen Menschen und Völkern

³⁶ L.I.S.A., Handreichung 3/96; die neuen Organisations- und Geschäftsverteilungspläne befinden sich z.Zt. (April 1999) in Bearbeitung.

³⁷ Vgl. das Lehrerfortbildungsprojekt „Miteinander Leben Lernen“, erarbeitet von der Otto-Benecke-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Grund- und Hauptschulseminar (L.I.S.A.) Neubrandenburg. Typoskript, 1996.

sowie gegenüber künftigen Generationen zu tragen“. § 2 Abs. 1 Schulgesetz wiederholt in leicht modifizierter Form dieses Bildungsziel. § 3 Schulgesetz konkretisiert den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule in 16 Lernziele. Hierzu gehören:

- in religiösen und weltanschaulichen Fragen persönliche Entscheidungen zu treffen und Verständnis und Toleranz gegenüber den Entscheidungen anderer zu entwickeln (§ 3 Ziff. 9 SchulG M-V),
- eigene Rechte zu wahren und die Rechte anderer auch gegen sich selbst gelten zu lassen sowie Pflichten zu akzeptieren und ihnen nachzukommen (§ 3 Ziff. 10 SchulG M-V),
- Konflikte zu erkennen, zu ertragen und sie vernünftig zu lösen (§ 3 Ziff. 11 SchulG M-V),
- Verständnis für die Eigenart und das Existenzrecht anderer Völker, für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen zu entwickeln (§ 3 Ziff. 13 SchulG M-V).

Das Schulgesetz benennt die Gegenstandsbereiche des Unterrichts, die in den Unterrichtsfächern, Lernbereichen und »Aufgabengebieten« zu vermitteln sind. Zu den Aufgabengebieten, die Bestandteil mehrerer Unterrichtsfächer sowie Lernbereiche sind und sowohl im Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlunterricht als auch in außerunterrichtlichen Veranstaltungen berücksichtigt werden sollen, gehören u.a. »Friedenserziehung«, »interkulturelle Erziehung« und »Europaerziehung« (§ 5 Abs. 4 SchulG M-V). Diese Aufgabengebiete sind durch die Rahmenplankommissionen in allen Fachrahmenplänen auszuweisen. Ein eigenständiger Rahmenplan für die fachübergreifenden Aufgabengebiete »Friedenserziehung, interkulturelle Erziehung, Europaerziehung« - vergleichbar dem Rahmenplan zur Medienerziehung³⁸ - wurde dem Kultusministerium im September 1998 zur Genehmigung vorgelegt.³⁹ Für die Aufgabengebiete Umwelterziehung und Europaerziehung enthal-

³⁸ Vgl. Rahmenplan „Bausteine zur Medienerziehung“, 1996; Rahmenplan Informatische Bildung an der verbundenen Haupt- und Realschule, an der Hauptschule, an der Realschule, an der Gesamtschule, am Gymnasium, Jahrgangsstufen 5 bis 9/10, Erprobungsfassung 1999.

ten die Erlasse »Umweltbildung und -erziehung an den allgemeinbildenden Schulen« und »Europa im Unterricht« nähere Hinweise zu Zielen und Aktivitäten.⁴⁰ Letzterer thematisiert die Anwesenheit ausländischer Schülerinnen und Schüler in den deutschen Schulen; diese sollten zum Anlaß genommen werden, den Unterricht kulturübergreifend zu gestalten. „Das gemeinsame Lernen zusammen mit jungen Ausländern sollte die Fähigkeit zur Solidarität und zum friedlichen Zusammenleben unter den Europäern fördern“ (Ziff. 3). Die jüngsten Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur interkulturellen Bildung und zur Dritte-Welt-Bildung haben in den Fächern Evangelische Religion (Grundschule, 1997) und Philosophieren mit Kindern (Sekundarstufe I, 1997), vor allem im »Rahmenplan zur Gestaltung des Aufgabengebiets interkulturelle Erziehung«, Niederschlag gefunden.⁴¹ Die Handreichung zum frühbeginnenden Fremdsprachenunterricht weist diesem Fach ausdrücklich auch interkulturelle Ziele zu, die in einem eigenen Kapitel näher expliziert werden.⁴²

2. Schulstufen- bzw. Schulartenbezug, Fächerzuordnung

»Interkulturelle Erziehung« ist wie Umwelt-, Rechts- oder Friedenserziehung ein querschnittorientiertes, fachübergreifendes Aufgabengebiet (§ 5 SchulG M-V). Der für dieses Aufgabengebiet vom L.I.S.A. erarbeitete Rahmenplan enthält Aussagen zu den Zielen, Aufgaben und Inhalten der interkulturellen Erziehung sowie Vorschläge zum fachübergreifenden und zum fachgebundenen Unterricht in praktisch allen Fächern, d.h. von Deutsch über die Fremdsprachen und Religion/Philosophie bis zur Mathematik und den Naturwissenschaften (S. 8f.). Interkulturelle Bildung und Erziehung gehörten zur Allgemeinbildung; sie seien die „pädagogische Ant-

³⁹ Rahmenplan zur Gestaltung des Aufgabengebietes interkulturelle Erziehung in allen Jahrgangsstufen an den allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Erprobungsfassung 1998 (L.I.S.A.-Entwurf September 1998).

⁴⁰ Europa im Unterricht, Runderlaß vom 21. Oktober 1994; Umweltbildung und -erziehung an den allgemeinbildenden Schulen; Erlaß vom 10. April 1996.

⁴¹ KMK-Empfehlungen „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ vom 25. Oktober 1996 sowie „Eine Welt/Dritte Welt“ in Unterricht und Schule vom 28. Februar 1997 (vgl. Bekanntmachung des Kultusministeriums in: Mittl.bl. M-V vom 15. Juli 1998, S. 423).

⁴² Handreichung zum frühbeginnenden Fremdsprachenunterricht, Schwerin 1997.

wort auf die kulturelle Differenzierung innerhalb der Staaten und auf das Zusammenrücken der Kulturen der Welt“ (S. 3). Die »Beschäftigung mit der Kulturenvielfalt«, die »Befähigung zur kulturübergreifenden Kommunikation« und die »Auseinandersetzung mit den Fragen der globalen Gerechtigkeit« seien notwendige Bedingungen dafür, daß »junge Menschen von heute mit der multikulturellen Welt von morgen zurechtkommen“ (S. 3). Folgende Ziele werden für das interkulturelle Lernen der Schüler im einzelnen formuliert:

- „- sich ihrer jeweiligen kulturellen Sozialisation und Lebenszusammenhänge bewußt werden;
- Neugier, Offenheit und Verständnis für andere kulturelle Prägungen entwickeln;
- über andere Kulturen Vorstellungen erwerben und anderen kulturellen Lebensformen und -orientierungen begegnen und sich mit ihnen auseinandersetzen;
- das Anderssein anderer respektieren, Vorurteile und Ängste gegenüber Fremden abbauen;
- Möglichkeiten kultureller Bereicherung erfahren;
- Konflikte, die aufgrund unterschiedlicher ethnischer, kultureller und religiöser Zugehörigkeit oder wegen der Konkurrenz um Güter entstehen, friedlich austragen und beilegen können;
- den eigenen Standpunkt als einen möglichen neben anderen ansehen“ (S. 4).

In den (vorläufigen) Rahmenrichtlinien und (neuen) Rahmenplänen für die Fächer Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Religion, Geographie und die Fremdsprachen finden sich Lernziele und Themenvorschläge zur interkulturellen Erziehung. Das Fach Ethik wird in Mecklenburg-Vorpommern nicht unterrichtet; statt dessen werden - als Ersatz für den Religionsunterricht - die Fächer »Philosophieren mit Kindern« (Primar- und Sekundarbereich I) bzw. Philosophie angeboten.⁴³ Da der Rahmenplan zur Gestaltung des Aufgabengebietes interkulturelle Erziehung erst

⁴³ Rahmenlehrplan Philosophie, Gymnasium, Gesamtschule, Gymnasiale Oberstufe, Erprobungsfassung 1996; Rahmenplan Philosophieren mit Kindern, Jahrgangsstufen 5-10, Erprobungsfassung 1997.

im Schuljahr 1998/99 in Kraft gesetzt wird, können die Rahmenrichtlinien und Rahmenpläne der Fächer dessen Vorgaben und Vorschläge noch nicht berücksichtigen.

Die Beschäftigung mit Fremdsprachen in der Grundschule soll die Kinder für die sie umgebende »interkulturelle Umwelt« sensibilisieren, für das Erlernen anderer Sprachen aufschließen und eine altersgemäße sprachliche Kommunikation ermöglichen.⁴⁴ Der fremdsprachliche Begegnungsunterricht soll daher die „Beschäftigung mit der Kultur des Sprachziellandes aufs engste mit dem Prozeß des Fremdsprachenlernens“ verbinden; durch den Vergleich zur gewohnten Umgebung - so die Handreichung zum frühbeginnenden Fremdsprachenunterricht - und das Kennenlernen von Unterschieden zur eigenen Lebensweise sollten die Kinder lernen, Andersartigkeit zu akzeptieren und landestypische Besonderheiten zu achten.⁴⁵

Als interkulturelle Unterrichtsthemen sehen die Rahmenrichtlinien für das Fach Deutsch an der Grundschule (1991) u.a. das „Leben mit Ausländern“ und das „Verstehen und Tolerieren ihrer Lebensgewohnheiten und Ansichten“ vor. Literaturunterricht soll nach dem Rahmenplan Deutsch für die Orientierungsstufe (1996) „zur Erweiterung des eigenen Weltbildes, zur Ausbildung von Toleranz gegenüber Fremden sowie zum Erkennen persönlicher Problemsituationen“ beitragen (S. 5). Die (vorläufigen) Rahmenrichtlinien für alle Schulformen des Sekundarbereichs I (1991) heben die Ziele hervor, daß Schüler „nach der Begründung anderer Auffassungen fragen“, „sich in andere hineinversetzen und aus deren Sicht das jeweilige Geschehen betrachten und erzählen“ (Rahmenrichtlinien Deutsch Hauptschule, S. 14; Rahmenrichtlinien Deutsch Gymnasium, S. 15), „sich kritisch mit den eigenen und den Äußerungen anderer auseinandersetzen, Verständnis für andere Sichtweisen entwickeln, Toleranz üben und eigene Standpunkte vertreten“ (Rahmenrichtlinien Deutsch Realschule, S. 5). In den (vorläufigen) Rahmenrichtlinien für die Fächer Geschichte und Geographie von 1991 (alle Schularten) finden

⁴⁴ Handreichung zum frühbeginnenden Fremdsprachenunterricht, 1. Vorbemerkung.

⁴⁵ Ebd. Kap. 2.1 Interkulturelles Lernen.

sich keine Themenvorgaben oder Vorschläge für interkulturelle Fragestellungen; doch lassen sich mittelbare Bezüge im Themenbereich „Nord-Süd-Konflikt (Flüchtlingsbewegungen)“ identifizieren. Im Unterschied dazu enthalten die neuen Rahmenpläne für beide Fächer interkulturelle Ziele und Fragestellungen. Geschichtsunterricht soll - so der Rahmenplan Geschichte Gymnasium (1996) - die Ausprägung verschiedener Dimensionen menschlicher Identität in Gestalt regionaler, nationaler oder universeller Zugehörigkeiten bzw. sozialer, politischer bzw. kultureller Traditionsübernahmen deutlich machen (S. 7). Zu den Themen des Rahmenplans gehören u.a. die Geschichte der Völkerwanderung und die Kolonialherrschaft. In allen Beispielen werden die Chancen der problemorientierten, gegenwartsbezogenen und fächerübergreifenden Behandlung der Themen hervorgehoben (z.B. S. 18). Auch der Rahmenplan Geographie Gymnasium (1995) weist zahlreiche interkulturelle Zusammenhänge auf. Im Rahmen des Bildungsauftrags des Geographieunterrichts wird die Forderung formuliert, daß die „Internationalisierung aller Lebensbereiche (...) nach entsprechenden Bildungs- und Erziehungsinhalten“ verlange. Der Geographieunterricht solle „zur Ausbildung eines differenzierten sowie sach- und problemorientierten Weltbildes“ beitragen; insbesondere solle er „Verständnis für andere Völker, ihre Kulturen und Lebensformen sowie die Achtung ethnischer Gruppen im eigenen Land“ vermitteln. „Die Begegnung mit fremden Kulturen, Lebensformen und Weltanschauungen“ solle „Achtung, Toleranz, aber auch kritische Reflexion der eigenen Kultur und Nation“ vermitteln. Der Lehrplan ist für die unteren Klassenstufen regional-thematisch, danach thematisch-regional strukturiert; innerhalb der Themenkataloge finden sich jeweils Hinweise, die die erwähnten Ziele aufgreifen.

Die schulartübergreifenden (vorläufigen) Rahmenrichtlinien Sozialkunde (1992) streben „die Herausbildung von Fähigkeit und Bereitschaft der Schüler an, (...) Toleranz und Achtung gegenüber anderen politischen, weltanschaulichen und religiösen Auffassungen und Bindungen zu üben“. Der Themenkatalog sieht unter dem Oberbegriff „Bevölkerungsprobleme der Bundesrepublik“ die Themen „Ausländer als Mitbürger“ und „gesellschaftliche und ethnische Minderheiten“ vor. Die Rahmenpläne für den Evangelischen Religionsunterricht (Grundschule 1994; schulartübergreifend Klassenstufen 5-8, 1995) räumen relativ große pädagogisch-

fachliche Freiräume ein. Zu den Lernzielen gehören Toleranz, Konfliktfähigkeit und Sozialität; zu den Unterrichtsthemen gehören Judentum und Islam. Ähnliches läßt sich für die (vorläufigen) Rahmenrichtlinien für den Katholischen Religionsunterricht (schulartübergreifend Klassenstufen 5-10, 1993) sagen; allerdings ist er stärker als konfessionelle Glaubensunterweisung mit größeren pädagogisch-fachlichen Festlegungen konzipiert. Der neue Rahmenplan Katholischer Religionsunterricht für die Jahrgangsstufen 11-12 (1996) bietet demgegenüber größere Freiräume; eines seiner vier Hauptziele ist die Befähigung zu „persönlicher Entscheidung in Auseinandersetzung mit Konfessionen und Religionen, mit Weltanschauungen und Ideologien“ und die Förderung von „Toleranz gegenüber den Entscheidungen anderer“ (S. 5). Insbesondere die Themenbereiche „Christliche Existenz“ (z.B. „Vielfalt heutiger Menschenbilder“, „Das jüdisch-christliche Menschenbild“) und „Christ in Gesellschaft und Staat“ (z.B. Wertorientierung und Normenbegründung, Ethik in verschiedenen Lebensbereichen“) sind offen für interkulturelle Fragestellungen.⁴⁶

Der Rahmenplan für das Fach »Philosophieren mit Kindern« (alle Schulformen; Jahrgangsstufen 5-10, 1997) zeichnet sich durch explizite fachübergreifende Verweisungen (S. 11, 59-62) aus, innerhalb welcher interkulturelle Lernziele und Themenbereiche eine wichtige Rolle spielen. Die menschliche Gesellschaft soll sich den Schülern - so eine der Zielsetzungen des Fachs - „als eine Gemeinschaft erschließen, in der es immer auch um eine Verständigung über die angemessene Orientierung des Lebens und Zusammenlebens geht.“ Hierin liege der Beitrag des Philosophieunterrichts zu Mündigkeit und Toleranz (S. 6). Die drei

⁴⁶ Vorläufige Rahmenrichtlinien Grundschule Deutsch Jahrgangsstufen 1-4, 1991; Vorläufige Rahmenrichtlinien Hauptschule Deutsch Jahrgangsstufen 5-9, 1991; Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium Deutsch Jahrgangsstufen 5-12, 1991; Vorläufige Rahmenrichtlinien Hauptschule Geschichte Jahrgangsstufen 6-9, 1991; Vorläufige Rahmenrichtlinien Realschule Geschichte Jahrgangsstufen 6-10, 1991; Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium Geschichte Jahrgangsstufen 6-10, 1991; Vorläufige Rahmenrichtlinien Hauptschule, Realschule, Gymnasium Jahrgangsstufen 5-12, 1991; Vorläufige Rahmenrichtlinien Grundschule Geographie Jahrgangsstufen 6 - 9, 1991; Vorläufige Rahmenrichtlinien Realschule Geographie Jahrgangsstufen 6-10, 1991; Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium Geographie Jahrgangsstufen 6-10, 1991; Rahmenplan Gymnasium Geographie Jahrgangsstufen 5-12, 1995; Rahmenplan Deutsch Orientierungstufen und IGS-Jahrgangsstufen 5-6, 1996; Rahmenplan Katholischer Religionsunterricht Jahrgangsstufen 11-12, 1996; Rahmenplan Philosophie Gymnasiale Oberstufe 1996; Rahmenplan Evangelische Religion, Grundschule, Jahrgangsstufen 1-4, 1997; Rahmenplan zur Gestaltung des Aufgabengebietes interkulturelle Erziehung (Erprobungsfassung 1998, Entwurf).

»Anforderungen des Philosophieunterrichts« lauten: (1) selbständig zu denken, (2) sich in andere Menschen und deren Denkweisen hineinzusetzen und (3) konsequent zu denken. Die zweite Anforderung wird mit dem Ziel konkretisiert, daß die Schüler lernen sollen, „Vorstellungen und Gedanken anderer unvoreingenommen aufzufassen und zu würdigen, die eigenen Vorstellungen und Gedanken in der Auseinandersetzung mit anderen zu überprüfen und sich dabei von der Bemühung um Verständigung leiten zu lassen, sich vernunftgeleitet mit sich und dem anderen auseinanderzusetzen“ (S. 10).

Der Rahmenplan beschränkt sich auf die verbindliche Vorgabe von vier Themenbereichen pro Jahrgang und hat im übrigen weitgehend Angebotscharakter. Für die Jahrgangsstufe 7 ist der interkulturell relevante Themenbereich „Anerkennung des anderen als Beschränkung und Bereicherung meiner Handlungsmöglichkeiten (Toleranz)“ vorgesehen; als thematische Aspekte dazu werden benannt: „Auseinandersetzung mit dem Fremden; Die Vielfalt der Lebensformen und das Toleranzgebot; Unterschiedliche Regelsysteme als Ausdruck sozialer Verbindlichkeit; Regeln des Zusammenlebens; Verbindlichkeit von Regeln“ (S. 13). Für die Jahrgangsstufe 10 ist der Themenbereich „Freiheit als Bedingung und Ziel meines Handelns“ mit Aspekten wie „Die Freiheit des anderen“ oder „Freiheit, Folgenabschätzung und Verantwortung“ zu erwähnen (S. 14). In detaillierten inhaltlichen Hinweisen sind auch in anderen Themenbereichen interkulturelle Fragestellungen enthalten: z.B. beim Thema „Träumen und Denken, Erinnern und Vergessen als Möglichkeit der Selbstwahrnehmung“ die Fragestellung „Wie kann Brauchtum die Identität einer Gemeinschaft, eines Volkes sichern?“ (S. 22); z.B. beim Thema „Sprache als Möglichkeit zur Werterschließung“ die Vermittlung der Kompetenz „Die Schüler gewinnen Einsicht, daß unterschiedliche Umwelten und Lebensbedingungen die Sprache beeinflussen, und aus dieser Einsicht heraus Verständnis für die Andersartigkeit fremder Kulturen“ (S. 23); z.B. beim Thema „Perspektivität als Bedingung der Erfahrung“ der Themeninhalt „Meine Wirklichkeit in den Augen des anderen“, konkretisiert mit den Unterrichtshinweisen „Kulturen in verschiedenen Situationen darstellen“, „Kann ich mit fremden Augen meine eigene Wirklichkeit sehen?“ oder „Die Gesellschaft, in der ich lebe, zerfällt plötzlich in verschiedene Gruppen (Arier-Juden, Deutsche-Ausländer, Christen-Moslems)“ (S. 25).

Im Schlußteil enthält der Rahmenplan Beispiele für die Bearbeitung der Themen. Mit dem erwähnten Themenbereich „Anerkennung des anderen als Beschränkung und Bereicherung meiner Handlungsmöglichkeiten (Toleranz)“ sollen insbesondere zwei Hauptprobleme bearbeitet werden: (1) „Die Bereitschaft der Menschen, an der Erhaltung des Friedens, der Durchsetzung der Menschenrechte mitzuwirken und mit Menschen anderer Kulturen zusammenzuarbeiten, erfordert die Anerkennung des anderen als freier und ebenbürtiger Person, also Toleranz.“ (2) „Durch die Auseinandersetzung mit dem Fremden, durch das Einnehmen einer fremden Perspektive und durch das Wissen darum, wie Vorurteile unser Wahrnehmen und Handeln beeinflussen können, wird unmittelbar dazu beigetragen, daß Schüler das Recht aller Menschen zur Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse und ihr Recht zur Mitwirkung und Mitverantwortung in allen Lebensbereichen anerkennen.“ (S. 60). Zwei Unterrichtsinhalte werden dazu vorgeschlagen: (1) Zum Thema „Auseinandersetzung mit Fremden“ werden die folgenden Fragen aufgeworfen: „Wie erscheine ich den anderen? Wie beeinflussen und lenken Vorurteile unser Wahrnehmen und Handeln? Warum fordert uns das Fremde heraus und wie begegnen wir ihm?“ (2) Zum Thema „Die Vielfalt der Lebensformen und das Toleranzgebot“ lauten die fachspezifischen Fragen „Was ist Toleranz? Warum fordern andere Kulturen und Religionen unsere Toleranz?“ und „Wo endet Toleranz?“ (S. 61f). Ergänzt werden diese »fachspezifischen Hinweise« um »fachübergreifende Aspekte«, in denen thematische Vorschläge zur Zusammenarbeit mit den Fächern Geographie, Geschichte, Religion und Deutsch enthalten sind.⁴⁷

In seiner Zuständigkeit für die Rahmenplanentwicklung und Lehrerfortbildung hat das L.I.S.A. im Schuljahr 1993/94 begonnen, Orientierungsseminare für Lehrkräfte durchzuführen und solche freier Träger zu vermitteln, Materialien zum interkulturellen Lernen, insbesondere des DSW-Unterrichtsprojekts („Das Sind Wir“) der Anne-Frank-Stiftung Amsterdam, zugänglich zu machen und Informationsnetze zwischen Lehrkräften, die sich für interkulturelles Lernen in der Schule engagieren, zu

⁴⁷ Der Rahmenplan Philosophieren mit Kindern (1997) ist weitestgehend identisch mit dem Lehrplan Philosophieren für die Sekundarstufe I des Landes Schleswig-Holstein, der ebenfalls 1997 erlassen wurde.

bauen.⁴⁸ Unterrichtsmaterialien sind in Zusammenarbeit mit der Otto-Benecke-Stiftung erarbeitet worden.

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und der Deutschen Telekom 1996 begonnenen Programms »Schulen ans Netz« sind 30 Schulen im Land Mecklenburg-Vorpommern in der Lage, über das Internet Kontakte zu ausländischen Schulen aufzunehmen.

3. Europäische Dimension und ihre Umsetzung

Der Runderlaß des Kultusministeriums »Europa im Unterricht« vom 21.10.1994 gibt Hinweise zur Vermittlung der »europäischen Dimension« im Sinne von Art. 149 (ex-Art. 126) EG-Vertrag an den allgemeinbildenden Schulen des Landes, die als „Leitlinien und Elemente des europäischen Bildungsauftrags der Schule“ berücksichtigt werden sollen (Ziff. 3). „Die Auseinandersetzung mit Fragen Europas und seiner Entwicklung ist in allen Bildungsgängen verpflichtender Bestandteil der Fächer Geschichte, Geographie, Sozialkunde mit wirtschafts- und rechtskundlichen Inhalten“ (ebd.). Im Deutschunterricht sollen die Beziehungen zwischen der deutschen Sprache und Literatur mit den übrigen europäischen Sprachen und Kulturen aufgezeigt werden, der Mehrsprachenerwerb möglichst vieler Schüler, die Einrichtung fremdsprachlich profilierter Gymnasien und bilingualer Gymnasialzüge werden angestrebt und Projekte mit europäischer Themenstellung sowie einschlägige außerunterrichtliche Aktivitäten werden vorgeschlagen. Weitere unterrichtspraktische Hinweise gibt die L.I.S.A.-Handreichung 3/96 »Europa in der Schule«. Schon die Vorläufigen Rahmenrichtlinien Geographie (Hauptschule, Realschule, jeweils 1991) und Sozialkunde (schulartübergreifend, 1991) enthielten Themenvorschläge zur Behandlung politisch-gesellschaftlicher und wirtschaftsgeographischer Aspekte zu Europa und zur EU; der Rahmenplan für das Fach Geographie an Gymnasien (1995) konkretisiert die Ziele der Europaerziehung und

⁴⁸ Vgl. L.I.S.A Aktuell 2/96: 11; Anne Frank Haus (Hrsg.): Das sind wir: Ein Lesebuch mit Geschichten von Olivia, Irfan, Gülcihan, Stephan, Sadber und Philipp. Amsterdam 1995 (Vertrieb: Beltz).

sieht in verschiedenen Jahrgangsstufen und Jahrgängen die Behandlung einschlägiger Themen vor.⁴⁹

In einem Rundschreiben »Europäisches Jahr des lebenslangen Lernens« an die Schulräte der kreisfreien Städte und Landkreise regt das Kultusministerium die Schaffung von Europaschulen in Mecklenburg-Vorpommern an. Voraussetzung für die Bewerbung einer Schule als Europaschule sind Schwerpunkte oder Aktivitäten im Sinne des Erlasses »Europa im Unterricht«, z.B. Projekte mit europäischem Bezug oder grenzüberschreitende Aktivitäten, besondere Fremdsprachenangebote, Schulpartnerschaften und Schüler- bzw. Lehreraustausche, die Teilnahme am europäischen Wettbewerb oder die Zusammenarbeit mit europäischen Einrichtungen. Nach Prüfung und Auswahl der Konzepte sowie einjähriger Probezeit kann das Kultusministerium den Titel »Europaschule« vergeben.⁵⁰ Vier Schulen (eine Grundschule in Neubrandenburg, zwei Gymnasien und eine Gesamtschule in Rostock) haben entsprechende Anträge gestellt.

IX. Schulversuche, Modellschulen, Innovationen

Auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung vom 19.12.1994 zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Landkreis Uecker-Randow und der Wojewodschaft Stettin wurde als grenzüberschreitendes Schulprojekt das *Deutsch-Polnische Gymnasium Löcknitz* am 10. August 1995 eröffnet. Es verfolgt ein Bildungsprogramm, das nationalstaatliche Verengungen zu überwinden versucht. Ab dem neunten Jahrgang werden deutsche und polnische Schülerinnen und Schüler gemeinsam beschult. Die deutschen Schüler erhalten Polnischunterricht und die polnischen Schüler zusätzlichen Unterricht in Polnischer Sprache und Literatur, Polnischer Geschichte und Polnischer Sozialkunde; mit dem Abitur erwerben die polnischen Schüler die Studienberechtigung in beiden Ländern. Die Kosten tragen

⁴⁹ Siehe die Lehrplanhinweise in Anmerkung 36.

⁵⁰ Europäisches Jahr des lebensbegleitenden Lernens 1996, Europaschulen in Mecklenburg-Vorpommern, Mittl.bl. M-V 1996, S. 484.

der Landkreis bzw. das Land (Lehrergehälter); arbeitsrechtlich unterstehen die polnischen Lehrer dem Schulleiter, fachaufsichtlich der polnischen Seite. Seit dem Schuljahr 1995/96 besuchen 25 polnische Schüler die 9. Jahrgangsstufe.

X. Sonstiges

Das Schulgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 15. Mai 1996 änderte den Status der Gesamtschule von einer Angebots- zur Regelschule. Zugleich wurde seit Beginn der CDU/SPD-Koalition die Zahl der Gesamtschulen erheblich vergrößert. Während es im Schuljahr 1994/95 erst zwei Gesamtschulen in Mecklenburg-Vorpommern gab, waren es im Folgeschuljahr bereits 15 integrierte und vier kooperative Gesamtschulen; im Schuljahr 1996/97 gab es 21 Gesamtschulen, davon 16 integrierte und fünf kooperative Gesamtschulen. Die Gesamtschulen arbeiten nach den Rahmenplänen der gegliederten weiterführenden Schularten. § 21 Abs. 5 Schulgesetz verlängert mit Wirkung ab dem 1. August 2000 das Progymnasium um einen zehnten und die gymnasiale Oberstufe um einen 13. Jahrgang.⁵¹ Ein flächendeckendes Fremdsprachenangebot in den dritten und vierten Jahrgängen der Grundschule ist vorgesehen (§ 13 Abs. 4 SchulG M-V). Schließlich wurde generell die Möglichkeit der organisatorischen Verbindung verschiedener allgemeinbildender Schularten eingeführt (§ 12 SchulG M-V).

XI. Diskussion

Die äußere Schulreform in Mecklenburg-Vorpommern dürfte mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes durch die Große Koalition vorläufig abgeschlossen sein. Dem bevorstehenden drastischen Rückgang der Schülerzahlen tragen einerseits die schulgesetzliche Zulassung des jahrgangsstufenübergreifenden Unterrichts an Grund- sowie verbundenen Haupt- und Realschulen und andererseits die Etablierung des wohnortnahen Progymnasiums im ländlichen Raum Rechnung.⁵²

⁵¹ Vgl. Verordnung über die Schulentwicklungsplanung in Mecklenburg-Vorpommern (SEP-VO-M-V) vom 11. Juli 1996.

Dementsprechend wird von den Lehrerinnen und Lehrern erwartet, daß sie ihren Unterricht im Sekundarbereich I sowie bildungsgang- und jahrgangsstufenbezogen als auch bildungsgang- und jahrgangsstufenübergreifend planen und durchführen können.⁵³ Die innere Schulreform ist im schulrechtlichen Bereich abgeschlossen; die Lehrplanreform, d.h. die Ablösung der vorläufigen Rahmenrichtlinien durch Rahmenpläne, ist mit Ausnahme der Gymnasialen Oberstufe weitgehend abgeschlossen. Im Schuljahr 1998/99 findet eine Revision der Rahmenpläne statt. Die überarbeiteten Rahmenpläne sollen bis August 1999 in Kraft gesetzt werden. Die meisten Lehrkräfte waren schon im DDR-Schuldienst; im unterrichtsmethodischen Bereich scheint es daher noch ein relativ hohes Maß an Kontinuität zu geben.

Die absolute Zahl der Zuwandererkinder ist ebenso wie ihr Anteil an der Gesamtschülerschaft äußerst gering; insofern überrascht es, mit welcher Intensität Regelungen und Angebote zur schulischen Versorgung von Zuwandererkindern getroffen wurden. Der Unterricht in Regelklassen, Förderstunden, -kursen und -klassen ist auf den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse und die möglichst baldige Integration in die Regelklasse gerichtet. Wie in anderen Bundesländern sind die meisten Lehrkräfte für diese Aufgaben nicht besonders ausgebildet; doch gibt es an der Universität Greifswald eine rege Nachfrage im Bereich Deutsch als Fremdsprache. Angesichts der in den Schulen jeweils sehr kleinen Zahl an Aussiedler- und Ausländerkindern gibt es keine muttersprachlichen und landeskundlichen Unterrichtsangebote; doch besteht für die russischsprachigen Aussiedler durchweg die Möglichkeit, Russisch als Fremdsprache zu wählen. Die kleinen Zahlen, aber auch die Dominanz der schulrechtlichen und schulorganisatorischen Transformationsprozesse erklären, daß die Maßnahmen zur Beschulung der Aussiedler- und Ausländerkinder weder die Schulpolitik und Schulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern noch die Arbeit in den Schulen stärker zu prägen vermochten. Wichtige Innovationen sind im Bereich der Lernziele, Schuldidaktik, Lehrpläne sowie der

⁵² Vgl. Konzept des Programms „Grundschule auf dem Lande“ (LT-Drs. 2/1393) und §§ 3-4 SEP-VO-M-V; Bildungsgangübergreifender Unterricht in der verbundenen Haupt- und Realschule, Erlaß vom 9. Oktober 1996.

⁵³ § 2 Abs. 2 Satz 2 Lehrerausbildungsverordnung in der Fassung der ersten Änderungsverordnung vom 13. Dezember 1998.

fachübergreifenden und außerunterrichtlichen Aufgabengebiete festzustellen: Das Angebot des fremdsprachlichen Unterrichts ist angesichts der Bevölkerungsgröße des Landes bemerkenswert vielfältig; viele Schulen und Lehrer haben Kontakte zu westeuropäischen Schulen aufgenommen und zugleich versucht, bestehende nach Osteuropa zu sichern; Projekte zur Einrichtung von Europa-Schulen und UNESCO-Kooperationsschulen sind entstanden; im Unterricht und in der Projektarbeit spielen Fragen der Europaerziehung, der Friedenserziehung und der Aktivitäten gegen Gewalt eine nicht unwichtige Rolle. Da die Rahmenlehrplanarbeit erst 1994 begonnen hat, überrascht es nicht, daß sich interkulturelle Erziehung wie andere fachübergreifende Aufgabengebiete in der Praxis erst allmählich entwickeln; einschlägige Aktivitäten sind am ausgeprägtesten in der unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Praxis derjenigen Schulen anzutreffen, denen die Aufgabe der Beschulung der Aussiedler- und Ausländerkinder zugewiesen ist.

XII. Materialverzeichnis

1. Mecklenburg-Vorpommern

1.1 Gesetze

Erstes Schulreformgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (SRG) vom 26. April 1991, in: GVOBl. M-V S. 123.

Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993, in: GVOBl. M-V S. 372.

Gesetz über kostensenkende Strukturmaßnahmen vom 25. September 1997 (GVOBl. M-V S. 502).

Schulgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (SchulG M-V) vom 15. Mai 1996, in: GVOBl. M-V S. 205, geändert am 24. Januar 1997, in: GVOBl. S. 20 und am 25. September 1997, in: Mittl.bl. M-V S. 827.

1.2 Verordnungen, Verwaltungsvorschriften

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung für die Ausbildung von Lehrern für die öffentlichen Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern - Lehrerausbildungsverordnung - LAVO, vom 9. Juli 1991, in: Mittl.bl. M-V S. 21.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien für die Grundschule für das Fach Deutsch. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft, 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien Hauptschule Deutsch, Jahrgangsstufen 5-9. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft, 1991 (Nachdruck 1992).

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien Realschule Deutsch, Jahrgangsstufen 5-10. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft, 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium Deutsch, Jahrgangsstufen 5-12. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft, 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien für die Hauptschule für das Fach Geschichte. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft, 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien für die Realschule für das Fach Geschichte. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft, 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien für die Hauptschule für das Fach Geographie. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft, 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien Realschule Geographie, Jahrgangsstufen 5-8, 10. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft, 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium Geschichte, Jahrgangsstufe 6-12. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft, 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien für die Hauptschule, Realschule, Gymnasium für das Fach Informatik. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien für die Grundschule für den Schulgartenunterricht. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien für die Grundschule, Hauptschule, Realschule für das Fach Werkunterricht. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft 1991.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Organisation und Zuständigkeiten des Landesinstituts Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung, Erlaß vom 18. Juni 1991, in: Mittl.bl. M-V S. 95 (L.I.S.A.-Organisationserlaß), geändert durch den ersten Erlaß zur Änderung des L.I.S.A.-Organisationserlasses vom 4. April 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 146, aufgehoben durch Verwaltungsvorschrift vom 28. März 1999, in: Mittl.bl. M-V S. 218.

Der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien Sozialkunde, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Jahrgangsstufen 8-9, 8-10, 8-12. Schwerin: Landesverlags- und Druckgesellschaft, 1991 bzw. 1992 (Nachdruck).

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Richtlinie über die Entwicklung von Studienordnungen für die Lehramtsstudiengänge, Erlaß vom 16. Juni 1991, in: Mittl.bl. M-V S. 92.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über den Grenzbetrag bei der Beschaffung von Lehrmitteln - Grenzbetragsverordnung - vom 9. Juli 1991, in: GVOBl. M-V S. 321.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Die Arbeit an der integrierten Gesamtschule, Erlaß vom 15. Januar 1992, in: Mittl.bl. M-V S. 50, zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Januar 1995, in: Mittl.bl. M-V S. 295.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Die Arbeit an den allgemeinbildenden Schulen, Erlaß vom 10. Juli 1992, in: Mittl.bl. M-V S. 507, zuletzt geändert durch Erlaß vom 24. Januar 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 63.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Richtlinie für die Bewirtschaftung der Landeszuschüsse der Finanzierung der Lernmittelfreiheit durch die Schulträger, Erlaß vom 30. Juli 1992, in: Mittl.bl. M-V S. 534, zuletzt geändert durch Erlaß vom 11. Juli 1994, in: Mittl.bl. M-V S. 399.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Einrichtung und Durchführung von frühbeginnendem Fremdsprachenunterricht ab dem Schuljahr 1992/93, Erlaß vom 31. Juli 1992, in: Mittl.bl. M-V S. 467.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien Spanisch, Gymnasium, Dritte Fremdsprache, Klassenstufen 9-10, Grund- und Leistungskurs, Klassenstufen 11-12. Schwerin: Obotritendruck 1992.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Erläuterungen zu den Stundentafeln der allgemeinbildenden Schulen, Runderlaß vom 17. August 1992, in: Mittl.bl. M-V, S. 519, geändert durch Erlaß vom 5. Oktober 1993, in: Mittl.bl. M-V S. 470.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien Italienisch, Dritte Fremdsprache, Klassenstufen 9-10, Grund- und Leistungskurse, Klassenstufen 11-12, Schwerin: Obotritendruck 1992.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenrichtlinien Russisch, zweite Fremdsprache, für den Pflichtunterricht am Gymnasium und den Wahlpflichtfachunterricht an der Realschule, Erlaß vom 8. Oktober 1992, Mittl.bl. M-V S. 598 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1993.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenrichtlinien Schwedisch, dritte Fremdsprache, für den Pflichtunterricht an sprachlichen Gymnasien und dem sprachlichen Zug an Gymnasien, Erlaß vom 8. Dezember 1992, Mittl.bl. M-V 1993, S. 14 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1993.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenrichtlinien der dritten Fremdsprache - Polnisch, Russisch, Spanisch, Französisch, Italienisch, Latein - für den Pflichtunterricht an sprachlichen Gymnasien und den sprachlichen Zug an Gymnasien, Erlaß vom 8. Dezember 1992, Mittl.bl. M-V, S. 598 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1993.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Die Arbeit in der Orientierungsstufe, Erlaß vom 15. März 1993, in: Mittl.bl. M-V, S. 98, geändert durch Verordnung vom 18. August 1995, in: Mittl.bl. M-V S. 295.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Zulassung und Einführung von Schulbüchern, Erlaß vom 14. Mai 1993, in: Mittl.bl. M-V S. 130.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenrichtlinien Englisch, gymnasiale Oberstufe, Grund- und Leistungskurs, Erlaß vom 23. Juni 1993, Mittl.bl. M-V, S. 269 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1993.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenrichtlinien Geschichte, gymnasiale Oberstufe, Erlaß vom 3. September 1993, Mittl.bl. M-V, S. 406, vertrieben als Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium Geschichte, Jahrgangsstufen 11 - 12. Schwerin: Obotritendruck, 1993.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenrichtlinien für den katholischen Religionsunterricht der Jahrgangsstufen 5 - 10, Erlaß vom 22. November 1993, in: Mittl.bl. M-V, S. 3; vertrieben als Vorläufige Rahmenrichtlinien, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Religion, Katholische Religionslehre, Jahrgangsstufen 5 - 10. Schwerin: Obotritendruck, 1994.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Fortbildung der Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Erlaß vom 23. September 1993, in: Mittl.bl. M-V, S. 439, zuletzt geändert durch Erlaß vom 10. Dezember 1997, in: Mittl.bl. M-V 1998, S. 209.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Die Arbeit an der Hauptschule, Erlaß des Kultusministeriums vom 8. Juni 1994, in: Mittl.bl. M-V KM S. 419.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Europa im Unterricht, Erlaß vom 21. Oktober 1994, in: Mittl.bl. M-V S. 560.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenrichtlinien Französisch, erste Fremdsprache, Gymnasium, Jahrgangsstufe 5-10, Erlaß vom 5. August 1994, Mittl.bl. M-V S. 400 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1994.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenrichtlinien Englisch, erste Fremdsprache, Realschule, Jahrgangsstufe 5-10, Erlaß vom 20. September 1994, Mittl.bl. M-V S. 507 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1994.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Grundschule, Evangelischer Religionsunterricht, Jahrgangsstufe 3-4, Erprobungsfassung 1994, Erlaß vom 5. Januar 1995, in: Mittl.bl. M-V S. 40 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1995 (durch Runderlaß vom 15. Mai 1997 mit Wirkung zum August 1997 außer Kraft getreten).

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenrichtlinien Griechisch, dritte Fremdsprache, Gymnasium, Jahrgangsstufe 5-10, gymnasiale Oberstufe, Grund- und Leistungskurs, Jahrgangsstufe 11-12, Erlaß vom 2. November 1994, Mittl.bl. M-V S. 566 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1994.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan für die Hauptschule für das Fach Englisch, Erprobungsfassung. Schwerin: Obotritendruck 1994.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schulische Betreuung der Kinder von beruflich Reisenden, Erlaß vom 20. März 1995, in: Mittl.bl. M-V S. 97.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Eingliederung von Kindern deutscher Aussiedler (Berechtigte nach dem Bundesvertriebenengesetz - BVFG -) und ausländischer Mitbürger in die allgemeinbildenden Schulen Mecklenburg-Vorpommerns, Erlaß vom 22. Mai 1995, Mittl.bl. M-V S. 145.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen für das Jahr 1995/96, Erlaß vom 20. Juni 1995, in: Mittl.bl. M-V S. 179.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Geographie, Gymnasium Jahrgangsstufen 5-10, Grund- und Leistungskurs, Jahrgangsstufen 11-12, Erlaß vom 25. Juli 1995, in: Mittl.bl. M-V S. 219 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1995.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan für den Evangelischen Religionsunterricht für Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und Gymnasium, Jahrgangsstufe 5-8, Erprobungsfassung 1995, Erlaß vom 21. August 1995, Mittl.bl. M-V S. 270 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1995.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schulbuchkatalog für allgemeinbildende und berufliche Schulen in Mecklenburg-Vorpommern für das Schuljahr 1996/97, Runderlaß vom 19. Januar 1996, in: Mittl.bl. M-V Sonder-Nr. 2.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Die Arbeit an den allgemeinbildenden Schulen, Dritter Erlaß zur Änderung des Runderlasses vom 24. Januar 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 63.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Erster Erlaß zur Änderung der Richtlinien für die Schulentwicklungsplanung in Mecklenburg-Vorpommern vom 31. Januar 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 111.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Fortbildungskurs für Lehrer über europäische Themen, Bekanntmachung vom 15. März 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 96.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Konzept des Programms „Grundschule auf dem Lande“, Bekanntmachung vom 25. März 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 684.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Erster Erlaß zur Änderung des Erlasses „Organisation und Zuständigkeiten des Landesinstituts Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung“ vom 4. April 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 146.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Umweltbildung und -erziehung an den allgemeinbildenden Schulen, Erlaß vom 10. April 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 143.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Nachträge und Berichtigungen zum Schulbuchkatalog allgemeinbildender und berufsbildender Schulen in Mecklenburg-Vorpommern für das Schuljahr 1996/97, Bekanntmachung vom 23. April 1996, in: Mittl.bl. S. 112.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Fortbildungskurse für deutsche Spanischlehrer 1996, Bekanntmachung vom 23. April 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 133.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Fortbildungskurs für Französischlehrer/innen, Bekanntmachung vom 15. Mai 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 149.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung zur Entscheidung und zum Verfahren über den Besuch von Vorklassen und Diagnoseförderklassen an Grundschulen (Vorklassenverordnung - VokIVO) vom 3. Juni 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 264 u. 277.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die Versetzung und Abschlüsse an den allgemeinbildenden Schulen (Versetzungsvorschrift - VAVO) vom 3. Juni 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 199, zuletzt geändert am 10. Dezember 1997, in: Mittl.bl. M-V 1998, S. 8, berichtigt am 2. März 1998, in: Mittl.bl. M-V. 1998, S. 236.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die Stundentafeln an den allgemeinbildenden Schulen vom 3. Juni 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 204 u. 586, geändert durch Verordnung vom 16. Juni 1998, in: Mittl.bl. S. 414.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die Durchführung von Realschulabschlußprüfungen vom 3. Juni 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 259, geändert durch Verordnung vom 20. November 1996, in: Mittl.bl. M-V 1997, S. 3; zuletzt geändert am 24. Juni 1997, in: Mittl.bl. M-V, S. 504.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Schulaufsichtsbehörden (Schulaufsichtsvorschrift) vom 3. Juni 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 376, geändert durch Verordnung vom 11. Juni 1998, in: Mittl.bl. M-V. S. 413.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die Kurseinstufung an Schularten mit mehreren Bildungsgängen vom 4. Juni 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 263.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Arbeit-Wirtschaft-Technik, Verbundene Haupt- und Realschule, Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und Gymnasium, Erprobungsfassung 1996, Runderlaß vom 27. Juni 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 396 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Katholische Religion, Grundschule, Jahrgangsstufen 1-4, Erprobungsfassung 1996, Runderlaß vom 27. Juni 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 396 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Katholische Religion, Gymnasium und Gesamtschule, Jahrgangsstufen 11-12, Erprobungsfassung 1996, Runderlaß vom 28. Juni 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 397 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Die Arbeit in der integrierten Gesamtschule, RdErl. vom 4. Juli 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 411.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die Kostenbeiträge der Erziehungsberechtigten bei der Beschaffung von Unterrichts- und Lernmitteln - Grenzbetragsverordnung - vom 11. Juli 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 390, zuletzt geändert am 3. Juli 1997, in: Mittl.bl. M-V S. 504.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die Schulentwicklungsplanung in Mecklenburg-Vorpommern (SEP-VO-M-V) vom 11. Juli 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 391 u. 584, geändert am 3. August 1998, in: Mittl.bl. M-V S. 470.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Deutsch, Orientierungsstufen der allgemeinbildenden Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie Jahrgangsstufen 5 und 6 der integrierten Gesamtschulen, Erprobungsfassung 1996, Runderlaß vom 19. Juli 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 397 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Philosophie, Gymnasium, Gesamtschule, Gymnasiale Oberstufe, Erprobungsfassung 1996, Runderlaß vom 1. August 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 398 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Bausteine zur Gestaltung des Aufgabengebietes Medienerziehung an allgemeinbildenden Schulen, Erprobungsfassung 1996, Runderlaß vom 1. August 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 491 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Schulaufsichtsbehörden (Schulaufsichtsverordnung - SchAVO M-V) vom 8. August 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 376.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Nachtrag zum Schulbuchkatalog allgemeinbildender und beruflicher Schulen in Mecklenburg-Vorpommern für das Schuljahr 1996/97, Bekanntmachung vom 20. August 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 450.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Europäisches Jahr des lebensbegleitenden Lernens 1996, Europaschulen in Mecklenburg-Vorpommern, Bekanntmachung vom 20. August 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 484.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Musik, Grundschule, Jahrgangsstufen 1 bis 4, Erprobungsfassung 1996, Runderlaß vom 25. August 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 583 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Deutsch, Grundschule, Jahrgangsstufen 1 bis 4, Erprobungsfassung 1996, Runderlaß vom 26. August 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 583 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Sachunterricht, Grundschule, Jahrgangsstufen 1 bis 4, Erprobungsfassung 1996, Runderlaß vom 5. September 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 583 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Mathematik, Grundschule, Jahrgangsstufen 1 bis 4, Erprobungsfassung 1996, RdErl. vom 17. September 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 584 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Bildungsgangübergreifender Unterricht in der verbundenen Haupt- und Realschule, Erlaß vom 9. Oktober 1996, in: Mittl.bl. M-V 1997, S. 4.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Geschichte, Gymnasium, Jahrgangsstufen 6 bis 8, Erprobungsfassung 1996, Runderlaß vom 2. November 1996, in: Mittl.bl. M-V S. 684 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Gemeinsame Prüfungsordnung für Magisterstudiengänge an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald [GPM] vom 26. November 1996, in: Mittl.bl. M-V 1997, S. 60.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Allgemeine Bestimmungen über die Zeugnisse und die Zeugniserteilung allgemeinbildender Schulen, Verwaltungsvorschrift vom 13. Dezember 1996, in: Mittl.bl. M-V 1997 S. 9, zuletzt geändert am 9. Januar 1999, in Mittl.bl. M-V 1999, S.121.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die Verfahren zur näheren Ausgestaltung der Schulpflicht an allgemeinbildenden Schulen (Schulpflichtverordnung - SchPflVO M-V) vom 23. Dezember 1996, in: Mittl.bl. MV 1997, S. 99.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Sachunterricht, Grundschule, Jahrgangsstufen 1 bis 4, Erprobungsfassung 1996, Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Vorläufige Rahmenrichtlinien Katholischer Religionsunterricht, Gymnasium, Gesamtschule, Jahrgangsstufen 11-12, Schwerin: Obotritendruck 1996.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Darstellendes Spiel, für alle weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (schulart- und jahrgangsübergreifend), Runderlaß vom 27. Januar 1997, in: Mittl.bl. M-V 1997, S. 186 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1997.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schulbuchkatalog für allgemeinbildende und für berufliche Schulen für das Schuljahr 1997/98 vom 30. Januar 1997, in: Mittl.bl. M-V Sonder-Nr. 2.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Französisch am Gymnasium, Jahrgangsstufen 5 bis 10, Erprobungsfassung 1997, Verwaltungsvorschrift vom 14. Februar 1997, in: Mittl.bl. M-V S. 505 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1997.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schulbuchkatalog allgemeinbildender Schulen in Mecklenburg-Vorpommern für das Schuljahr 1997/98 vom 17. Februar 1997, in: Mittl.bl. M-V. Sondernr. 2/1997.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Evangelische Religion an der verbundenen Haupt- und Realschule, der Hauptschule, der Realschule, am Gymnasium, an der Gesamtschule, Jahrgangsstufen 9-10, Runderlaß vom 20. Februar 1997, in: Mittl.bl. M-V 1997, S. 288 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1997.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, „Eine Welt/Dritte Welt“ in Unterricht und Schule, Bekanntmachung des KMK-Beschlusses vom 28. Februar 1997 durch das Kultusministerium am 15. Juli 1998, in: Mittl.bl. M-V S. 423.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Mathematik am Gymnasium, Erprobungsfassung 1997, Verwaltungsvorschrift vom 2. April 1997, in: Mittl.bl. M-V. S. 505 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1997.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Evangelischer und Katholischer Religionsunterricht in Mecklenburg-Vorpommern ab Schuljahr 1997/98, Runderlaß vom 22. April 1997, in: Mittl.bl. M-V S. 401.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Evangelische Religion, Grundschule, Jahrgangsstufen 1 bis 4, Runderlaß vom 15. Mai 1997, in: Mittl.bl. M-V S. 402 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1997.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 1997/98, Erlaß vom 15. Mai 1997, in: Mittl.bl. M-V S. 455.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung für Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulverordnung - PSchVO M-V) vom 22. Mai 1997, in: Mittl.bl. M-V 1997, S. 391.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Kunst und Gestaltung, Grundschule, Jahrgangsstufen 1-4, Erprobungsfassung 1997, Verwaltungsvorschrift vom 4. Juni 1997, in: Mittl.bl. M-V. S. 506 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1997.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Nachträge und Berichtigungen zum Schulbuchkatalog allgemeinbildender Schulen in Mecklenburg-Vorpommern für das Schuljahr 1997/98 vom 12. Juni 1997, in: Mittl.bl. M-V. S. 516.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erste Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen im Lande Mecklenburg-Vorpommern vom 17. Juli 1997 (ändert VO vom 26. April 1993), Mittl.bl. M-V. S. 716, 751 (Berichtigung).

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Spanisch, Gymnasium, Zweite Fremdsprache: Jahrgangsstufen 7 bis 10; Dritte Fremdsprache: Jahrgangsstufen 9 bis 10, Verwaltungsvorschrift vom 5. September 1997, in: Mittl.bl. M-V S. 946 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1997.

Die Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Philosophieren mit Kindern, verbundene Haupt- und Realschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, Jahrgangsstufen 5-10, Schwerin: Obotritendruck 1997.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung zur Arbeit und zum Ablegen der Abiturprüfung an Abendgymnasien (Abendgymnasiumsverordnung - AbiAGyVo MV) vom 20. September 1997, Mittl.bl. MV S. 752

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Spanisch, Gymnasium, Zweite Fremdsprache: Jahrgangsstufen 7 bis 10; Dritte Fremdsprache: Jahrgangsstufen 9 bis 10, Verwaltungsvorschrift vom 5. September 1997, in: Mittl.bl. M-V S. 946 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1997.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die Erste Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen im Lande Mecklenburg-Vorpommern (Lehrerprüfungsverordnung - LehPrVO M-V) vom 3. November 1997, in: GVOBl. M-V S. 868.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Bausteine zur Gestaltung des Aufgabengebietes zur schulischen Verkehrserziehung an den allgemeinbildenden Schulen. Schwerin: Obotritendruck 1998.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Geschichte, Gymnasium, Jahrgangsstufen 9 und 10, Verwaltungsvorschrift vom 4. März 1998, in: Mittl.bl. M-V S. 314 bzw. Schwerin: Obotritendruck 1998.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schulbuchkatalog für allgemeinbildende und berufliche Schulen in Mecklenburg-Vorpommern für das Schuljahr 1998/99, RdErl. vom 5. Februar 1998, in: Mittl.bl. MV Sonder-Nr. 2 mit Nachträgen und Berichtigungen in: Mittl.bl. S. 231 u. 367.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung zum Vorbereitungsdienst und zur Zweiten Staatsprüfung für Lehrämter an den Schulen im Lande Mecklenburg-Vorpommern (Lehrervorbereitungsdienstverordnung - LehVDVO M-V) vom 8. April 1998, in: Mittl.bl. S. 395 bzw. GVOBl. MV S. 525.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 1998/99, Verwaltungsvorschrift vom 18. Mai 1998, in: Mittl.bl. S. 351.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Verordnung über die Wahl, die Organisation und das Verfahren der Vertretungen der Schüler und Erziehungsberechtigten im Bereich der Schulen in Mecklenburg-Vorpommern (Schulmitwirkungsverordnung - SchMWVO M-V) vom 29. Juni 1998, in: Mittl.bl. S. 468.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Die Arbeit in der Grundschule, Verwaltungsvorschrift vom 8. September 1998, in: Mittl.bl. S. 683.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan Informatische Bildung [bisher: Bausteine zur Gestaltung des Aufgabengebietes Medienerziehung] an der verbundenen Haupt- und Realschule, an der Hauptschule, an der Realschule, an der Gesamtschule, am Gymnasium, Jahrgangsstufen 5 bis 9/10, Erprobungsfassung 1999, Verwaltungsvorschrift vom 12. Oktober 1998, in: Mittl.bl. S. 839 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1998.

Das Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Rahmenplan zur Gestaltung des Aufgabengebietes interkulturelle Erziehung in allen Jahrgangsstufen an den allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Erprobungsfassung 1998 (noch nicht genehmigter Entwurf).

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Anordnung über die personalrechtlichen Befugnisse in der Schulaufsicht und für Schulen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Verwaltungsvorschrift vom 18. November 1998, in: Mittl.bl. 1999 S. 19.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Erste Verordnung zur Änderung der Lehrerausbildungsverordnung vom 13. Dezember 1998, in: Mittl.bl. M-V 1999, S. 187.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Rahmenplan Evangelische Religion in der gymnasialen Oberstufe, Jahrgangsstufen 11-13, Verwaltungsvorschrift vom 23. Dezember 1998, in: Mittl.bl. 1999 S. 121.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Rahmenplan Niederdeutsch Grundschule und alle weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (schularten- und jahrgangsübergreifend), Verwaltungsvorschrift vom 23. Dezember 1998, in: Mittl.bl. M-V 1999 S. 123.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Rahmenplan Chemie in der gymnasialen Oberstufe, Jahrgangsstufen 11 bis 13, Verwaltungsvorschrift vom 30. Dezember 1998, in: Mittl.bl. M-V 1999 S. 192 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1999.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Rahmenplan Chemie am Gymnasium, Jahrgangsstufen 8 bis 10, Verwaltungsvorschrift vom 30. Dezember 1998, in: Mittl.bl. M-V 1999 S. 193 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1999.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Rahmenplan Chemie an der verbundenen Haupt- und Realschule, an der Hauptschule, an der Realschule, an der Gesamtschule, Jahrgangsstufen 7/8 bis 9/10, Verwaltungsvorschrift vom 30. Dezember 1998, in: Mittl.bl. M-V 1999 S. 194 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1999.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Rahmenplan Geographie in der gymnasialen Oberstufe, Jahrgangsstufen 11 bis 13, Verwaltungsvorschrift vom 30. Dezember 1998, in: Mittl.bl. M-V 1999 S. 195 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1999.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Rahmenplan Kunst und Gestaltung in der gymnasialen Oberstufe, Jahrgangsstufen 11 bis 13, Verwaltungsvorschrift vom 30. Dezember 1998, in: Mittl.bl. M-V 1999 S. 196 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1999.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Rahmenplan Philosophie in der gymnasialen Oberstufe, Jahrgangsstufen 11 bis 13, Verwaltungsvorschrift vom 30. Dezember 1998, in: Mittl.bl. M-V 1999 S. 197 bzw. Schwerin: Obotritendruck, 1999.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Verordnung zur Arbeit und zum Ablegen des Abiturs in der gymnasialen Oberstufe (Arbeits- und Prüfungsverordnung gymnasiale Oberstufe - APVO-GO MV) vom 16. Januar 1999, in: Mittl.bl. M-V 1999 S. 103.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Schulbuchkatalog 1999/2000, Bekanntmachung vom 28. Januar 1999, in: Mitt.bl. M-V 1999 Sonder-Nr. 2.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Organisation und Zuständigkeit des Landesinstituts für Schule und Ausbildung Mecklenburg-Vorpommern (L.I.S.A.), Verwaltungsvorschrift vom 28. März 1999, in: Mitt.bl. M-V 1999, S. 218.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Nachträge und Berichtigungen zum Schulbuchkatalog allgemeinbildender Schulen in Mecklenburg-Vorpommern für das Schuljahr 1999/2000, Bekanntmachung vom 20. April 1999, in: Mitt.bl. M-V S. 220.

Landesregierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Landesverordnung über die Laufbahn im Schul- und Schulaufsichtsdienst (Lehrerlaufbahnverordnung - BesLaufb VO Schulen M-V), §§ 15-19 vom 17. Dezember 1996, in: Mittl.bl. M-V 1997, S. 91.

1.3 Bibliographische Angaben

Fickermann, Detlef (1996): Geburtenentwicklung und Bildungsbeteiligung - Konsequenzen für die Schulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, in: Werner Helsper, Heinz-Hermann Krüger und Hartmut Wenzel (Hrsg.): Schule und Gesellschaft im Umbruch, Band 2: Trends und Perspektiven der Schulentwicklung in Ostdeutschland. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 193-224.

Gogolin, Ingrid; Neumann, Ursula; Reuter, Lutz (1998): Schulbildung für Minderheiten: Eine Bestandsaufnahme, in: Zeitschrift für Pädagogik 44, S. 663-678.

L.I.S.A. [Landesinstitut Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung], aktuell, Informations- und Fortbildungsangebote, halbjährlich seit 1991.

L.I.S.A. [Landesinstitut Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung], Europa in der Schule, Handreichung 3/96.

L.I.S.A. [Landesinstitut Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung], Frühbeginnender Fremdsprachenunterricht, Handreichung 5/96.

L.I.S.A. [Landesinstitut Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung], Rahmenplan zur Gestaltung des Aufgabengebietes interkulturelle Erziehung in allen Jahrgangsstufen an den allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, Erprobungsfassung 1998 (Entwürfe Februar und September 1998).

Palt, Beatrix; Reuter, Lutz R.; Witte, Alexander (1998): Schulbildung für Migrantenkinder und Kinder autochthoner Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Synopse schulrechtlicher Bestimmungen, in: Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr Hamburg, H.2, S. 5-176.

Reuter, Lutz R. (1998): Zu den rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen der Zuwanderung nach Deutschland, in: Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr Hamburg, H.3, S. 3-25.

Reuter, Lutz R. (1998a): Zum Wandel des Bildungsauftrages der öffentlichen Schule: Das Beispiel der interkulturellen Bildung, in: Schulz, Manuel et al. (Hrsg.), Wege zur Ganzheit: Profilbildung einer Pädagogik für das 21. Jahrhundert. Weinheim S. 337-349.

Reuter, Lutz R.; Zhang, Xinke (1997): Zur Schulpflicht von Minderheiten- und Zuwandererkindern im deutschen Schulwesen, in: Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr Hamburg, H.4, S. 3-30.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Dezernat 420: Schulstatistiken 1993-1995 Schüler/innen allgemeinbildender Schulen (o.J. [1996]).

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Presseinformation 17/94 vom 27.01.1994.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Statistisches Jahrbuch 1996, Schwerin 1996.

1.4 Schulrechtssammlungen

Schulrecht, Ergänzbare Sammlung für Schule und Schulverwaltung in Landesausgaben, Ausgabe für Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. v. Hansgünter Lang und Holger Knudsen, Neuwied (Stand 1998).

Deutsches Schulrecht, Sammlung des Schul- und Hochschulrechts des Bundes und der Länder, hrsg. v. Axel v. Campenhausen und Peter Lerche, Starnberg (Stand 1998).

2. Bundesebene

BMBF [Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie], Grund- und Strukturdaten 1995/96, Bonn 1996; Grund- und Strukturdaten 1996/97, Bonn 1997; Grund- und Strukturdaten 1997/98, Bonn 1997.

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], Empfehlungen zur Arbeit in der Grundschule, Beschluß vom 2. Juli 1970 in der Fassung vom 6. Mai 1994, abgedruckt in: KMK-Loseblattsammlung Nr. 130.2.

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], Dokumentation Nr. 132, Bonn (Mai) 1995.

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], Ausländische Schüler und Schulabsolventen 1985 bis 1994, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Dokumentation Nr. 136, Bonn (Dezember) 1995.

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“, Empfehlung vom 25. Oktober 1996, Bonn: Typoskript (November 1996).

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], „Eine Welt/Dritte Welt“ in Unterricht und Schule, Beschluß vom 28. Februar 1997, Bonn: Typoskript (April 1997).

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], Fremdsprachen in der Grundschule, Bericht des Schulausschusses vom 17. September 1997, Bonn: KMK (Typoskript be152LO97).

Lutz R. Reuter

Schulsystem und Minderheitenpolitik in Sachsen-Anhalt

I. Allgemeine Informationen

1. Aufbau des Schulsystems

Das Schulsystem des Landes Sachsen-Anhalt umfaßt die Jahrgangsstufen eins bis vier im Primarbereich (Grundschule), die Jahrgangsstufen fünf bis neun bzw. zehn in der Sekundarstufe I und die Jahrgangsstufen zehn bis zwölf (gymnasiale Oberstufe) bzw. 11 und 12 (sonstige allgemeinbildende Schulen: Sonderschulen) in der Sekundarstufe II (§ 3 Schulgesetz Sachsen-Anhalt [SchulG]). An der Grundschule kann für schulpflichtige, aber noch nicht schulfähige Kinder eine Vorklasse eingerichtet werden; diese können zum Besuch der Vorklasse verpflichtet werden (§§ 4 Abs. 3; 36 Abs. 3 SchulG).¹ Die Sekundarstufe I ist dreigliedrig; er besteht aus der fünf- bzw. sechsjährigen Sekundarschule, dem sechsjährigen Gymnasium (Mittelstufe) sowie der sechsjährigen Gesamtschule (§§ 5-6 SchulG). Die Sekundarschule ist eine verbundene Haupt- und Realschule; sie besteht aus dem Hauptschulbildungsgang (5. bis 9. Schuljahrgang [Hauptschulabschluß und qualifizierter Hauptschulabschluß nach Klasse 9]), dem Realschulbildungsgang (5. bis 10. Schuljahrgang [Realschulabschluß und erweiterter Realschulabschluß nach Klasse 10]) und kombinierten Klassen, in denen bildungsgangübergreifend mit abschlußbezogener Differenzierung unterrichtet wird, wenn die Zahl der Schülerinnen und Schüler eines Sekundarschulbildungsganges den für die Bildung einer Klasse festgelegten Mindestwert unterschreitet.² Zum 1. August 1997 (in einzelnen Landesteilen zum 1. August 1998) wurde die Struktur der Sekundarstufe I geändert (§ 86a SchulG). Seither besuchen alle Schüler der Schuljahrgänge fünf und

¹ Die Arbeit in der Grundschule, RdErl. vom 21. Juli 1993, Nr. 2.4.

² Unterrichtsorganisation an den Sekundarschulen im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 22. Mai 1996, Nr. 1.4. Kombinierte Klassen; Verordnung über die Abschlüsse und die Abschlußprüfungen im Sekundarbereich I (Abschlußverordnung - AbschlußVO), vom 20. September 1993, zuletzt geändert am 13. Dezember 1995; Abschlußprüfungen im Sekundarbereich I, RdErl. vom 10. Dezember, zuletzt geändert am 22. Dezember 1995.

sechs die Förderstufe, die Teil der Sekundarschule ist. Der Hauptschulbildungsgang wird auf drei Jahrgänge, der Realschulbildungsgang auf vier und der gymnasiale Bildungsgang auf sieben Jahrgänge verkürzt. Schließlich gestattet § 11 Schulgesetz „zur Weiterentwicklung der Schulformen und zur Erprobung neuer pädagogischer und organisatorischer Konzeptionen“ die Durchführung von Schulversuchen.

Mit dem Schulreformgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Vorschaltgesetz) wurde bereits am 11. Juli 1991 ein vorläufiges Schulgesetz in Kraft gesetzt und nach umfangreichen Änderungen als (endgültiges) Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt mit der Neufassung vom 30. Juni 1993 neu bekanntgemacht.³ Weitere Änderungen erfolgten zwischen 1994 und 1998.⁴ Die Gesamtschulen in Sachsen-Anhalt wurden mit der vierten Schulgesetznovelle zur Regelschule (§ 5a SchulG).⁵ Gesamtschulen werden in integrativer und kooperativer Form geführt. Ab dem Schuljahr 1999/2000 wird die Trennung des Haupt- und Realschulbildungsganges aufgehoben. Alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule sollen mit dem Ziel, den mittleren Schulabschluß zu erreichen, unterrichtet werden (§ 5 Abs. 4 u. 5 SchulG [Fassung v. 1. August 1999]). Mit Schulgesetznovelle von 1998 wurde die Schulzeit am Gymnasium auf 13 Schuljahre verlängert (§§ 6 Abs. 1, 86 Abs. 2 u. 3 SchulG). Die ersten (vorläufigen) Rahmenrichtlinien seit Wiederherstellung des Bundeslandes wurden für die Fächer der allgemeinbildenden Schulen bereits 1991 erlassen; 1996 war die Reform der Lehrpläne weitestgehend abgeschlossen.

³ Schulreformgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Vorschaltgesetz) vom 11. Juli 1991; Neufassung als Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 30. Juni 1993, in der Fassung vom 27. August 1996, zuletzt geändert am 21. Januar 1998.

⁴ Änderungen des Schulgesetzes vom 4. Mai 1994, vom 18. Januar 1994, vom 7. Dezember 1995 und vom 21. Juni 1996; neugefaßt am 27. August 1996, geändert am 29. Mai 1997, am 12. August 1997 und am 21. Januar 1998.

⁵ Bis dahin Versuchsschulen nach § 11 SchulG; zuständig ist im Kultusministerium das Referat 4.14 (Gesamtschulen/Ganztagsbetreuung).

2. Schülerzahlen nach Schulformen

Im Schuljahr 1995/96 besuchten 390.200 Schülerinnen und Schüler öffentliche oder private allgemeinbildende Schulen in Sachsen-Anhalt; im Schuljahr 1994/95 waren es noch 392.400. Zwar stieg ihre Zahl in Vorklassen an Grundschulen zwischen 1991/92 und 1995/96 von 1.031 auf 1.748; die Zahl der Grundschüler ging demgegenüber von 146.500 im Schuljahr 1991/92 auf 139.800 (1995/96) zurück.⁶ Dieser Rückgang wird sich in den kommenden Schuljahren aufgrund des Geburtenrückgangs seit 1990 erheblich verstärken und in die Sekundarstufen hinein fortsetzen. Zwischen 1991 und 1996 hat die Schülerzahl im Sekundarbereich von 194.300 über 201.500 (1992/93) und 205.100 (1993/94) auf 206.400 (1994/95) noch stetig zugenommen, stagnierte mit 206.500 jedoch im Schuljahr 1995/96. Dieser Entwicklung trägt die Möglichkeit Rechnung, Schulen und Bildungsgänge organisatorisch zusammenzufassen; vollausgebaute Schulen können mit Außenstellen geführt und jahrgangsübergreifender Unterricht durchgeführt werden; Grundschulen sollen zwar mindestens einzügig sein, können aber ausnahmsweise den unteren Grenzwert der Klassenfrequenz erheblich unterschreiten; Sekundarschulen können mit nur einem (Hauptschul-, Realschul- oder kombinierten) Bildungsgang unterhalten und Fächer jahrgangsübergreifend unterrichtet werden (§ 13 SchulG);⁷ viele Schulstandorte sind gefährdet, auch aus demographischen Gründen sollen weitere Gesamtschulen eingerichtet werden. Die Entwicklung der Schulbesuchszahlen in den Schulformen der Sekundarstufe I zeigt die folgende Tabelle:

⁶ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Schuljahresanfangsstatistiken Schuljahre 1994/95 und 1995/96 sowie Statistische Berichte B1 Allgemeinbildende Schulen. Halle 1996.

⁷ Vorläufige Regelung zur Schulentwicklungsplanung im Lande Sachsen-Anhalt, Erlaß des MBWK vom 30. Januar 1991, geändert am 11. Juni 1992; § 22 Schulgesetz; Hinweise zur Schulentwicklungsplanung vom 8. Dezember 1992; Fortschreibung der Schulentwicklungspläne der Landkreise und kreisfreien Städte, RdErl. vom 22. Februar 1993; Verordnung zur Schulentwicklungsplanung (SchEPVO) vom 14. Juni 1994, geändert durch VO vom 20. März 1996, Nr. 1.4 Kombinierte Klassen.

Tabelle 1: Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Sekundarbereich in den Schuljahren 1991/92 bis 1995/96 in Sachsen-Anhalt in Tausend

Schulformen/ Schuljahr	GS	SekS	Gymn.	IGS ¹	KGS ²	SonderS	AbendS Kollegs	insg.
1991/92	146,9	125,5	78,6	1,0	1,4	16,7	1,6	371,6
1992/93	146,7	128,3	86,2	1,2	1,5	18,4	1,0	383,3
1993/94	145,8	130,1	90,4	1,4	1,6	19,2	1,1	389,7
1994/95	144,7	132,2	91,1	1,6	1,6	20,1	1,0	392,4
1995/96	141,4	132,8	91,0	1,6	1,6	20,7	1,0	390,2

¹ Incl. Freie Waldorfschulen als „aufbauende Schulen“: 1991: 234; 1992: 269; 1993: 317; 1994: 354; 1995: 412 Schüler. Mit § 5a Schulgesetz haben die integrierten Gesamtschulen (IGS) eine gesetzliche Grundlage erhalten (zunächst Schulversuche nach § 11 SchulG).

² Das geltende Schulgesetz sieht keine kooperativen Gesamtschulen (KGS) vor (ein Schulversuch nach § 11 SchulG).

Abk.: GS = Grundschule; SekS = Sekundarschule; SonderS = Sonderschule;
IGS/KGS = Integrierte/kooperative Gesamtschule; AbendS = Abendschule

Quelle: Statistisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistik 1996, Ziff. 1.3.

Tabelle 2: Schülerinnen und Schüler in den Bildungsgängen der Sekundarschulen in den Schuljahren 1991/92 bis 1995/96 in Sachsen-Anhalt in Tausend

Sekundarschulen/ Schuljahr	Förder- stufen	Hauptschul- Bildungsgang	Realschul- Bildungsgang	kombinierte Klassen	insg.
1991/92	50,4	4,9	58,9	11,3	125,5
1992/93	49,9	10,2	63,0	5,2	128,3
1993/94	47,4	12,2	66,3	4,2	130,1
1994/95	46,3	14,1	69,5	2,4	132,2
1995/96	46,6	13,8	70,5	1,9	132,8

Quelle: Statistisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistik 1996, Ziff. 1.3.

Im Schuljahr 1995/96 (1993/94) besuchten 64,3% (63,5%) der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I Sekundarschulen und 34,2% (35,3%) Gymnasien; 5,3% (4,9%) besuchen Sonderschulen.⁸

Der Bevölkerungsrückgang in Sachsen-Anhalt ist regional unterschiedlich verlaufen; während die Bevölkerung in den Oberzentren Dessau, Halle und Magdeburg

⁸ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistik Schuljahr 1995/96, Ziff. 1.8.

sowie in den Landkreisen Bernburg, Mansfelder Land, Quedlenburg und Schönebeck zurückgegangen ist, ist die Bevölkerung in den Kreisen Altmark und Jerichower Land, im Ohrekreis und im Saalkreis um bis zu 3 % gewachsen. Es wird von ausgegangen, daß der bereits eingetretene leichte Geburtenanstieg sich in den kommenden Jahren fortsetzen wird, so daß um das Jahr 2002 mit dem geringsten Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulplätzen und danach wieder mit einem Anstieg des Bedarfs zu rechnen ist.⁹

II. Unterscheidung von Minderheitengruppen

Die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt enthält im Abschnitt »Staatsziele« einen Artikel über »Kulturelle und ethnische Minderheiten« (Art. 37):

- (1) Die kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung ethnischer Minderheiten stehen unter dem Schutz des Landes oder der Kommunen.
- (2) Das Bekenntnis zu einer kulturellen oder ethnischen Minderheit ist frei; es entbindet nicht von den allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten.¹⁰

Art. 3 Landesverfassung gibt eine differenzierende Legaldefinition von »Grundrechten« (Art. 4-23), »Einrichtungsgarantien« (Art. 24-33, z.B. Schulwesen) und »Staatszielen« (Art. 34-40) und bestimmt: „Die nachfolgenden Staatsziele verpflichten das Land, sie nach Kräften anzustreben und sein Handeln danach auszurichten.“ (Art. 3 Abs. 3) Die Minderheitenregelung ist danach verbindliches, aber nicht individuell einklagbares Verfassungsrecht. Sprachlich ist der erste Absatz nicht eindeutig formuliert; die Begrenzung der Aussage auf ethnische Minderheiten ist nicht verständlich. Durch den Regelungszusammenhang im zweiten Absatz wird deutlich, daß von der Landesverfassung nur Staatsbürger, nicht aber Zuwanderer ohne deutschen Paß als Minderheitenangehörige anerkannt werden. Das

⁹ Braun et al. 1998, S. 27.

¹⁰ Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992.

Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt greift den Minderheitenartikel der Verfassung für das Schulwesen nicht näher auf.

Das untergesetzliche Recht folgt keinem einheitlichen Sprachgebrauch. In den Richtlinien und Erlassen werden durchweg Aussiedler- und Ausländerkinder unterschieden; allerdings werden nur ausnahmsweise daran unterschiedliche Rechtsfolgen geknüpft. Der amtliche Sprachgebrauch ist wechselhaft; unter dem Oberbegriff »Kinder besonderer Personengruppen« werden in den Erlassen und Rundschreiben die folgenden Begriffe verwendet: »Schülerinnen und Schüler, deren Erstsprache nicht Deutsch ist«, »Kinder von Aussiedlern und Ausländern«, »Schüler aus Aussiedlerfamilien«, »junge Aussiedler/Spätaussiedler«, »Spätaussiedlerkinder«, »Schüler ausländischer Herkunft«, »ausländische und ausgesiedelte Schülerinnen und Schüler« oder »Kinder von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen«.¹¹

(a) Aussiedlerkinder

Die in Sachsen-Anhalt lebenden Aussiedler kommen überwiegend aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion (GUS), vor allem aus Kasachstan und Rußland, aber auch aus der Ukraine und Weißrußland.

(b) Ausländische Kinder

Die Kinder der in Sachsen-Anhalt wohnenden Ausländer stammen überwiegend aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (insbesondere aus Bosnien-Herzegowina und Serbien-Montenegro) sowie Vietnam (Kinder von DDR-Vertragsarbeitern und Flüchtlingen). Die Zahl der EU-Ausländer (insbesondere aus den Niederlanden) ist gering.

¹¹ Vgl. z.B. Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen, Rundschreiben vom 13. November 1991, neugefaßt am 11. März 1993; Fremdsprachenunterricht für Aussiedler aus der GUS; hier: Anerkennung von Russisch als erste Fremdsprache an Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 2. April 1992; Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen; hier: Bereitstellung von zusätzlichen Lehrerwochenstunden zur schulischen Förderung der Kinder von Aussiedlern und von Ausländern, RdErl. vom 11. März 1993, in der Fassung vom 10. Mai 1995 (4.12-8313); Schüler aus Aussiedlerfamilien und Schüler ausländischer Herkunft im Primarbereich; hier: Erteilung von Zeugnissen, RdErl. vom 7. April 1994; Richtlinien für den Deutschunterricht mit Schülerinnen und Schülern, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, Erlaß vom September 1993.

III. Schulorganisation für Minderheitengruppen

1. Zuständigkeiten

Die Schulaufsicht in Sachsen-Anhalt war zunächst dreistufig organisiert. Oberste Schulbehörde war das Kultusministerium in Magdeburg, obere Schulbehörden waren die Bezirksregierungen (Regierungsbezirke Magdeburg, Halle und Dessau) und untere Schulbehörden die Schulaufsichtsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten Magdeburg, Halle und Dessau (§ 82 Abs. 3 SchulG von 1993). Mit Beginn des Schuljahres 1997/98 ist die Schulaufsicht zweistufig organisiert; die Aufgaben der Schulaufsicht wurden aus den drei Regierungspräsidien herausverlagert. Schulbehörden sind jetzt das Kultusministerium als oberste Schulbehörde und die Staatlichen Schulämter als untere Schulbehörden (§ 82 Abs. 3 Schulgesetz von 1997).¹² Die bisherigen 24 Schulaufsichtsämter wurden aufgelöst und durch neun Staatliche Schulämter ersetzt. Die Schulbehörden sind für die Planung und Gestaltung des Schulwesens, die Beratung der Schulen und Schulträger und die Durchsetzung der geltenden Bestimmungen verantwortlich; sie nehmen die Aufgaben der schulpsychologischen Beratung wahr und üben die Dienst- und Fachaufsicht über die Lehrer sowie die Verwaltungsaufsicht über die Schulträger aus (§ 83 Abs. 1-3 SchulG). Sie sollen dabei die Selbständigkeit der einzelnen Schulen nicht beeinträchtigen (§ 83 Abs. 3 SchulG). Die Schulämter sind untere Landesbehörden. Sie bestehen aus mehreren Dezernaten und sind für alle Schularten zuständig.¹³ Die Position des Leiters des Staatlichen Schulamtes wird auf Zeit vergeben (A16). Die Amtszeit dauert fünf Jahre, eine weitere Amtszeit ist

¹² Kultusministerium Sachsen-Anhalt, Konzeption zum geplanten zweistufigen Verwaltungsaufbau der Schulbehörden Sachsens-Anhalts v. 7. November 1996; Gesetz zur Reform der Schulaufsichtsverwaltung vom 25. Juni 1997; Abschlußbericht der Arbeitsgruppe des Kultusministeriums zur Reform der Schulaufsichtsverwaltung in Sachsen-Anhalt v. 30. September 1996; Kramer/Zeymer 1997.

¹³ Verordnung über die Bildung von vorläufigen Schulaufsichtsbehörden vom 30. Mai 1990; Zuständigkeiten der Schulbehörden nach dem Schulreformgesetz für das Land Sachsen-Anhalt, Erlaß vom 29. Juli 1991, zuletzt geändert durch Erlaß vom 27. November 1992; Innere Organisation der Schulaufsichtsämter im Land Sachsen-Anhalt, Runderlaß vom 15. September 1993, zuletzt geändert durch Runderlaß vom 1. August 1994; Beschluß der Landesregierung über die Organisation der Schulaufsichtsämter vom 10. Mai 1994; geändert durch Einführung der zweistufigen Schulaufsicht gemäß §§ 82 u. 83 Schulgesetz, zuletzt geändert am 12. August 1997; RdErl. vom 19. August 1997.

zulässig. Nach Ablauf der zweiten Amtszeit kann das Amt auf Lebenszeit übertragen werden. Der Schulamtsleiter ist Vorsitzender der Schulamtskonferenz, die aus den Dezernenten des Schulamtes gebildet wird. Der Schulamtskonferenz obliegt u.a. die Festlegung von Kriterien zur bedarfsgerechten Entwicklung der Schulen, die Gestaltung und Festlegung schulformübergreifender Maßnahmen und die Zusammenarbeit zwischen den schulfachlichen und den psychologischen Dezernenten (§ 83 Abs. 6 SchulG). Die Dezernenten sind für einen regional abgegrenzten Aufgabenbereich verantwortlich und nehmen außerdem fächer- bzw. schulformübergreifende Aufgaben (Generalien, z.B. Zuwandererkinder) wahr; eine Aufgabenverteilung nach Schulformen ist allerdings zulässig. Die Dezernenten arbeiten nach dem Kollegialprinzip. Dies bedeutet, daß die Dezernenten ihre Aufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung wahrnehmen und zugleich zur Zusammenarbeit und aufgabenbezogenen Koordination ihrer Tätigkeit verpflichtet sind. Die Geschäftsverteilung obliegt den Schulämtern.

Die schuladministrative Betreuung der Ausländer- und Aussiedlerkinder wird als Querschnittsaufgabe referatübergreifend durchgeführt, d.h. die Referate für die Schulaufsicht über die einzelnen Schulformen sind auch für die Betreuung der eingeschulten Minderheitenkinder verantwortlich. Soweit es sich um Grundsatz-, Lehrplan-, Schulrechts-, Lehreraus- und -fortbildungs-, Förder- oder Unterrichtsversorgungsangelegenheiten mit Bezug auf Ausländer- und Aussiedlerkinder handelt, sind außerdem die jeweiligen Fachreferate der Abteilung 3 (Schulformübergreifende Angelegenheiten) bzw. der Abteilung 4 (Allgemeinbildung) beteiligt. Auf der Ebene der unteren Schulaufsicht sind es im wesentlichen die Schulämter in Magdeburg, Halle und Dessau, die mit der Betreuung der Ausländer- und Aussiedlerkinder befaßt sind.

Tabelle 3: Organigramm der Zuständigkeiten (bis Schuljahr 1997/98)

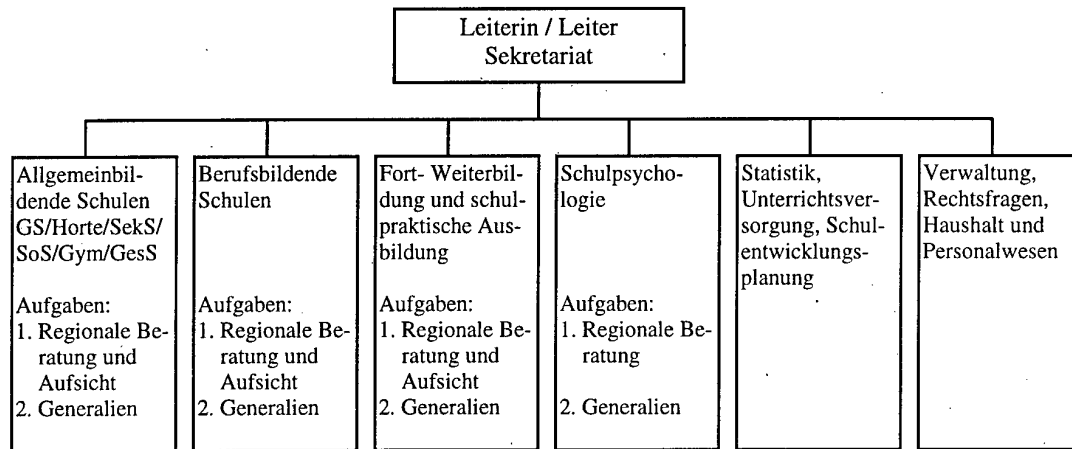
Ebenen	Ausländer- und Flüchtlingskinder	Aussiedlerkinder
Ministerium (oberste Schulaufsicht)	<u>Abteilung 3:</u> Schulformübergreifende Angelegenheiten <u>Referat 3.14:</u> Curriculumentwicklung Rahmenrichtlinien <u>Referat 3.23:</u> Internationale und EU-Bildungsangelegenheiten <u>Abteilung 4:</u> Allgemeinbildung <u>Referat 4.12:</u> Sekundarschulen, Gremien, Ausländerkinder <u>Referat 4.22:</u> Schulrecht	<u>Abteilung 3:</u> Schulformübergreifende Angelegenheiten <u>Referat 3.14:</u> Curriculumentwicklung Rahmenrichtlinien <u>Referat 3.23:</u> Internationale und EU-Bildungsangelegenheiten <u>Abteilung 4:</u> Allgemeinbildung <u>Referat 4.12:</u> Sekundarschulen, Gremien, Ausländerkinder <u>Referat 4.22:</u> Schulrecht
Regierungsbezirk (obere und untere Schulaufsicht)	Schulaufsicht über die Gymnasien u. gymn. Oberstufen an Gesamtschulen Querschnittaufgabe: Ausländer- u. Flüchtlingskinder Regionale Lehrerfortbildung: u.a. Friedenserziehung, interkulturelles Lernen, Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler	Schulaufsicht über die Gymnasien u. gymn. Oberstufen an Gesamtschulen Querschnittaufgabe: Aussiedlerkinder Regionale Lehrerfortbildung: u.a. Friedenserziehung, interkulturelles Lernen, Integration deutschstämmiger Schülerinnen und Schüler
Schulamt (untere Schulaufsicht)	<u>Dezernat:</u> Aufsicht über die Grund- Sekundar-, Gesamt- und Sonderschulen, Generalien Querschnittaufgabe: Ausländer- und Flüchtlingskinder	<u>Dezernat:</u> Aufsicht über die Grund-, Sekundar-, Gesamt- und Sonderschulen, Generalien Querschnittaufgabe: Aussiedlerkinder
Schule	Vorbereitungsklasse Förderunterricht (verstärkter Deutschunterricht) Schulprofil (z.B. Europaschule) Fremdsprachunterricht kein muttersprachlicher Unterricht	Vorbereitungsklasse Förderunterricht (verstärkter Deutschunterricht) Schulprofil (z.B. Europaschule) Fremdsprachunterricht kein muttersprachlicher Unterricht

Quellen: Organisationsplan des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt (Stand: Oktober 1995); Innere Organisation der Schulaufsichtsämter im Land Sachsen-Anhalt; RdErl. des MK vom 15. September 1993, geändert am 1. August 1994; §§ 82 f. Schulgesetz Sachsen-Anhalt (1993); ergänzende eigene Angaben.

Tabelle 4: Organigramm der Zuständigkeiten (ab Schuljahr 1997/98)

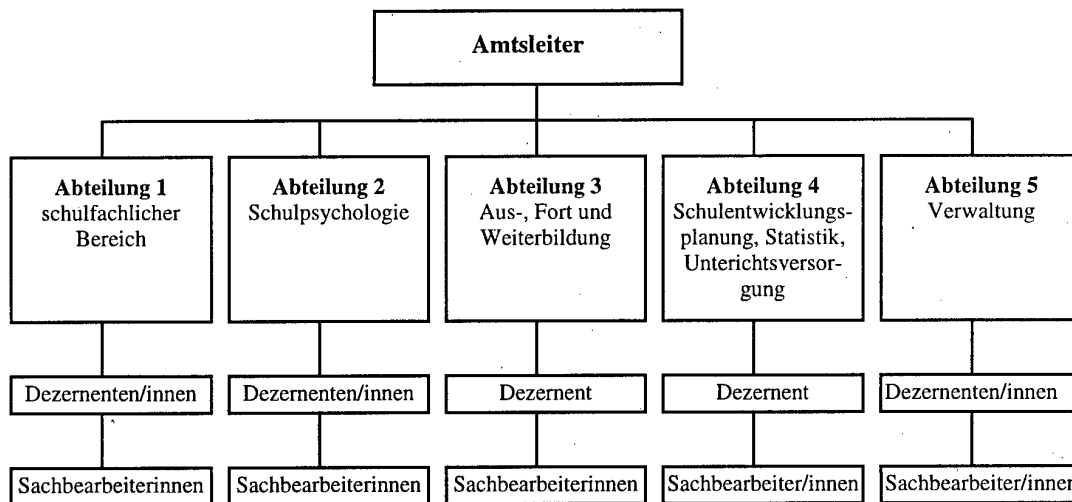
Ebenen	Ausländer- und Flüchtlingskinder	Aussiedlerkinder
Ministerium (oberste Schulaufsicht)	<u>Abteilung 3:</u> Schulformübergreifende Angelegenheiten <u>Referat 34:</u> Rahmenrichtlinien, pädagogische Einzelfragen <u>Referat 37:</u> Internationale und EU-Angelegenheiten im Bereich der allgemeinen schulischen Bildung <u>Abteilung 4:</u> Allgemeinbildung <u>Referat 42:</u> Sekundarschulen, Gremien, Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen <u>Referat 47:</u> Schulgesetzgebung, Schulrecht	<u>Abteilung 3:</u> Schulformübergreifende Angelegenheiten <u>Referat 34:</u> Rahmenrichtlinien, pädagogische Einzelfragen <u>Referat 37:</u> Internationale und EU-Angelegenheiten im Bereich der allgemeinen schulischen Bildung <u>Abteilung 4:</u> Allgemeinbildung <u>Referat 42:</u> Sekundarschulen, Gremien, Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen <u>Referat 47:</u> Schulgesetzgebung, Schulrecht
Staatliches Schulamt (untere Schulaufsicht)	<u>Dezernat:</u> Aufsicht über die Grund- Sekundar-, Gesamt- und Sonderschulen, Gymnasien, Regionale Beratung, Generalien Querschnittaufgabe: Ausländer- und Flüchtlingskinder	<u>Dezernat:</u> Aufsicht über die Grund-, Sekundar-, Gesamt- und Sonderschulen, Gymnasien, regionale Beratung, Generalien Querschnittaufgabe: Aussiedlerkinder
Schule	Vorbereitungsklasse Förderunterricht (verstärkter Deutschunterricht) Schulprofil (z.B. Europaschule) Fremdsprachunterricht kein muttersprachlicher Unterricht	Vorbereitungsklasse Förderunterricht (verstärkter Deutschunterricht) Schulprofil (z.B. Europaschule) Fremdsprachunterricht kein muttersprachlicher Unterricht

Quellen: Organisationsplan des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt (Stand: 15. September 1997); Innere Organisation der Schulaufsichtsämter im Land Sachsen-Anhalt; RdErl. des MK vom 15. September 1993, geändert am 1. August 1994; §§ 82 f. Schulgesetz Sachsen-Anhalt (1997); Konzeption zum geplanten zweistufigen Verwaltungsaufbau der Schulbehörden Sachsen-Anhalts vom 7. November 1996; ergänzende eigene Angaben.

Tabelle 5: Innere Struktur der Staatlichen Schulämter

Abk: GS = Grundschulen; SekS = Sekundarschulen; SoS = Sonderschulen; Gym. = Gymnasien; GesS = Gesamtschulen

Quelle: Konzeption zum geplanten zweistufigen Verwaltungsaufbau der Schulbehörden Sachsen-Anhalts vom 7. November 1996; Kieslich 1997, S. 38; Kramer/Zeymer 1997, S. 10.

Tabelle 6: Organisationsplan des Staatlichen Schulamtes Magdeburg

Quelle: Staatliches Schulamt Magdeburg 1998

2. Schulorganisatorische Regelungen für Minderheitengruppen

In Sachsen-Anhalt gibt es keinen umfassenden Organisationserlaß über die schulische Betreuung von Ausländer- und Aussiedlerkindern; die bestehenden Regelungen sind punktuell und in verschiedenen Einzelerlassen verstreut.

(a) Schulpflicht

Nach § 36 Schulgesetz ist der Besuch einer Schule für alle im Lande Sachsen-Anhalt wohnenden Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden verpflichtend (Schulpflicht). Danach unterliegen Aussiedlerkinder ebenso wie Ausländerkinder der Vollzeitschulpflicht von mindestens neun Jahren und der Teilzeitschulpflicht von in der Regel drei Jahren. Wenn ein Schüler eine berufsbildende Schule mit Vollzeitunterricht mindestens ein Jahr lang besucht, so ist seine Schulpflicht erfüllt (§ 40 SchulG). Für Schüler, die 1999 in den siebten Schuljahrgang wechseln werden, wird die Schulpflicht zehn Jahre betragen (§ 40 SchulG). Eine Legaldefinition des Begriffs »Wohnung« gibt es zwar weder im Schulrecht- noch im Ausländerrecht noch auf der untergesetzlichen Erlaßebene; doch wird die Unterkunft während des Asylverfahrens nicht als Wohnung angesehen. Mit Runderlaß vom 13. November 1991 hat das Kultusministerium festgestellt, daß Kinder von Aussiedlern und Vertriebenen (gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3 Bundesvertriebenengesetz in der Fassung vom 3. September 1971), Asylberechtigte (gemäß Asylverfahrensgesetz vom 9. April 1990), Kontingentflüchtlinge (gemäß Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge vom 22. Juli 1980) und Koventionsflüchtlinge (gemäß Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 bzw. Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967), von Staatenlosen (gemäß Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet vom 25. April 1951) und von sonstigen Ausländern (insbesondere gemäß EWG-Aufenthaltsgesetz vom 31. Januar 1980 und Ausländergesetz in der Fassung vom 9. Juli 1990) der Schulpflicht in Sachsen-Anhalt unterliegen. Kinder von Asylbewerbern sind danach nicht schulpflichtig, da ihnen der Aufenthalt während der Dauer des Asylverfahrens nur *gestattet* ist und sie sich nicht dauerhaft im Sinne des Begriffs der Wohnung, sondern nur vorübergehend im Land Sachsen-Anhalt aufhielten. Sie sind nach diesem

Erlaß jedoch zu beschulen, wenn die Eltern einen entsprechenden Antrag stellen. Der Verfasser des Erlasses bittet dringend, so zu verfahren „um eine weitere Diskriminierung dieser besonderen Personengruppe zu vermeiden.“¹⁴ Bei der Aufnahme in die einzelnen Schulformen bzw. Jahrgangsstufen sind das Alter und der Kenntnisstand der Kinder angemessen zu berücksichtigen; die Zuweisung zu einem Schuljahrgang erfolgt durch die Schulleiter.¹⁵

(b) Aussiedlerkinder

Die Kinder von Aussiedlern sollen grundsätzlich in den regulären Unterricht an allgemeinbildenden Schulen integriert werden. Diejenigen, die die deutsche Sprache nicht oder nicht hinreichend beherrschen, sind durch geeignete Maßnahmen so zu fördern, daß sie am Unterricht der Regelklasse teilnehmen können. Vorrang hat der Sprachförderunterricht an Grund- und Sekundarschulen. Landesweit gibt es offiziell nur zwei Vorbereitungs- bzw. Integrationsklassen.¹⁶ In der Heinrich-Heine-Schule in Magdeburg wird auf der Basis der Ergebnisse der in einem Sprachstandtest festgestellten Deutschkenntnisse in zwei Gruppen (A und B) differenziert unterrichtet.¹⁷ Nach einigen Monaten erfolgt die Teilnahme am Regelklassenunterricht in den Fächern Musik, Sport und Kunst; der Wechsel in die Regelklasse erfolgt durch Teilnahme an weiteren Fächern fließend, so daß die Vorbereitungs-klasse zum Deutschförderunterricht wird.

¹⁴ Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen, Erlaß vom 13. November 1991 (nicht veröffentlicht, als Typoskript an Bezirksregierungen und Schulaufsichtsämter).

¹⁵ Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen; hier: Bereitstellung von zusätzlichen Lehrerwochenstunden zur schulischen Förderung der Kinder von Aussiedlern und von Ausländern RdErl. vom 11. März 1993.

¹⁶ Diese Vorbereitungs- bzw. Integrationsklassen bestehen an zwei Sekundarschulen in Magdeburg und Walbek (Kreis Haldesleben); außerdem gibt es Vorbereitungsklassen an einzelnen Grundschulen (z.B. Grundschule An der Leiterstraße in Magdeburg mit einem Anteil von 21,4% Ausländer- und Aussiedlerkindern).

¹⁷ Schon in der Übergangszeit nach Auflösung der DDR, als die Gemeinsame Arbeitsstelle der Länder die Aufgaben des Kultusministeriums und der Schulaufsicht wahrnahm, waren Vorbereitungs- bzw. Integrationsklassen nach westlichem Beispiel an Grund- und Sekundarschulen eingerichtet worden. Bis heute gibt es keinen Erlaß (nur Entwurf) zur Regelung der Vorbereitungsklassen (Stand: Februar 1998). Als Ergebnis eines interministeriell geförderten Projekts am Institut für fremdsprachliche Philologien der TU Magdeburg (G. Goes, M. Schildener) wurde im November 1997 die Handreichung »Deutsch als Zielsprache« publiziert.

Die Handreichung »Deutsch als Zielsprache« baut auf die Erfahrungen dieser zwei Integrationsklassen auf; sie stellt keine verbindliche Richtlinie dar.¹⁸ Grundlage des Konzeptes ist eine niveaudifferenzierte Aufteilung der zu vermittelnden sprachlichen Inhalte in einem Grund- und Aufbaukurs; die Zuordnung der Schüler kann anhand eines Sprachstandstests erfolgen. Ziel der Handreichung ist es, Kinder und Jugendliche, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, zu sprachlicher Handlungsfähigkeit im mündlichen und schriftlichen Bereich zu befähigen. Das übergeordnete Lernziel »kommunikative Kompetenz« wird nach drei Lernzielbereichen in soziale Kompetenz, sprachliche Kompetenz und inhaltlich-kognitive Kompetenz differenziert. Anwendung soll die Handreichung sowohl im schulischen Bereich (Förderstunden, Vorbereitungsklassen) als auch im außerschulischen Bereich (schulbegleitender Nachhilfeunterricht und sozialpädagogische Betreuung im Rahmen der Garantiefondsleistungen) finden.¹⁹ Die Schulbücher, die in den Integrations- und Regelklassen im Unterricht »Deutsch als Fremdsprache« eingesetzt werden, sind nicht zulassungspflichtig.²⁰

Die für die sprachliche Förderung der Aussiedlerkinder benötigten Stunden sind grundsätzlich aus dem Förderkontingent zu entnehmen. Grundschulen, Sekundarschulen, Gymnasien und Sonderschulen können über ihren Grundbedarf an Lehrerwochenstunden einen Zusatzbedarf geltend machen, wenn sie Förderunterricht bzw. Förderkurse für Ausländer- und Aussiedlerkinder durchführen.²¹ Auf Antrag der Schule können ihr zur Durchführung von Förderkursen für fünf bis neun Schüler zwei, für zehn bis 14 Schüler vier und für über 14 Schüler insgesamt sechs zu-

¹⁸ Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt: Deutsch als Zielsprache, Grundsätze und Anregungen für die unterrichtliche und außerunterrichtliche Praxis in den Sekundarstufen I und II sowie in der Erwachsenenbildung, November 1997.

¹⁹ ebd. S. 8

²⁰ Vgl. I. 2.a) Prüfverfahren zur Zulassung von Schulbüchern, Rd.Erl. vom 13. Januar 1995.

²¹ Unterrichtsversorgung an den Grundschulen im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 21. März 1996, Nr. 6.2 Buchstabe a); Unterrichtsversorgung an den Sekundarschulen im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 22. März 1996, Nr. 4.2 Buchstabe a); Unterrichtsversorgung an den Gymnasien und Schulen des Zweiten Bildungsweges (Abendgymnasien/Kollegs) im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 25. März 1996, Nr. 4.2 Buchstabe a); Unterrichtsorganisation an den Sonderschulen, RdErl. vom 26. März 1996, Nr. 4.2 Buchstabe a); Unterrichtsorganisation an den Sekundarschulen im Schuljahr 1995/96, RdErl. vom 21. März 1995.

sätzliche Lehrerstunden bereitgestellt werden.²² Die Vorbereitungsklassen erhalten eine Sonderzuweisung von 20 Lehrerstunden. Die Förderkurse, an denen die Kinder anstelle des Deutschunterrichts in der Regelklasse teilnehmen, dienen vorrangig der Vermittlung bzw. Verbesserung der Deutschkenntnisse. Gelingt die zügige Eingliederung ausgesiedelter Kinder oder Jugendlicher nicht, können außerschulische Fördermaßnahmen (insbesondere schulbegleitende Intensiv-Deutsch-Kurse und Nachhilfeunterricht) angeboten werden.²³

Im Primar- und Sekundarbereich ist bei der Bewertung der Schülerleistungen auf die sprachbedingten Probleme Rücksicht zu nehmen. So können in den beiden ersten Jahren des Besuchs einer deutschen Schule in den Fächern, in denen die Beherrschung der deutschen Sprache Voraussetzung für eine erfolgreiche Mitarbeit ist, durch Bemerkungen über den Leistungsstand und/oder die Lernfortschritte ersetzt oder ergänzt werden. Nicht ausreichende Leistungen im Fach Deutsch bleiben für den genannten Zeitraum bei der Versetzungsentscheidung unberücksichtigt. Können wegen des Fehlens von Leistungsnachweisen die Leistungen eines Schülers nicht bewertet werden, sind die Leistungen einzuschätzen und verbal darzustellen. Der Besuch eines Förderkurses oder einer Vorbereitungsklasse ist im Zeugnis zu vermerken.²⁴ Schließlich sind »Kinder besonderer Personengruppen« solange von der Teilnahme am Schülerbetriebspraktikum befreit, wie Verständigungsprobleme bestehen.²⁵

²² Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen; hier: Bereitstellung von zusätzlichen Lehrerwochenstunden zur schulischen Förderung der Kinder von Aussiedlern und von Ausländern, RdErl. vom 11. März 1993, geändert am 10. Mai 1995, Nr. 3 Abs. 1.

²³ Außerschulische Fördermaßnahmen (z.B. durch das Europäische Bildungswerk e.V.) für junge Aussiedler/Spätaussiedler, Gemeinsamer RdErl. des Innenministeriums und des Kultusministeriums vom 7. Oktober 1994, Nr. 2.1; Lehrerfortbildung zur schulischen Eingliederung ausländischer und ausgesiedelter Schülerinnen und Schüler, RdErl. vom 5. Mai 1993; Vergütung für den schulbegleitenden Nachhilfeunterricht; hier: „Garantiefonds“, RdErl. vom 10. Februar 1995.

²⁴ Schüler aus Aussiedlerfamilien und Schüler ausländischer Herkunft im Sekundarbereich I an allgemeinbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt; hier: Erteilung von Zeugnissen, RdErl. vom 30. Juli 1993; Schüler aus Aussiedlerfamilien und Schüler ausländischer Herkunft im Primarbereich an allgemeinbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt; hier: Erteilung von Zeugnissen, RdErl. vom 7. April 1994.

²⁵ Schülerbetriebspraktikum für Kinder besonderer Personengruppen, unveröffentlichter RdErl. (4.12-83004/KS1) vom 22. Mai 1995.

(c) Ausländerkinder

Die Regelungen für die »Kinder von Aussiedlern« gelten auch für die »Schüler ausländischer Herkunft«.²⁶ Eine Ausnahme scheint die Regelung des Fremdspracherlasses darzustellen, wonach die Anerkennung von Russisch als erste Fremdsprache an Sekundarschulen nur für Aussiedler und nicht für andere Zuwanderer aus der GUS (z.B. jüdische Kontingentflüchtlinge) gilt. Da der Zeugniserlaß für den Sekundarbereich I, der für Schüler aus Aussiedler- und Ausländerfamilien gleichermaßen gilt, die Regelung aufgreift, erstreckt sich diese Regelung fraglos auf beide Personengruppen. In der Praxis wird sie auch für die zweite und dritte Fremdsprache entsprechend angewendet.

IV. Anteil der Minderheitengruppen in den allgemeinbildenden Schulen

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die Minderheitengruppen angehören, an der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler im allgemeinbildenden Schulwesen des Landes Sachsen-Anhalt steigt zwar an, ist aber immer noch sehr klein. Der Anteil der ausländischen Schüler betrug 1995/96 nur 0,37% (1.425 Schüler); 1994/95 waren es 0,28% (1.111 Schüler), 1993/94 0,22% und 1991/92 0,08%. 200 ausländische Jugendliche besuchten 1995/96 Gymnasien, davon 40 die gymnasiale Oberstufe; d.h. der Ausländeranteil betrug 0,23% (0,06%). Der Anteil der Gymnasiasten an den ausländischen Schülerinnen und Schülern im Sekundarbereich I lag 1995/96 bei 27,1% und 1994/95 bei 23,4%. Die Zahl der Aussiedlerkinder an den sachsen-anhaltinischen Schulen betrug im Schuljahr 1994/95 1.875 (Anteil an der Gesamtschülerschaft: 0,48%) und im Schuljahr 1995/96 2.207 (0,57%). Der Gymnasialanteil der Aussiedlerkinder lag 1994/95 bei 0,10% und 1995/96 bei 0,11%.²⁷

²⁶ Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen; hier: Bereitstellung von zusätzlichen Lehrerwochenstunden zur schulischen Förderung der Kinder von Aussiedlern und von Ausländern, RdErl. vom 11. März 1993, geändert am 10. Mai 1995, Nr. 3 Abs. 1; Schüler aus Aussiedlerfamilien und Schüler ausländischer Herkunft im Sekundarbereich I an allgemeinbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt; hier: Erteilung von Zeugnissen, RdErl. vom 30. Juli 1993; Schüler aus Aussiedlerfamilien und Schüler ausländischer Herkunft im Primarbereich an allgemeinbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt; hier: Erteilung von Zeugnissen, RdErl. vom 7. April 1994.

²⁷ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistik Schuljahr 1995/96, Ziff. 1.8 und Schuljahresanfangsstatistik Schuljahr 1994/95, Ziff. 1.3; eigene Berechnungen

Tabelle 7: Ausländische Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen 1992-1996

Schuljahr	insg.	Vorkl.	GrundS	SekS	Gymn	IGS	KGS	SonderS	Abend SekS	AbendG/ Kolleg
1992/93	313	k.A.	201	98	8	0	0	6	0	0
1993/94	876	k.A.	505	236	124	0	0	4	0	7
1994/95	1111	11	586	342	145	1	0	21	2	3
1995/96	1425	16	760	420	200	6	5	28	1	5

Abk.: Vorkl = Vorklassen GrundS = Grundschule
 SekS = Sekundarschule IGS = Integrierte Gesamtschule
 KGS = Kooperative Gesamtschule SonderS = Sonderschule
 AbendSekS = Abendsekundarschule AbendG = Abendgymnasium
 k.A. = keine Angaben

Quellen: Kultusministerkonferenz, Ausländische Schüler und Schulabsolventen 1985 bis 1994. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Dokumentation Nr. 136, Bonn (Dezember) 1995, S. 23f.; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistik für das Schuljahr 1995/96, Tab. 1.17.

Während die schulinterne Schülerstatistik²⁸ nach dem Aufenthaltsstatus zwischen Aussiedlern, Flüchtlingen, sonstigen Ausländern, Staatenlosen und (anerkannten, noch nicht anerkannten, abgelehnten, geduldeten) Asylbewerbern differenziert, unterscheiden die vom Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt veröffentlichten Statistiken nur zwischen Aussiedlern und Ausländern. Daraus läßt sich nicht able- sen, wieviele nicht-schulpflichtige Kinder von Asylbewerbern tatsächlich beschult werden; Statistiken über nicht beschulte Zuwandererkinder im schulpflichtigen Al- ter sind nicht verfügbar. Die Statistiken des Landesamtes geben die Zahlen für Ausländer- und Aussiedlerschülerinnen bzw. Schülern getrennt an und weisen auch ihre Verteilung auf die Schulformen aus. Selbst wenn man die Zahlen der Kinder von Aussiedlern und Ausländern zusammenfaßt, bleibt ihr Anteil in Sach- sen-Anhalt unter 1% (Schuljahr 1994/95: 0,76%; 1995/96: 0,94%); nur im Grund- schulbereich liegt er inzwischen bei 1,28%. Aus diesem Grunde wird im Schulrecht

²⁸ Nach den Richtlinien zum Schülerstammbuch und zum sonstigen Datenbestand an allgemeinbil- denden Schulen, berufsbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges des Landes Sachsen-Anhalt (vom 20. Juni 1995) und dem RdErl. Beschulung von Kindern besonderer Per- sonengruppen.hier Bereitstellung von zusätzlichen Lehrerwochenstunden zur schulischen Förde- rung der Kinder von Aussiedlern und von Ausländern (vom 11. März 1993, geändert am 10. Mai 1995) werden u.a. die folgenden Grunddaten erfaßt: Schuljahrgang; Altersstufe; Muttersprache; Vorbildung (im Ausland und in Deutschland); Unterrichtsbefreiung; Herkunftsland; aufenthalts- rechtlicher Status.

und in der Schulpraxis des Landes nicht zwischen den beiden Minderheitengruppen unterschieden.²⁹

Tabelle 8: Schülerinnen und Schüler aus Aussiedlerfamilien an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 1994/95 und 1995/96

Schuljahr	insg.	GrundS	SekS	Gymn.	IGS	KGS	SonderS	Abend SekS	AbendG/ Kolleg
1994/95	1875	900	885	70	5	0	15	0	0
1995/96	2207	1043	1032	97	0	3	32	0	0

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistiken für die Schuljahre 1994/95 und 1995/96, Tab. 1.9 (1994/95) und 1.17 (1995/96).

Tabelle 9: Aussiedlerkinder an Sekundarschulen in den Schuljahren 1994/95 und 1995/96

Schuljahr	Sekundarschule insgesamt	differenz. Förderstufe	Hauptschulbildungsgang	Realschulbildungsgang	kombinierte Klassen
1994/95	885	299	130	434	22
1995/96	1032	363	203	447	19

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistiken für die Schuljahre 1994/95 und 1995/96, Tab. 1.9 (1994/95) und 1.17 (1995/96).

Tabelle 10: Ausländer- und Aussiedlerkinder an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 1994/95 und 1995/96 in von Hundert

Schuljahr	Grundschule	SekundarS	IGS/ GSK	Gymnasium	SonderS	insgesamt
1994/95	1,03	0,93	0,34	0,24	0,18	0,76
1995/96	1,28	1,09	0,41	0,33	0,29	0,93

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistiken für die Schuljahre 1994/95 und 1995/96, Tab. 1.5 u. 1.9 (1994/95) und 1.3 u. 1.17 (1995/96); eigene Berechnungen.

²⁹ Siehe Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen; hier: Bereitstellung von zusätzlichen Lehrerwochenstunden zur schulischen Förderung der Kinder von Aussiedlern und von Ausländern, RdErl. vom 11. März 1993, Anlage.

Die Kinder der Aussiedler aus Kasachstan bilden die relativ größte Gruppe der Zuwandererkinder im Schulwesen von Sachsen-Anhalt, gefolgt von den Aussiedlerkindern aus Rußland, den Flüchtlingskindern aus ex-Jugoslawien und den Kindern von Flüchtlingen und ehemaligen Vertragsarbeitern aus Vietnam.

Tabelle 11: Herkunftsländer der Kinder von Ausländern und Aussiedlern an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 1994/95 und 1995/96

Herkunftsländer	Schuljahr 1994/95		Schuljahr 1995/96	
GUS	1.647		2.012	
davon aus Rußland		547		567
davon aus Kasachstan		985		1.294
davon aus der Ukraine		60		82
davon aus Weißrußland		55		69
Mittel- und südosteurop. Staaten	248			
davon aus Bosnien-Herzegowina		315		394
davon aus Serbien (Rep. Jugoslawien)		157		193
EU-Mitgliedsstaaten (Niederlande)	25		32	
Ostasiatische Staaten	144		180	
Insgesamt	2.986		3.632	

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistiken für die Schuljahre 1994/95 und 1995/96, Tab. 1.9 (1994/95) und 1.17 (1995/96); eigene Berechnungen.

V. Sprachliche Bildung

Fremdsprachenangebote und Sprachenfolgen sind im Land Sachsen-Anhalt wie folgt geregelt:

Tabelle 11: Fremdsprachenangebot und Sprachenfolge

Schulform	Sprache ab	Bezeichnung	Wstd.	Sprachangebot
Grundschule ¹	Klasse 3	Fremdsprache	1 - 2	Englisch
Sekundarschule ²				
- Förderstufe	Klasse 5	1. Fremdsprache	5 - 4	Englisch ³
- HS-Bildungsgang	Klasse 7	Fremdsprache	3 (0)	Englisch ³
- RS-Bildungsgang	Klasse 7	1. Fremdsprache	3 - 4 - 3	Englisch ³
- RS-Bildungsgang	Klasse 7	2. Fremdsprache	4 - 3 (0)	Französisch und Russisch ⁴
- kombinierte Klasse ⁵				
- HS-Bildungsgang	Klasse 7	Fremdsprache	3 (0)	Englisch
- RS-Bildungsgang	Klasse 7	2. Fremdsprache	3 - 4 - 3	Französisch oder Russisch
Gesamtschule ⁶	Klasse 5	1. Fremdsprache	5 - 3	Englisch
Gesamtschule ⁶	Klasse 7	2. Fremdsprache	(0)	(Französisch o. Russisch)
			3 - 4 - 3	Französisch oder Russisch (Englisch)
Gymnasium ⁷	Klasse 5	1. Fremdsprache	4 - 3	Englisch (Russisch, Französisch oder Latein)
Gymnasium	Klasse 7	2. Fremdsprache	4 - 3	Französisch, Russisch o. Latein (Englisch) ⁸
Gymnasium ⁹	Klasse 9	3. Fremdsprache	4 - 3 - 5	Französisch, Russisch, Spanisch, Italienisch ¹⁰ , Latein, Griechisch
Gymnasium	Klasse 10 ¹¹	2. Fremdsprache	4 - 3	Englisch, Russisch, Französisch, Latein
Gymnasium	Klasse 10 ¹¹	3. Fremdsprache	4 - 3 - 5	Französisch, Russisch, Spanisch, Italienisch ¹⁰ , Latein, Griechisch
Gymnasium ¹³	Jahrgang 11	Grundkurs	3	Englisch, Französisch, Russisch, Latein, Griechisch, Spanisch
Gymnasium	Jahrgang 11	Leistungskurs	5	Englisch, Französisch, Russisch, Latein

Erläuterungen:

- 1 Die Arbeit in der Grundschule, RdErl. vom 21. Juli 1993, Nr. 5.4: Frühbegegnung mit einer Fremdsprache; Unterrichtsorganisation an den Grundschulen im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 21. März 1996, Nr. 5 Begegnungsunterricht mit einer Fremdsprache; beide Erlasse legen die Fremdsprache nicht fest; vgl. allerdings Erwerb einer Unterrichtserlaubnis „Begegnung mit fremden Sprachen an Grundschulen - Schwerpunkt Englisch“, RdErl. vom 18. September 1995, Weiterbildungskurse an der Universität Halle-Wittenberg. Das LISA bietet Fortbildungskurse auch für die Begegnungssprachen Französisch und Russisch an.
- 2 Die Arbeit in der Sekundarschule, RdErl. vom 22. Juli 1993, geändert am 8. November 1993, Nr. 3; Unterrichtsorganisation an den Sekundarschulen im Schuljahr 1995/96, RdErl. vom 21. März 1995.
- 3 Zusätzlich stehen ein bis zwei Förderstunden zur Verfügung; Sekundarschul-RdErl. (Nr. 5.4).

- 4 Der Sekundarschul-RdErl. (Nr. 3.4) bestimmt, daß als zweite Fremdsprachen „in der Regel Französisch oder Russisch“ angeboten werden; er läßt die Möglichkeit von Ausnahmen jedoch offen. Die Nachfrage nach Französisch kann noch nicht durchgängig befriedigt werden.
- 5 Die Regelungen zu den kombinierten Klassen findet sich im RdErl. Unterrichtsorganisation an den Sekundarschulen im Schuljahr 1996/97 vom 22. März 1996, Nr. 1.4.
- 6 Die Gesamtschulen sind Schulversuche gemäß § 11 Schulgesetz; es gibt keinen veröffentlichten Erlaß zur Gesamtschule; die angegebene Sprachenfolge lehnt sich an die Sekundarschule und das Gymnasium an; vgl. auch § 32 AbschlußVO.
- 7 Die Arbeit in den Schuljahrgängen 5 bis 9 des Gymnasiums, RdErl. vom 23. Juli 1993.
- 8 In der Regel ist Englisch erste Pflichtfremdsprache; die oberste Schulaufsichtsbehörde kann auf Antrag Russisch, Französisch oder Latein als erste Fremdsprache genehmigen. In diesem Falle ist Englisch zweite Pflichtfremdsprache (vgl. RdErl. Die Arbeit in den Schuljahrgängen 5 bis 9 des Gymnasiums vom 23. Juli 1993, Nr. 3.3).
- 9 Die Stundentafel des RdErl. Unterrichtsorganisation an den Gymnasien und Schulen des Zweiten Bildungsweges (Abendgymnasien/Kollegs) im Schuljahr 1996/97 vom 25. März 1996 sieht noch den Beginn der dritten Fremdsprache für den Schuljahrgang 10 vor; mit Wirkung für das Schuljahr 1996/97 wird er auf den Schuljahrgang 9 vorverlegt (Nr. 2.1.3).
- 10 Nach der Schuljahresanfangsstatistik des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird auch Italienisch (123 Schüler im Sek.bereich I, 11 Schüler im Sek.bereich II) angeboten.
- 11 Weitere Fremdsprachregelung für Schüler, die nicht durchgehend vom 7. bis 10. Schuljahrgang am Unterricht in einer zweiten Fremdsprache teilgenommen haben.
- 12 Angebot einer dritten Fremdsprache gemäß § 4 Abs. 4 Oberstufenverordnung; weitere zweite oder dritte Fremdsprachen bedürfen der Genehmigung der obersten Schulbehörde (Abs. 5). Nach dem Runderlaß vom 25. März 1996 (Unterrichtsorganisation an den Gymnasien) beginnen ab dem Schuljahr 1996/97 alle dritten Fremdsprachen im neunten Schuljahr.
- 13 § 11 Oberstufenverordnung

Quellen:

Die Arbeit in der Grundschule, RdErl. vom 21. Juli 1993;
 Unterrichtsorganisation an den Grundschulen im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 21. März 1996;
 Die Arbeit in der Sekundarschule, RdErl. vom 22. Juli 1993, geändert am 8. November 1993;
 Unterrichtsorganisation an den Sekundarschulen im Schuljahr 1996/97 vom 22. März 1996;
 Die Arbeit in den Schuljahrgängen 5 bis 9 des Gymnasiums, RdErl. vom 23. Juli 1993;
 Unterrichtsorganisation an den Gymnasien und Schulen des Zweiten Bildungsweges (Abendgymnasien/Kollegs) im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 25. März 1996;
 Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (Oberstufenverordnung) vom 14. September 1993.

1. Primarstufe

Ab Jahrgangsstufe drei kann Begegnungsunterricht mit einer Fremdsprache³⁰ (im Regelfall Englisch) erteilt werden; dieser fand im Schuljahr 1995/96 an 14 Schulen in Englisch, Französisch und Russisch statt; im Schuljahr 1996/97 gibt es nur noch Begegnungsunterricht in Englisch und Französisch. Der Erlaß zur Unterrichtsorganisation an den Grundschulen im Schuljahr 1996/97 enthält keine Festlegung der Fremdsprache (Nr. 5). Daß vorrangig an Englisch gedacht ist, ergibt sich aus der Einführung der zweisemestrigen Lehrerweiterbildungskurse »Begegnung mit

³⁰ Vgl. länderübergreifende Grundlage in: »Empfehlungen zur Arbeit in der Grundschule, KMK-Beschluß vom 6. Mai 1994.

fremden Sprachen an Grundschulen - Schwerpunkt Englisch« an der Universität Halle-Wittenberg.³¹ Für den Begegnungsunterricht kann ein Zusatzbedarf an Lehrerwochenstunden beantragt werden. Voraussetzung für eine Genehmigung des Begegnungs-Fremdsprachenunterrichts ist der Nachweis, daß eine Lehrkraft über die für die Durchführung dieses Unterrichts erforderlichen Sprachkenntnisse verfügt. Außerdem ist eine Bereitschaftserklärung der Lehrkraft zur Teilnahme an entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen beizufügen.³²

2. Sekundarstufe I

Der fremdsprachliche Unterricht ab Klassenstufe fünf ist an allen weiterführenden Schulformen verbindlich. (Erste) Pflichtfremdsprache ist Englisch; auf Antrag der Schule kann die oberste Schulaufsicht auch Französisch, Russisch oder Latein als erste Fremdsprache an Gymnasien genehmigen; in einem solchen Falle ist Englisch zweite Pflichtfremdsprache. Im Regelfall sind Französisch oder Russisch die zweite Fremdsprache im Realschulbildungsgang der Sekundarschule und an der Gesamtschule; bei Dreizügigkeit dürfen beide Sprachen wahlweise angeboten werden. Die Regelung für die zweite Pflichtfremdsprache an Gymnasien eröffnet die Wahl zwischen Französisch, Russisch und Latein. Die fakultative dritte Fremdsprache an Gymnasien kann nach Maßgabe des jeweiligen Angebotes Französisch, Russisch, Spanisch, Latein oder Griechisch sein. Weitere Abweichungen (z.B. Italienisch) sind mit Genehmigung der obersten Schulaufsichtsbehörde möglich. Die Mindestschülerzahl in Fremdsprachkursen beträgt zwölf Schüler.³³ In den Schuljahrgängen fünf bis neun des Gymnasiums kann ein bilingualer Zug eingerichtet werden. Im bilingualen Zug werden Sachfächer in einer Fremdsprache er-

³¹ Erwerb einer Unterrichtserlaubnis »Begegnung mit fremden Sprachen an Grundschulen - Schwerpunkt Englisch«, RdErl. vom 18. September 1995.

³² Die Arbeit in der Grundschule, RdErl. vom 21. Juli 1993, Nr. 5.4; Unterrichtsorganisation an den Grundschulen im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 21. März 1996, Nr. 5 und 6.2 Buchstabe h.

³³ Die Arbeit in der Sekundarstufe, RdErl. vom 22. Juli 1993, geändert am 8. November 1993; Unterrichtsorganisation an den Sekundarschulen im Schuljahr 1996/97 vom 22. März 1996; Die Arbeit in den Schuljahrgängen 5 bis 9 des Gymnasiums, RdErl. vom 23. Juli 1993; Unterrichtsorganisation an Gymnasien und Schulen des Zweiten Bildungsweges (Abendgymnasien/Kollegs) im Schuljahr 1996/97 vom 25. März 1996.

teilt, während die Muttersprache nur anfangs und später nur ausnahmsweise ergänzend eingesetzt wird. »Partnersprache« ist die im fünften Schuljahrgang begonnene erste Fremdsprache. Der bilinguale Unterricht findet in den Fächern Geschichte, Geographie und Sozialkunde, im siebten Jahrgang zunächst in einem Fach (Geschichte oder Geographie), im achten Jahrgang in beiden Fächern und im neunten Jahrgang zusätzlich in Sozialkunde statt. In den Schuljahrgängen fünf und sechs wird der Unterricht in der »Partnersprache« und in den beiden bilingualen Fächern in den Jahrgängen sieben und acht um je eine Wochenstunde erhöht; im übrigen gilt grundsätzlich die Stundentafel für das Gymnasium.³⁴

Für Ausländer- wie Aussiedlerkinder gelten grundsätzlich die allgemeinen Fremdsprachregelungen der Förderstufe und der weiterführenden Schulformen. Der Englischunterricht ist im Hauptschulbildungsgang der Sekundarschule Pflichtfach, doch können sich die Schülerinnen und Schüler in den Klassenstufen acht und neun vom Englischunterricht befreien lassen. Der Erwerb des qualifizierten Hauptschulabschlusses setzt mindestens ausreichende Leistungen in der Fremdsprache voraus.³⁵ Bei Eintritt in die Klassenstufen sieben bis zehn kann sich ein jugendlicher Aussiedler aus der GUS - nach Feststellung der Sprachbeherrschung und des Kenntnisstandes - Russisch als erste Fremdsprache an Sekundarschulen anerkennen lassen. Die festgesetzte Note ist versetzungs- und abschlußrelevant. Der betreffende Schüler nimmt nicht am Russischunterricht teil und „wird durch geeignete Fördermaßnahmen befähigt, seine Kenntnisse in der deutschen Sprache zu vervollständigen und seine Sprachfertigkeiten zu entwickeln.“³⁶ Regelungen zur Anerkennung von Russisch als zweiter Fremdsprache an Sekundarschulen und als zweiter oder dritter Fremdsprache an Gymnasien gibt es nicht, bedürfen

³⁴ Bilingualer Unterricht in den Schuljahrgängen 5 bis 9 des Gymnasiums, RdErl. vom 25. August 1995.

³⁵ § 3 Abs. 1 S. 3 AbschlußVO.

³⁶ Fremdsprachenunterricht für Aussiedler aus der GUS; hier Anerkennung von Russisch als erste Fremdsprache an Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 2. April 1992. Da der Zeugniserlaß für den Sekundarbereich I vom 30. Juli 1993, der für Schüler aus Aussiedler- und Ausländerfamilien gleichermaßen gilt, die Bestimmung zur Anerkennung von Russisch als erster Pflichtfremdsprache aufgreift, erstreckt sich diese Regelung auf beide Personengruppen.

also ebenso wie andere Abweichungen der Zustimmung der oberen bzw. obersten Schulbehörden. Letztere stellt auch die Prüfungsaufgaben für die schriftlichen Prüfungen zum Erwerb des Realschulabschlusses (landeszentrale Prüfung gemäß § 13 Abs. 3 AbschlußVO). Der Erlaß zur Anerkennung von Russisch als erster Fremdsprache wird auch auf GUS-Ausländer angewendet; die Regelung wird mit Genehmigung der Bezirksregierungen außerdem auch für andere Sprachen herangezogen und analog - für Aussiedler- und Ausländerkinder gleichermaßen - auch für die zweiten oder dritten Fremdsprachen angewendet, um in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern leistungsstarken Jugendlichen den Übergang ins Gymnasium zu ermöglichen. Feststellungsprüfungen für andere Sprachen werden fallweise durchgeführt; entsprechende Regelungen fehlen bisher.

3. Sekundarstufe II

In der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe (Schuljahrgang zehn) können als zweite Fremdsprache belegt werden: Englisch, Französisch, Russisch oder Latein. Als dritte Fremdsprache werden angeboten: Französisch, Russisch, Spanisch, Latein und Griechisch. In der Kursstufe (Schuljahrgänge elf und zwölf) werden im Bereich der Fremdsprachen Grundkurse angeboten in Englisch, Französisch, Russisch, Latein, Griechisch und Spanisch; Leistungskurse können belegt werden in Englisch, Französisch, Russisch und Latein, vorausgesetzt, die Fremdsprache wurde ab Beginn des neunten Schuljahrganges durchgängig unterrichtet. Für Gymnasien in Landesträgerschaft (Fachgymnasien, z.B. Landesgymnasium Musik) und Gymnasien mit einem besonderen Profil kann die oberste Schulbehörde Sonderregelungen treffen (§ 11 OberstufenVO). Die Prüfungsaufgaben für die Fächer der schriftlichen Abiturprüfung werden landeszentral durch das Kultusministerium gestellt.³⁷ In abweichend vom Fächerkatalog belegten Fremdsprachen kann mit Genehmigung der obersten Schulbehörde die schriftliche Prüfung abgelegt werden.³⁸

³⁷ § 19 Abs. 4 OberstufenVO; Abiturprüfung 1996, RdErl. vom 3. Juli 1995, Nr. 1.2.1.

³⁸ Abiturprüfung 1996, Nr. 1.2.3.

Ausgesiedelte Schüler sind zum Besuch der gymnasialen Oberstufe berechtigt, wenn sie in ihrem Herkunftsland einen vergleichbaren Bildungsgang durchlaufen haben und über den Nachweis hinreichender deutscher Sprachkenntnisse verfügen. Gleiches gilt für Schüler, die in einer ausländischen Schule den 10. Schuljahrgang einer weiterführenden Schule abgeschlossen haben, wenn sie einen zur Berechtigung des Besuchs der gymnasialen Oberstufe gleichwertigen Abschluß erworben haben und über den Nachweis hinreichender deutscher Sprachkenntnisse verfügen.³⁹ Die oberste Schulbehörde kann im Einzelfall auf Antrag Ausnahmen zulassen.

4. Muttersprachlicher Unterricht

An den Grundschulen des Landes gibt es keinen muttersprachlichen Ergänzungsunterricht für Ausländer- und Flüchtlingskinder; ebenso wenig gibt es ein besonderes Unterrichtsangebot für Aussiedlerkinder in ihrer Herkunftssprache. Auch in den verschiedenen Schulformen der Sekundarstufe I gibt es keinen muttersprachlichen Ergänzungsunterricht.

VI. Curricula und Unterrichtsmaterialien für Minderheitengruppen

An den Schulen im Lande Sachsen-Anhalt gibt es keinen christlich-orthodoxen, jüdischen oder muslimischen Religionsunterricht.

Nach § 72 Abs. 1 besteht Lernmittelfreiheit in Sachsen-Anhalt.⁴⁰

Rahmenrichtlinien für Deutsch als Zweitsprache gibt es in Sachsen-Anhalt nicht. Allerdings hat das Kultusministerium Richtlinien für den »Deutschunterricht mit Schülerinnen und Schülern, deren Erstsprache nicht Deutsch ist«, herausgegeben.⁴¹ Dieser Unterricht ist im Rahmen des Förderunterrichts durchzuführen. Der ausdrückliche Verzicht auf Rahmenrichtlinien für »Deutsch als Zweitsprache«, so

³⁹ § 3 Abs. 1, Nr. 4 und 5 OberstufenVO.

⁴⁰ Vgl. dazu Lernmittelkostenentlastung an den Schulen in Sachsen-Anhalt, Verordnung vom 31. März 1994.

⁴¹ Grundsätze und Anregungen für die Schulpraxis, Deutschunterricht mit Schülerinnen und Schülern, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, Magdeburg 1999.

der offizielle Kurztitel der Empfehlung, wird damit begründet, daß sich die Sprachlernsituation der Schüler in den verschiedenen Schulen als zu heterogen darstellte.

VII. Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte

Die Lehrerausbildung an den beiden Landesuniversitäten in Magdeburg und Halle-Wittenberg erfolgt in schulformbezogenen Studiengängen für die Lehrämter an Grundschulen, Sekundarschulen (mit dem Schwerpunkt Hauptschule oder Realschule), Sonderschulen und Gymnasien (§ 30 Abs. 5 SchulG). Grundständige Lehramtsstudienangebote für die Arbeit in Vorbereitungsklassen, für muttersprachlichen Ergänzungsunterricht (ausgenommen Fremdsprachunterricht) und für die Begegnungssprache in der Grundschule gibt es derzeit nicht. Allerdings gibt es ein Angebot für Deutsch als Zweitsprache. So kann im Rahmen der Lehrerausbildung an der Universität Halle-Wittenberg das Beifach »Deutsch als Fremdsprache« (DaF) als Drittfach im Umfang von 20 SWS belegt werden; überdies sind ein germanistisches Teilstudium und ein viersemestriges Zusatzstudium »Deutsch als Fremdsprache« im Rahmen der Diplom- und Masterstudiengänge anderer Fachbereiche der Philosophischen Fakultät (z.B. Geschichte-Philosophie-Sozialwissenschaften; Sprach- und Altertumswissenschaften; Angewandte Sprachwissenschaften) möglich.

Die zweite Ausbildungsphase der Lehrerausbildung in Sachsen-Anhalt findet an den Ausbildungs- und Studienseminaren statt.⁴²

Die staatliche Lehrerfortbildung wird in Form landesweiter, regionaler, lokaler und schulinterner Veranstaltungen durchgeführt (§§ 30 Abs. 4 u. 30a SchulG); für ihre inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung ist das Kultusministerium verant-

⁴² Vgl. § 30 Abs. 5 Schulgesetz; Beschluß der Landesregierung über die Errichtung von Ausbildungs- und Studienseminaren zur Durchführung des Vorbereitungsdienstes für die Lehrämter an Grundschulen, Haupt- und Realschulen, an Sekundarschulen und Sonderschulen sowie an Gymnasien und Berufsbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt vom 25. Juni 1991; Ausbildungsordnung für Lehrämter im Land Sachsen-Anhalt vom 30. September 1991, zuletzt geändert am 10. Juli 1995.

wortlich.⁴³ Hierzu bedient es sich des Landesinstituts für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt (LISA) in Halle als nachgeordneter Dienststelle. Das LISA besteht aus den Arbeitsbereichen Verwaltung des Instituts (Dezernat 1), Schul- und Curriculumentwicklung (Dezernat 2), Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung (Dezernat 3) und der Landesstelle für Medienangelegenheiten (Dezernat 4).⁴⁴ Zu seinen Aufgaben im Bereich der Schul- und Curriculumentwicklung gehören die Einarbeitung, Einschätzung und Erprobung curricularer Materialien, die Mitwirkung bei der Erarbeitung, Evaluation, Überarbeitung und Fortschreibung von Rahmenrichtlinien (RRL) und einheitlichen Prüfungsanforderungen für die Abiturprüfungen (EPA), die Unterstützung bei der Erstellung von Prüfungsaufgaben, vergleichende Untersuchungen zu Zielen, Inhalten und Verfahren schulischer Erziehungs- und Bildungsarbeit, die Darstellung und Förderung von Kooperationsformen zwischen Schulen und anderen Institutionen, die Erfassung und Erprobung förderdiagnostischer Verfahren sowie seit 1995 die Prüfung und Zulassung der Schulbücher.⁴⁵ Im Rahmen des zweiten Aufgabenschwerpunktes ist das LISA für das Angebot und die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren in der Lehrerfortbildung (z.B. Fachmoderatoren und Fachbetreuer) und Kleingruppen, für die Erarbeitung von Text- und Video-Materialien (z.B. die Herausgabe der Schriftenreihe „Beiträge zur Lehrer-

⁴³ Staatliche Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt, RdEr. vom 1. September 1992; Schulinterne Lehrerfortbildung (SCHILF) - Pädagogische Klausurtagung, RdErl. vom 2. September 1992; Pädagogische Klausurtagung zum Thema »Erziehung heute«, RdErl.e vom 2. März 1993 und 29. Januar 1995; Lehrerfortbildung zur schulischen Eingliederung ausländischer und ausgesiedelter Schülerinnen und Schüler, RdErl. vom 5. Mai 1993; Auf dem Weg zur weiteren Regionalisierung der staatlichen Lehrerfortbildung, Schreiben des KM vom 21. Juli 1995.

⁴⁴ Beschluß der Landesregierung über die Errichtung des Landesinstituts für Lehrerfort- und -weiterbildung und Unterrichtsforschung Sachsen-Anhalt vom 15. Januar 1991, zuletzt geändert am 8. Juli 1993; Aufgaben der Landesstelle für Medienangelegenheiten - Dezernat 08 beim Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung, Erl. vom 30. Juli 1991; Regionale Medienstelle in Sachsen-Anhalt, Erl. vom 30. Juli 1991; Organisationsplan des LISA in: Änderung der Organisation und Aufgaben des Landesinstituts für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung Sachsen-Anhalt (LISA), RdErl. vom 8. Juli 1993, Anlage.

⁴⁵ Beschluß der Landesregierung über die Errichtung des Landesinstituts für Lehrerfort- und -weiterbildung und Unterrichtsforschung Sachsen-Anhalt vom 15. Januar 1991; Aufgaben der Landesstelle für Medienangelegenheiten - Dezernat 08 beim Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung, Erlaß vom 30. Juli 1991; Änderung der Organisation und Aufgaben des Landesinstituts für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung Sachsen-Anhalt (LISA), Runderlaß vom 8. Juli 1993.

fortbildung“) und für die Angebote der Lehrerweiterbildung, durch die Lehrkräfte eine zusätzliche Unterrichtserlaubnis (z.B. für das Fach Ethikunterricht) erhalten können, verantwortlich. Fachmoderatoren, d.h. vom LISA fortgebildete Lehrer im Schuldienst, übernehmen Beratungsaufgaben an den Schulen, die einen entsprechenden Bedarf anmelden. Die Landesstelle für Medienangelegenheiten schließlich ist neben der Sammlung und dem Verleih audiovisueller Medien (Landesbildarchiv, Verleiharchiv, Bibliothek), der Entwicklung und Produktion von Medien und Begleitmaterialien und der Wahrnehmung medientechnischer Aufgaben auch für die Medienerziehung und die medienpädagogische Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte zuständig (§ 30 Abs. 4 SchulG).⁴⁶

Die Staatlichen Schulämter sind für die regionale Lehrerfortbildung innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches verantwortlich. Sie ermitteln den regionalen Fortbildungsbedarf, planen und koordinieren regionale Fortbildungsmaßnahmen und setzen sie um. In ihrer Planung beziehen die Staatlichen Schulämter die regionalen Fortbildungsangebote der Ausbildungs- und Studienseminare, des LISA und der Hochschulen des Landes ein. Das LISA gibt ein landesweites Verzeichnis der Fortbildungsmaßnahmen für den Zeitraum jeweils eines Schuljahres heraus; die Staatlichen Schulämter sind in ihrem Bereich für die Bekanntgabe des regionalen Fortbildungsangebotes verantwortlich.⁴⁷

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten der staatlichen Lehrerfortbildung gehören:

- „1. Schwerpunkte fachübergreifender Bildungs- und Erziehungsziele
 - a) Werte und Normen in einem demokratischen Staat,
 - b) Friedenserziehung, multikulturelle Erziehung, interkulturelles Lernen, Integration deutschstämmiger Übersiedler sowie ausländischer Schüler, Deutschland und Europa im Unterricht, (...)“⁴⁸

⁴⁶ Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt (LISA): Aus der Arbeit des Landesinstituts: LISA-Jahrbuch 1995. Halle o.J., S. 6-17, 143-148, 178.

⁴⁷ Staatliche Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 15. August 1997, Ziff. 2. u. 3.

Das LISA selbst führt regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen für Fachmoderatoren wie für Schulleiter und Lehrkräfte auf dem schulartübergreifenden Sachgebiet »Friedenserziehung, Europa im Unterricht« durch. Hierzu gehören Kurse zur »Europäischen Dimension im Unterricht«, zum »Interkulturellen Lernen« und zur »Integration von Aussiedler- und Ausländerkindern«, beispielsweise: »Anregungen zur Entwicklung eines pädagogischen Konzepts«⁴⁹; »Zusammenleben - zusammen lernen«⁵⁰; »Integration von Aussiedler- und Ausländerkindern - eine Aufgabe von europäischer Dimension«⁵¹; »Die europäische Dimension in Form interkultureller Bildung«⁵². Das LISA bietet außerdem regelmäßig Beratungskurse für Schulleiter und Lehrkräfte von Schulen, die sich als Europaschulen⁵³ profilieren wollen⁵⁴ sowie Kurse für Lehrer von UNESCO-Projektschulen an⁵⁵. Ergänzende Angebote zum »Interkulturellen Lernen« gibt es in den Sachgebieten »Musik« und »Medienpädagogik«⁵⁶. Innerhalb des Sachgebietes »Schulformspezifische Aufgabenfelder des Gymnasiums« werden religionskundliche Seminare zum Ethikunterricht⁵⁷ angeboten. Im Sachgebiet »Sprachen« gibt es regelmäßig Kursangebote zum Begegnungsunterricht Englisch an Grundschulen für die Leiter entsprechender Arbeitsgemeinschaften⁵⁸.

⁴⁸ Schwerpunkte der staatlichen Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt, Bekanntmachung vom 16. Dezember 1994; Auf dem Weg zu weiteren Regionalisierung der staatlichen Lehrerfortbildung, Schreiben des KM vom 21. Juli 1995.

⁴⁹ Programm der landesweiten Lehrerfortbildung 1995/1, S. 36.

⁵⁰ Ebd. 1995/1, S. 36.

⁵¹ Ebd. 1994/2, S. 27.

⁵² Ebd. 1994/2, S. 37.

⁵³ Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt: Probleme und Fragen zum Thema: »Europaschule«. Magdeburg: Typoskript, im Juli 1995.

⁵⁴ Ebd. 1996/1, S. 42 bzw. 1996/2, S. 115.

⁵⁵ Z.B.: »Global denken - lokal handeln«, ebd. 1994/2, S. 37.

⁵⁶ Z.B. Modelle des interkulturellen Lernens am Beispiel des Einsatzes eines Fernsehprogramms im Unterricht, ebd. 1994/2, S. 51.

⁵⁷ Z.B. »Die Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam«, ebd. 1994/2, S. 43.

Die staatliche Lehrerweiterbildung soll Lehrkräften, die in Sachsen-Anhalt im Schuldienst tätig sind, ermöglichen, eine Lehrbefähigung für ein weites Fach (Teilprüfung einer Ersten Staatsprüfung) oder eine Unterrichtserlaubnis für ein weiteres Fach zu erwerben. Für die Lehrerweiterbildung in das Kultusministeriums zuständig; es arbeitet hierzu mit dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung, den Universitäten und nachgeordneten Dienststellen zusammen.⁵⁹ An der Universität Halle-Wittenberg wird ein zweisemestriger Lehrerweiterbildungskurs »Begegnung mit fremden Sprachen an Grundschulen - Schwerpunkt Englisch« im Umfang von mindestens 20 Semesterwochenstunden angeboten. Ziel ist der Erwerb einer Unterrichtserlaubnis für die Begegnungssprache.

Seit Mitte der neunziger Jahre gibt es in Sachsen-Anhalt Lehrkräfte, die im Rahmen der Lehreraus-, -fort- bzw. -weiterbildung eine Lehrbefähigung bzw. Unterrichtserlaubnis für Deutsch als Fremdsprache (DaF) erhalten haben; eine bevorzugte Einstellung findet jedoch nicht statt. Soweit angestellte Lehrkräfte über eine DaF-Qualifikation verfügen, sei ihr Einsatz angesichts der zumeist sehr kleinen Zahl an Minderheitenkindern in den Schulen schwierig.⁶⁰

Das Fremdsprachenfortbildungsangebot bezieht sich im wesentlichen auf Englisch, Französisch und Russisch; ein kleineres Angebot gibt es auch für Latein und Spanisch.⁶¹

VIII. Interkulturelles

1. Lehrplandefinitionen und Begründungszusammenhänge

Der gesetzliche Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule enthält Aussagen mit interkulturellen Bezügen. Nach § 1 Abs. 2 Schulgesetz ist die Schule gehalten,

⁵⁸ Z.B.: »Englisch im Primarbereich«, ebd. 1994/2, S. 75; »Workshop English Language Teaching at Primary Schools«, 1996/1, S. 81.

⁵⁹ Staatliche Lehrerweiterbildung in Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 5. September 1992, geändert am 19. August 1997.

⁶⁰ Interview mit Frau Schulrätin Triebe, Schulaufsichtsamt Magdeburg, vom 28. Februar 1996.

⁶¹ Vgl. Programm der landesweiten Lehrerfortbildung z.B. 1996/1 und 1996/2.

1. die Schülerinnen und Schüler zur Achtung der Würde des Menschen, zur Selbstbestimmung in Verantwortung gegenüber Andersdenkenden, zur Anerkennung und Bindung an ethische Werte, zur Achtung religiöser Überzeugungen, zu verantwortlichem Gebrauch der Freiheit und zu friedlicher Gesinnung zu erziehen;
7. die Schülerinnen und Schüler zu verantwortlichem Handeln in einer von zunehmender gegenseitiger Abhängigkeit und globalen Problemen geprägten Welt, für die Bewahrung von Natur, Leben und Gesundheit zu befähigen;
8. die Schüler zu Toleranz gegenüber kultureller Vielfalt und zur Völkerverständigung zu erziehen sowie zu befähigen, die Bedeutung der Heimat in einem geteilten Deutschland und einem gemeinsamen Europa zu erkennen.⁶²

In Umsetzung der Ziele des Schulgesetzes erläßt das Kultusministerium Rahmenrichtlinien für die Ziele, Inhalte, Verfahren und Organisation des Unterrichts (§ 10 Abs. 1 SchulG); diese Rahmenrichtlinien bilden den rechtlichen Rahmen für selbstverantwortete pädagogische Entscheidungen und geben damit den Lehrkräften die notwendige pädagogische Freiheit.⁶³ In seinen Bekanntmachungen »Schulen mit besonderem Profil« vom 1. Juli 1995 und »Fächerübergreifendes Lernen in Lernbereichen: Forderungen - Möglichkeiten - Finanzierung von Lernmitteln« vom 27. Juni 1995 regt das Kultusministerium die Schulen an, die „bestehenden Freiräume zur schulischen Profilbildung“ und die „Möglichkeit, ganzheitlich, lebensnah, handlungsorientiert, fächerübergreifend, vernetzt und in projektartiger Form zu lernen“, intensiv zu nutzen. Schulprofile sind vom Kultusministerium zu genehmigen. Mit der Entwicklung eines Schulprofils erhalten die Schulen

⁶² § 1 Abs. 2 Nr. 8 Schulgesetz; vgl. hierzu den Bericht der Enquete-Kommission „Schule mit Zukunft“ des Landtags von Sachsen-Anhalt (Braun 1998, S. 41f.). Vgl. im übrigen RdErl. „Sexualerziehung an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen des Landes Sachsen-Anhalt“ vom 15. Oktober 1993, Nr. 1 (Auszug): „Schulische Sexualerziehung muß außerdem auf unterschiedliche kulturelle und religiöse Bindungen der Schülerinnen und Schüler Rücksicht nehmen.“

⁶³ Vorwort der Rahmenrichtlinien, z.B. Grundschule, Deutsch (1993).

die Möglichkeit, von Richtlinien, Stundentafeln und Erlassen abzuweichen, Sonderzuweisungen von Lehrerwochenstunden und Sondermittel zur Finanzierung von Lernmitteln zu erhalten.⁶⁴

Das »Landesweite Konzept für Europaschulen in Sachsen-Anhalt« vom Februar 1995 stellt die folgenden »Ziele interkultureller Bildung« in den Mittelpunkt der Ziele der Europaschulen:

- „- Schülerinnen und Schüler auf ein Zusammenleben unterschiedlicher Herkunft und Kultur und in Einer Welt vorbereiten;
- ihnen Möglichkeiten zur interkulturellen Verständigung und zu interkulturellen Erfahrung eröffnen;
- sie zu Auseinandersetzungen sowohl mit der eigenen Kultur/Geschichte als auch mit anderen Kulturen, Gesellschaften und Wertvorstellungen befähigen;
- ihnen Einsicht in die Vielfalt von Kulturen und Wertvorstellungen und in die Zusammenhänge zwischen den Kulturen vermitteln;
- ihre Fähigkeit zu einer friedlichen Austragung und Lösung von persönlichen Konflikten auf kulturelle Konflikte übertragen;
- ihnen bewußt werden lassen, daß die verschiedenen Gesellschaften und Kulturen nicht in sich geschlossen und homogen sind, sondern historische und dynamische Realitäten darstellen, die sich in einem Prozeß stetigen Wandels befinden.“⁶⁵

Die jüngsten Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur interkulturellen Bildung und zur Dritte-Welt-Bildung sind der Sache nach zumindest ansatzweise in vielen Lehrplänen berücksichtigt; unmittelbar haben sie jedoch bisher in der Lehr-

⁶⁴ Fächerübergreifendes Lernen in Lernbereichen: Forderungen - Möglichkeiten - Finanzierung von Lernmitteln, Bekanntmachung vom 27. Juni 1995.

⁶⁵ Schulen mit besonderem Profil - Ansätze, Erfahrungen und Planungen in Sachsen-Anhalt, Bekanntmachung vom 1. Juli 1995, Ziff. 2.2.1.3; 3.; Anlage 2; vgl. dazu KMK-Empfehlungen „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ vom 25. Oktober 1996.

planentwicklung noch keinen Niederschlag gefunden.⁶⁶ Allerdings enthält das 1997 publizierte Konzept »Gemeinsam lernen« für den Schüleraustausch in Sachsen-Anhalt ausführliche Ziele zum interkulturellen Lernen:

„1.1 Interkulturelles Lernen heute

(...) Schulisches Lernen muß in der heutigen Zeit berücksichtigen, daß immer mehr Menschen anderer Kulturen in unseren Gesellschaften leben. Schule muß daher mehr als nur Stätte der Vermittlung von theoretischem Wissen und Sachkompetenz sein. Gerade deshalb müssen die internationalen Kontakte und die Zusammenarbeit von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern verstärkt Bestandteil von Bildungsmaßnahmen der Schulen sein. In diesem Zusammenhang sind die Schüleraustauschmaßnahmen ein wichtiges Merkmal des sogenannten interkulturellen Lernens, also des Lernens, was eine andere Kultur (und die eigene) bedeuten. Der direkte Kontakt mit Menschen dieser anderen Kultur und die reflektierte Begegnung mit dem Alltag der Beteiligten ist die Bedingung dafür, daß bisherige subjektive Einstellungen zur Diskussion gestellt werden können. (...)

1.2 Ethnozentristische Vorurteile und interkulturelles Lernen

Interkulturelles Lernen bedeutet immer, sich durch den konkreten Kontakt mit einer anderen Kultur bereichern zu lassen, aufgeschlossen zu machen für anderes Denken und Verhalten und dabei natürlich manches zu relativieren, was bislang als üblich und normal in der eigenen Kultur angesehen wurde. Schüleraustausch muß daher immer als eine besondere didaktisch angelegte Annäherung an »Fremde« (im Sinne von Repräsentanten einer anderen Kultur) gesehen werden, die es erlaubt, sich emotional auf den Fremden einzulassen, mit ihm verschiedene Erfahrungen zu machen, vor allem mit der dazu notwendigen Zeit für Verarbeitungsprozesse. (...)

2.1 Der Schüleraustausch und seine Ziele

(...)

⁶⁶ „Eine Welt/Dritte Welt“ in Unterricht und Schule, Empfehlung der KMK vom 28. Februar 1997; „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“, Empfehlung der KMK vom 25. Oktober 1996.

- die Kluft zwischen schulischem und interkulturellem (gesellschaftlichem) Lernen zu verringern,
- unterschiedliche Kulturen und Nationen zusammenzuführen,
- die Trennung von schulischem und außerschulischem Lernen zu überwinden,
- das Lernen in Sinnzusammenhänge und nicht organisatorische Zwänge zu stellen,
- der Verarmung im kulturellen und politischen Bereich zu begegnen,
- eine Erhöhung der Motivation zum Erwerb einer entsprechenden Sprache sowie auch eine der Kommunikation adäquaten Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse zu fördern,
- eine Erhöhung der Motivation zum Sprachenlernen, besonders der schwächeren Schülerinnen und Schüler durch den direkten Kontakt zu gleichaltrigen Ausländern zu erreichen.⁶⁷

2. Schulstufen- bzw. Schulformenbezug, Fächerzuordnung

Die Runderlasse zur Arbeit an den Schulen des Primar- und Sekundarbereichs I betonen „die Herausbildung sozialer Verhaltensweisen“ und „die soziale Integration“ in den jeweiligen Schulformen.

„Die Bereitschaft der Schüler, für gute Beziehungen unter den Menschen verschiedener Nationen und Kulturkreise einzutreten sowie die Toleranz unter den Menschen zur fördern, soll gestärkt werden.“⁶⁸

„Das Gymnasium soll als humane Leistungsschule auch zur Toleranz gegenüber anderen Menschen, insbesondere Mitschülern, sowie gegenüber fremden Weltanschauungen und religiösen Überzeugungen erziehen. Die Bereitschaft,

⁶⁷ Sandner, Helge: Gemeinsam lernen: Schüleraustausch in Sachsen-Anhalt, in: Schulleitung, Sachsen-Anhalt I 9.5 S. 1-11 (Loseblattsammlung, Stand Juli 1997).

⁶⁸ Die Arbeit an der Grundschule, RdErl. vom 21. Juli 1993; fast wortgleich: Die Arbeit in der Sekundarschule, RdErl. vom 22. Juli 1993, und: Die Arbeit in den Schuljahrgängen 5-9 des Gymnasiums, RdErl. vom 23. Juli 1993.

für die Verbesserung der Beziehungen unter den Menschen verschiedener Nationen und Kulturen einzutreten, soll verstärkt werden.“⁶⁹

„Die Schule ist gehalten, die Schüler zu Toleranz gegenüber kultureller Vielfalt und zur Völkerverständigung zu erziehen sowie zu befähigen, die Bedeutung der Heimat in einem geeinten Deutschland und einem gemeinsamen Europa zu erkennen.“⁷⁰

Einer der Schwerpunkte der fachübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziele der Schule in Sachsen-Anhalt ist der Bereich »Friedenserziehung, multikulturelle Erziehung, interkulturelles Lernen, Integration deutschstämmiger Übersiedler sowie ausländischer Schüler, Deutschland und Europa im Unterricht«.⁷¹ Es handelt sich um ein querschnittorientiertes, fachübergreifendes Aufgabengebiet, das im Land Sachsen-Anhalt in unterschiedlicher Weise umgesetzt wird: in schulpraktischen Anregungen zum fächerübergreifenden Lernen im Sekundarbereich I (Juli 1995), in Grundsätzen und Anregungen zum Themenbereich Konflikte - Aggressionen - Gewalt (Oktober 1994), im Landesweiten Konzept für Europaschulen in Sachsen-Anhalt (Februar 1995) und nicht zuletzt in den (vorläufigen) Rahmenrichtlinien für die Fächer Deutsch, Ethikunterricht, Geschichte, Sozialkunde, Evangelischer und Katholischer Religionsunterricht, Philosophie, Rechtskunde und Geographie. Lernziele und Themenvorschläge zum interkulturellen Lernen erhalten insbesondere die Rahmenrichtlinien für das Fach Ethikunterricht (Grundschule; Sekundarschule; Gymnasium).

Die Rahmenrichtlinien für das Fach Deutsch an der Grundschule enthalten keine Vorschläge für interkulturelle Unterrichtsthemen, jedoch im Anhang ein „Angebot ethischer Leitthemen, die in den Deutschunterricht integriert werden können“. In diesen Anregungen geht es darum, Kinder für ihre soziale Umwelt aufzuschließen und „Verständnis gegenüber anderen Menschen“ zu entwickeln (S. 67). Diese

⁶⁹ Die Arbeit in den Schuljahrgängen fünf bis neun des Gymnasiums, RdErl. vom 23. Juli 1993.

⁷⁰ Die Arbeit in der Schule für Lernbehinderte, RdErl. vom 26. Juli 1993.

⁷¹ Schwerpunkte der staatlichen Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt; Bekanntmachung vom 16. Dezember 1994, Nr. 1 Buchstabe b).

Ziele werden auch von den Rahmenrichtlinien Heimat- und Sachunterricht (1993) aufgenommen und im Lernfeld „Zusammenleben in der Gemeinschaft“ konkretisiert. In den jahrgangsbezogenen Hinweisen zu diesem Lernfeld - vor allem für die dritte und vierte Jahrgangsstufe - spielen Lernziele und Themenvorschläge zum „Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturkreise und Religionen“ eine wichtige Rolle.

Die Lehrpläne für das Fach Geschichte (Sekundarschule [1994], Gymnasium [1994]) haben im Rahmen der (verbindlichen) Lernziele einen interkulturellen Bezug: Die Schüler sollen lernen, „sich in andersartige Denk- und Lebensweisen hineinzusetzen“. Die Themenvorschläge indes greifen diese Zielsetzung mit Ausnahme der Vorschläge für Kursthemen im zwölften Jahrgang kaum auf. Allerdings räumen die Rahmenrichtlinien den Lehrkräften ein Drittel der Unterrichtszeit zur Vertiefung, Wiederholung oder Erweiterung der Themen nach eigener Wahl ein. Gleiches gilt auch für alle übrigen Rahmenrichtlinien, so etwa die Rahmenrichtlinien für Geographie und Sozialkunde (jeweils: Sekundarschule [1994], Gymnasium [1994]).

Die Rahmenrichtlinien Geographie (Sekundarschule) fordern explizit „interkulturelle Unterrichtsansätze“ und erwähnen beispielhaft das „Kennenlernen anderer Kulturen, Völker und Staaten“ als Beitrag zum „Verständnis für fremde Lebensformen und -gewohnheiten“ oder die Diskussion von „Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus u.a.“ als Beitrag zur „Erhaltung des Friedens, zur Völkerverständigung und zur Weltoffenheit“ (S. 7). Die jahrgangsbezogenen Themenkataloge der Schulformen und Bildungsgänge setzen diese Forderungen jedoch kaum um.

Ausgeprägtere Bezüge zum interkulturellen Lernen sind in den verbindlichen Lernzielbestimmungen und Themenvorgaben der Rahmenrichtlinien Sozialkunde für die Sekundarschule (Haupt- und Realschulbildungsgang) und für das Gymnasium enthalten. Die Schüler sollen „den Grad ihrer Toleranz gegenüber fremden Lebens- und Kulturformen sowie Andersdenkenden erkennen und (...) in der Lage (sein), diese weiter auszuprägen“ (Rahmenrichtlinien Sekundarschule S. 7 bzw.

20). Zu den einschlägigen Themen gehören - obligatorisch - „Gewalt im täglichen Leben“, „Demokratische Grundrechte im Rechtsstaat“, „Europa wächst zusammen“, „Friedens- und Sicherheitspolitik“ und - fakultativ - „Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern“. Neben diesen Themen schreiben die Rahmenrichtlinien Sozialkunde für das Gymnasium in der achten Klasse das Thema „Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“ vor. Die Schüler sollen u.a.

„die Situation der Ausländerinnen und Ausländer im Spannungsfeld von Integration und kultureller Selbständigkeit erörtern, Auswirkungen des Aufenthaltes großer ausländischer Minderheiten auf das gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik analysieren, die Ausländerpolitik der Bundesregierung erläutern, das persönliche Verhältnis zu Ausländern prüfen“ (S. 13).

Die Rahmenrichtlinien für das Fach Deutsch (Sekundarschule: Förderstufe und Realschulbildungsgang) und Gymnasium [jeweils 1991]) betonen das Ziel, die Schüler zu befähigen, „die unterschiedlichsten kommunikativen Intentionen und Situationen sprachlich angemessen, d.h. adressatenbezogen, sach- und situationsgemäß zu bewältigen“ und zwar auch „im Umgang mit ausländischen Mitschülern und Mitschülerinnen, so daß der Deutschunterricht zum gegenseitigen Verstehen zwischen Ausländern und Deutschen beiträgt“ (S. 7).

Die Lernzielbestimmungen und Themenvorgaben der Rahmenrichtlinien für den Ethikunterricht (Grundschule [1993]⁷², Sekundarschule [1994], Gymnasium [1994]) und für den Evangelischen (Sekundarschule [1994]) bzw. Katholischen Religionsunterricht (Sekundarschule [1994], Gymnasium [1994]) beziehen sich, zumindest soweit es sich um ihre anthropologisch-ethischen Dimensionen handelt, auf ethisch-moralische Normen und deren Bedeutung einerseits für die individuelle Existenz des Menschen und andererseits für seine Stellung in der Welt. Interkulturelle Bezüge sind in diesen Rahmenrichtlinien daher mannigfach vorhanden; hier-

⁷² Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt, Überlegungen und Vorschläge zur Gestaltung des Ethikunterrichts in der Grundschule. Halle 1996.

zu einige beispielhafte Inhalte: „Ich bin Ausländer, (...) ich sehe anders aus als Du, denn meine Vorfahren kommen aus einem anderen Land; wir haben andere Traditionen einen anderen Tagesablauf, (...). Denke daran: Fährst Du ins Ausland, bist Du eine Fremde/ein Fremder - Ausländer“ (Ethikunterricht Grundschule 1993, S. 12); beispielhafte Lernziele: „Bereitschaft zu Toleranz und zum Abbau von Vorurteilen entwickeln“, Unterrichtshinweise, z.B. „Wie wird unser Leben durch Ausländer bereichert? Wie leben Ausländer, Asylbewerber, Aussiedler in Deutschland? Ursachen sozialer Konflikte, z.B. soziale Isolierung, Vorurteile, Feindbilder, keine Solidarität mit Fremden“ (Ethikunterricht Sekundarschule 1994, Schuljahrgänge fünf bis neun); Lernziele, z.B. „Widersprüche und Wertkonflikte aushalten können, abweichende Meinungen als Bereicherung des eigenen Denkens empfinden, Identifikationsangebote anderer erkennen und sich kritisch zu eigen machen, die Bedeutung gruppenspezifischer Wertvorstellungen für das jeweilige Handeln erfassen“ (Ethikunterricht Gymnasium 1994, S. 9f.). Im Vergleich der konfessionellen Lehrpläne greifen die Rahmenrichtlinien für den Evangelischen Religionsunterricht mit dem Themenfeld „Miteinander leben“ ausführlicher lebenspraktische Themen auf. Für den interkulturellen Kontext bedeutsam sind vier der sieben verbindlichen Themen („Konflikte“, „Ausländer und Asylsuchende“, „Friedensdienst und Wehrdienst“ und „Umgang mit den Schwachen der Gesellschaft“ [S. 56f.]).⁷³

3. Europäische Dimensionen und ihre Umsetzung

Zu den fachübergreifenden Arbeitsgebieten der Schule gehört auch die europäische Dimension im Schulwesen.⁷⁴ Die Bekanntmachung des Kultusministeriums »Schulen mit besonderem Profil - Ansätze, Erfahrungen und Planungen in Sachsen-Anhalt« vom 1. Juli 1995 erwähnt die Europabildung als einen für die Profilbildung besonders geeigneten Bereich und stellt als Beispiel dazu die »Europaschule Gymnasium Gommern« vor, die der „Vermittlung und Analyse der Grundlagen der europäischen Kultur und Geschichte“ besonderes Gewicht einräumt. Dies

⁷³ Vgl. Bericht der Enquete-Kommission „Schule mit Zukunft“ des Landtags von Sachsen-Anhalt (Braun 1998, S. 43-45).

⁷⁴ Art. 126 Abs. 2 EG-Vertrag; § 1 Abs. 2 Nr. 8 SchulG LSA; Europa im Unterricht, KMK-Beschluß vom 8. Juli in der Fassung vom 7. Dezember 1990.

erfolgt über fächerübergreifenden Unterricht, unterrichtserweiternde Projekte (Begegnungsprojekt), Unterrichtswettbewerbe und einen bilingualen Zweig (»bilingualer Zug«) in den »Partnersprachen« Englisch, Französisch und Russisch.⁷⁵ »Europaschulen« in Sachsen-Anhalt haben sich bislang weitgehend ohne förmliche Genehmigung des Kultusministeriums entwickelt; der Name ist rechtlich nicht geschützt. Das landesweite Konzept für Europaschulen in Sachsen-Anhalt, das das Kultusministerium im Februar 1995 vorgelegt hat, ist ein Versuch, dieser Entwicklung weitere Anstöße und Leitlinien zu geben, ohne einen unveränderlichen Rahmen festzulegen. Im Januar 1997 gab es 25 Europaschulen in Sachsen-Anhalt; neun »mitarbeitende«, vom Ministerium anerkannte und 16 »interessierte« Europaschulen.⁷⁶ Das Konzept macht den „lebendigen interkulturellen Dialog“ zur Aufgabe der Europaschule; zur Erschließung der europäischen Dimension in Unterricht und Erziehung sollen alle schulischen Lernfelder und Fächer beitragen. Die Vermittlung eines Bewußtseins der europäischen Regionen und die Vorbereitung der jungen Menschen auf die Aufgaben als Bürger in der Europäischen Gemeinschaft soll Anliegen der Europaschulen sein, die als „Stammhäuser für europäische Begegnungen, Bildung und Erziehung in ihrer Region“ wirken sollen. Europaschulen sollen keine neue Schulreform sein, sondern bestehenden Grund-, Sekundar-, Gesamtschulen und Gymnasien ein besonderes Profil geben; eine Europaschule soll ein „Ort der Wissensvermittlung (sein), der Spielräume für innovative Formen des Lernens und der Unterrichtsorganisation ermöglicht“. Eine Europaschule soll die Rahmenrichtlinien und die in ihnen enthaltenen Freiräume, die Stundentafel und die außerunterrichtlichen Angebote in einer jeweils spezifischen Weise akzentuieren.⁷⁷ Das Konzept mündet in einen Vorschlag zur (bislang nicht umgesetzten) schulgesetzlichen Absicherung der Europaschule.

⁷⁵ Landesweites Konzept für Europaschulen in Sachsen-Anhalt, Magdeburg, im Februar 1995, Nr. 3; Bilingualer Unterricht in den Schuljahrgängen 5 bis 9 des Gymnasiums, RdErl. vom 25. August 1995.

⁷⁶ Interviews mit Dr. Sandner, Kultusministerium LSA, Ref. 3.23 (Internationale und EU-Bildungsangelegenheiten, Schüler- und Lehreraustausch), 27. Februar 1996 und 5. Februar 1997.

⁷⁷ Zur Konkretisierung vgl. Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt: Probleme und Fragen zum Thema: „Europaschule“. Magdeburg: Typoskript, im Juli 1995.

IX. Schulversuche, Modellschulen, Innovationen

Innovationen sind im Bereich der Lernziele, Schuldidaktik, Lehrpläne, Schulprofilbildung, Bilingualität sowie des fächerübergreifenden Lernens in Lernbereichen festzustellen: (1) Das Angebot des fremdsprachigen Unterrichts ist breiter geworden, allerdings ist die Bedeutung des Russischen stark zurückgegangen. (2) Viele Schulen und Lehrkräfte haben Kontakte zu ausländischen Schulen aufgenommen, allerdings sind zugleich manche Kontakte zu Schulen in den mitteleuropäischen Staaten eingeschlafen.⁷⁸ (3) UNESCO-Kooperationsschulen und vor allem Europaschulen sind entstanden, allerdings fehlt weiterhin eine klare schulrechtliche Regelung des Status der Europaschulen. Obwohl sie ursprünglich im Koalitionsvertrag favorisiert wurden, scheint das Interesse an einem herausgehobenen Status der Europaschulen geschwunden. Hier scheinen die auch in der Schulautonomiedebatte geäußerten Befürchtungen eine Rolle zu spielen, daß eine stärkere Profilierung, Differenzierung und Konkurrenz von Schulen die Chancengleichheit beeinträchtigen, Druck auf bestehende Schuleinzugsbezirke ausüben und bestehende Schulstandorte gefährden könnten. (4) Im Unterricht und in der Projektarbeit spielen Fragen der internationalen und der Europaerziehung, der Friedenserziehung, der Dritte-Welt-Bildung und Erziehung gegen Gewalt eine wichtige Rolle. Interkulturelle Erziehung ist in diesen Kontext explizit eingebunden und erscheint daher nicht als selbständiger Arbeitsbereich. Auf diesem Gebiet, der Europaerziehung, Friedenserziehung, Dritte-Welt-Bildung und Erziehung gegen Gewalt, gibt es zahlreiche Beispiele für Aktivitäten in der unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Arbeit der Schulen, in der kommunalen Jugendarbeit und in der Lehrerfortbildung des Landes. Unterrichtsprojekte, welche speziell die ethnisch-kulturelle Pluralisierung des Schulwesens thematisieren, scheinen indes am ehesten in denjenigen Schulen anzutreffen sein, denen der Unterricht von Aussiedler- und Ausländerkindern obliegt.

⁷⁸ Vgl. dazu Programm (der Robert-Bosch-Stiftung) zur Förderung der Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Schulen, Bekanntmachung des Kultusministeriums vom 18. Januar 1994.

X. Sonstiges

Mit der Verabschiedung der Schulgesetzänderung von 1995 zur Einführung der obligatorischen Förderstufe an der Sekundarschule und der Schulgesetznovelle von 1998 zur Einführung des 13. Jahrgangs am Gymnasium in der Legislaturperiode 1994-1998 dürfte die äußere Schulreform in Sachsen-Anhalt auf absehbare Zeit abgeschlossen sein. Über die Legislaturperiode hinaus ist die Einrichtung weiterer Gesamtschulen beabsichtigt.

Die Reform der Schulaufsicht ist ebenfalls abgeschlossen; die Zahl der Schulaufsichtsämter wurde auf neun reduziert.

Dem bevorstehenden drastischen Rückgang der Schülerzahlen trägt die Möglichkeit Rechnung, Schulen und Bildungsgänge organisatorisch zusammenzufassen, Schulen mit Außenstellen zu führen und jahrgangsübergreifenden Unterricht zu erteilen.

Die Lehrkräfte waren weitgehend schon im DDR-Schuldienst; sie mußten den strukturellen und inhaltlichen Umbau des Schulwesens mitvollziehen. Im pädagogisch-unterrichtlichen Bereich gibt es unbeschadet der Fort- und Weiterbildungsaktivitäten des LISA daher noch ein relativ hohes Maß an Kontinuität.

Der Bericht der am 18. Januar 1996 durch Landtagsbeschluß eingesetzte Enquete-Kommission »Schule mit Zukunft«⁷⁹ wurde im Januar 1998 veröffentlicht⁸⁰. Ihre Empfehlungen beziehen sich auf den Auftrag der Schule, die Lehrpläne und die Unterrichtsorganisation, die sozialpädagogischen Kompensationsaufgaben der Schule, geschlechtsspezifische Besonderheiten, die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Einzelschule und mögliche Veränderungen des Schulgesetzes. Welche

⁷⁹ Einsetzungsbeschluß, in: Landtagsdrucksache 2/34/1789B vom 18. Januar 1996.

⁸⁰ Braun 1998.

Konsequenzen aus dem Kommissionsbericht und den beigefügten wissenschaftlichen Expertisen für die Weiterentwicklung des sachsen-anhaltinischen Schulwesens gezogen werden, läßt sich derzeit noch nicht absehen.

XI. Diskussion

Die absolute Zahl der Zuwandererkinder ist ebenso wie ihr Anteil an der Gesamtschülerschaft im Land Sachsen-Anhalt äußerst gering. Der Unterricht ist auf den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse und die möglichst baldige Integration in die Regelklasse gerichtet; die Aus- und die Fortbildung der Lehrkräfte hierfür ist unzulänglich. Es werden weder muttersprachliche noch landeskundliche Unterrichtsangebote für Aussiedler- und Ausländerkinder gemacht. Einzig Russisch kann auf der Basis einer Feststellungsprüfung als Pflicht- oder Wahlfremdsprache anerkannt werden; eine Fortführung des Unterrichts ist jedoch nicht möglich. Es gibt keinen umfassenden Organisationserlaß über die schulische Betreuung von Ausländer- und Aussiedlerkindern; die bestehenden Regelungen sind in verschiedenen Einzelerlassen verstreut und lückenhaft. Mit einer zusammenfassenden, systematischen Neuregelung ist derzeit nicht zu rechnen. Angesicht der Dominanz des schulrechtlichen, schulorganisatorischen und curricularen Transformationsprozesses hat die Beschulung von Aussiedler- und Ausländerkindern bislang weder die Schulpolitik noch die Arbeit in den Schulen in auffälliger Weise zu prägen vermocht.

XII. Materialverzeichnis

1. DDR

Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft (der DDR), Verordnung über die Bildung von vorläufigen Schulaufsichtsbehörden vom 30. Mai 1990, in: GBl. (der DDR) S. 296.

2. Sachsen-Anhalt

2.1 Gesetze

Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992, in: GVBl. LSA Nr. 31, S. 600.

Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 11. Juli 1991, in: GVBl. LSA S. 165, in der Neufassung vom 30. Juni 1993, in: GVBl. LSA S. 314, zuletzt geändert am 21. Juni 1996, GVBl. LSA S. 281, neugefaßt am 27. August 1996, zuletzt geändert am 21. Januar 1998, in: GVBl. LSA S. 15.

2.2 Beschlüsse, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Regelung zur Schulentwicklungsplanung im Lande Sachsen-Anhalt, Erlaß vom 30. Januar 1991, in: MBl. LSA S.39, geändert am 11. Juni 1992, in: MBl. LSA S. 892.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Zuständigkeiten der Schulbehörden nach dem Schulreformgesetz für das Land Sachsen-Anhalt, Erlaß vom 29. Juli 1991, in: MBl. LSA S. 423, zuletzt geändert durch Erlaß vom 27. November 1992, in: MBl. LSA S. 1909.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Aufgaben der Landesstelle für Medienangelegenheiten - Dezernat 08 - beim Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung, Erlaß vom 30. Juli 1991, in: MBl. LSA S. 426.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Ausbildungsordnung für Lehrämter im Land Sachsen-Anhalt vom 30. September 1991, in: MBl. LSA S. 1015, zuletzt geändert am 10. Juli 1995, in: SVBl. S. 318.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen, Erlaß vom 13. November 1991, in: Gültigkeitsliste 54/7, neugefaßt am 11. März 1993.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Sekundarschule: Förderstufe und Bildungsgang Realschule, Deutsch, Magdeburg: Garloff o.J. (1991).

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium/ Fachgymnasium, Deutsch, Magdeburg: Garloff o.J. (1991).

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Fremdsprachenunterricht für Aussiedler aus der GUS; hier: Anerkennung von Russisch als erste Fremdsprache an Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 2. April 1992, in: SVBl. LSA 1993 S. 205.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Richtlinie über die Förderung jugend- und bildungsbezogener Projekte zur Vermittlung von Lebensorientierungen, RdErl. vom 2. April 1992, in: MBl. LSA S. 570, zuletzt geändert am 1. Oktober 1997, in SVBl. LSA S. 492.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Schulinterne Lehrerfortbildung (SCHILF) - Pädagogische Klausurtagungen, RdErl. vom 2. September 1992, in: MBl. LSA 1993, S. 97.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Staatliche Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit mit weiteren Trägern, RdErl. vom 3. September 1992, in: SVBl. LSA 1993 S. 19, geändert am 12. August 1997, in: SVBl. LSA S. 488.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Staatliche Lehrerweiterbildung in Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 5. September 1992, in: SVBl. LSA 1993 S. 20, geändert am 19. August 1997, in: SVBl. LSA S. 247.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Hinweise zur Schulentwicklungsplanung vom 8. Dezember 1992, in: SVBl. S. 26.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Fortschreibung der Schulentwicklungspläne der Landkreise und kreisfreien Städte, RdErl. vom 22. Februar 1993, in: SVBl. LSA S. 163.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Pädagogische Klausurtagungen zum Thema „Erziehung heute“, RdErl.e vom 2. März 1993 und 29. Januar 1995, in: SVBl. Nr. 6/1993 und Nr. 2/1995.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Beschulung von Kindern besonderer Personengruppen; hier: Bereitstellung von zusätzlichen Lehrerwochenstunden zur Förderung der Kinder von Aussiedlern und von Ausländern, RdErl. vom 11. März 1993, in: SVBl. LSA S. 295, geändert am 10. Mai 1995, in: SVBl. Nr. 7/1995 (4.12-8313).

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Lehrerfortbildung zur schulischen Eingliederung ausländischer und ausgesiedelter Schülerinnen und Schüler, RdErl. vom 5. Mai 1993, in: SVBl. LSA S. 302.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Änderung der Organisation und Aufgaben des Landesinstitutes für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung Sachsen-Anhalt (LISA), Runderlaß vom 8. Juli 1993, in: MBl. LSA S. 1915.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Die Arbeit der Grundschule, RdErl. vom 21. Juli 1993, in: SVBl. LSA S. 353.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Die Arbeit der Sekundarschule, RdErl. vom 22. Juli 1993, in: SVBl. LSA S. 356, geändert am 8. November 1993, in: SVBl. LSA S. 414.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Die Arbeit in den Schuljahrgängen 5 bis 9 des Gymnasiums, RdErl. vom 23. Juli 1993, in: SVBl. LSA S. 361, geändert am 4. Mai 1995, in: SVBl. LSA S. 156.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Die Arbeit in der Schule für Lernbehinderte, RdErl. vom 26. Juli 1993, in: SVBl. LSA S. 365.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Schüler aus Aussiedlerfamilien und Schüler ausländischer Herkunft im Sekundarbereich I an allgemeinbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt; hier: Erteilung von Zeugnissen, RdErl. vom 30. Juli 1993, in: SVBl. LSA S. 378.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Richtlinien für den Deutschunterricht mit Schülerinnen und Schülern, deren Erstsprache nicht Deutsch ist: Grundsätze und Anregungen für die Schulpraxis. Magdeburg: Garloff, September 1993.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (Oberstufenverordnung) vom 14. September 1993, in: GVBl. LSA S. 536, geändert am 10. Juni 1994, in: GVBl. LSA S. 631.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Verordnung über die Abschlüsse und die Abschlußprüfungen im Sekundarbereich I (Abschlußverordnung - AbschlußVO) vom 20. September 1993, in: GVBl. LSA S. 553, zuletzt geändert am 13. Dezember 1995, in: GVBl. LSA S. 395.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Sexualerziehung an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen des Landes Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 15. Oktober 1993, in: SVBl. LSA S. 400.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Grundschule, Heimat- und Sachunterricht, Magdeburg: Garloff o.J. (1993).

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Grundschule, Deutsch, Magdeburg: Garloff o.J. (1993).

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Grundschule, Ethikunterricht, Magdeburg: Garloff o.J. (1993).

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Grundschule, Evangelischer Religionsunterricht, Magdeburg: Garloff o.J. (1993).

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Grundschule, Katholischer Religionsunterricht, Magdeburg: Garloff o.J. (1993).

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Deutschunterricht mit Schülerinnen und Schülern, deren Erstsprache nicht Deutsch ist: Grundsätze und Anregungen für die Schulpraxis. Magdeburg: Garloff, September 1993.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Innere Organisation der Schulaufsichtsämter im Land Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 15. September 1993, in: SVBl. LSA 390, zuletzt geändert durch Runderlaß vom 1. August 1994, in: SVBl. LSA S. 281.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Abschlußprüfungen im Sekundarbereich I, RdErl. vom 10. Dezember 1993, in: SVBl. LSA 1994 S. 374, zuletzt geändert am 22. Dezember 1995, in: SVBl. LSA 1996, S. 3.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Programm zur Förderung der Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Schulen, Bekanntmachung vom 18. Januar 1994, in: SVBl. LSA S. 81.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Schüler aus Aussiedlerfamilien und Schüler ausländischer Herkunft im Primärbereich; hier: Erteilung von Zeugnissen, RdErl. vom 7. April 1994, in: SVBl. LSA S. 191.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Fachmoderatoren, Fachgruppen für Grundschulen, Sonderschulen und Sekundarschulen, RdErl. vom 22. April 1994, in: SVBl. LSA S. 181.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Außerschulische Fördermaßnahmen für junge Aussiedler/ Spätaussiedler, Gemeinsamer RdErl. des Innenministeriums und des Kultusministeriums vom 7. Oktober 1994, in: MBl. LSA S. 2567.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Konflikte - Aggressionen - Gewalt: Prävention und konstruktiver Umgang. Grundsätze und Anregungen für der Schulpraxis. Magdeburg: Garloff, Oktober 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Sekundarschule, Geographie, Magdeburg: Garloff 1994

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Sekundarschule: Haupt- und Realschulbildungsgang, Sozialkunde, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Sekundarschule, Evangelischer Religionsunterricht (Neufassung 1.8.1994), Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Sekundarschule, Geschichte, Magdeburg: Garloff 1994

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Sekundarschule: Realschulbildungsgang, Russisch, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Sekundarschule, Ethikunterricht (Neufassung 1.9.1994), Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Sekundarschule, Katholischer Religionsunterricht, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Sekundarschule: Haupt- und Realschulbildungsgang, Wirtschaft - Technik, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Sekundarschule, Englisch, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Sekundarschule: Realschulbildungsgang, Französisch, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium/ Fachgymnasium, Katholischer Religionsunterricht (Neufassung 1.9.1994), Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium/ Fachgymnasium, Sozialkunde, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Gymnasium/ Fachgymnasium, Geographie, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Gymnasium/ Fachgymnasium, Geschichte, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Gymnasium/ Fachgymnasium, Französisch, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Gymnasium/ Fachgymnasium, Englisch, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Gymnasium/ Fachgymnasium, Spanisch, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium/ Fachgymnasium, Ethikunterricht (Neufassung 1.9.1994), Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Gymnasium, Philosophie, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Gymnasium, Wirtschaft - Technik - Wirtschaftslehre, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Gymnasium, Rechtskunde, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium, Italienisch, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Gymnasium, Latein, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Gymnasium, Tschechisch, Magdeburg: Garloff 1994.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Schwerpunkte der staatlichen Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt, Bekanntmachung vom 16. Dezember 1994, in: MBl. LSA 1995, S. 45.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vergütung für den schulbegleitenden Nachhilfeunterricht; hier: „Garantiefonds“, RdErl. vom 10. Februar 1995, in: SVBl. S. 65.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Prüfverfahren zur Zulassung von Schulbüchern im Land Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 13. Januar 1995, in: SVBl. LSA S. 21, geändert am 19. Juni 1997, in: SVBl. LSA S. 224.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Friedenserziehung als schulische Aufgabe - am Beispiel der Arbeit der UNESCO-Projekt-Schulen, nichtamtlicher Text vom 23. Februar 1995, in: SVBl. LSA Nr. 2/1995.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Landesweites Konzept für Europaschulen in Sachsen-Anhalt, Magdeburg: Typoskript, im Februar 1995.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Unterrichtsorganisation an den Sekundarschulen im Schuljahr 1995/96, RdErl. vom 21. März 1995, in: SVBl. LSA S. 114.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Richtlinien zum Schülerstammblatt und zum sonstigen Datenbestand an allgemeinbildenden Schulen, berufsbildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges des Landes Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 20. Juni 1995,, in: SVBl. LSA S. 208, zuletzt geändert am 12. Juni 1997, in: SVBl. LSA S. 223.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Fächerübergreifendes Lernen in Lernbereichen: Forderungen - Möglichkeiten - Finanzierung von Lernmitteln, Bekanntmachung vom 27. Juni 1995, in: SVBl. LSA S. 224.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Schulen mit besonderem Profil - Ansätze, Erfahrungen und Planungen in Sachsen-Anhalt, Bekanntmachung vom 1. Juli 1995, in: SVBl. LSA S. 229.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Abiturprüfung 1996, RdErl. vom 3. Juli 1995, in: SVBl. LSA S. 305.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Auf dem Weg zur weiteren Regionalisierung der staatlichen Lehrerfortbildung, Schreiben vom 21. Juli 1995, in: SVBl. LSA S 302.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Probleme und Fragen zum Thema: „Europaschule“. (Lehrerfortbildungsveranstaltung zum Thema: „Europaschulen in Sachsen-Anhalt“ am 24.04.1995 in Halle/Saale). Magdeburg: Ref. 3.23, Dr. Sandner, Dr. Volke, Typoskript, im Juli 1995.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Bilingualer Unterricht in den Schuljahrgängen 5 bis 9 des Gymnasiums, RdErl. vom 25. August 1995, in: SVBl. LSA S. 361.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Erwerb einer Unterrichtserlaubnis „Begegnung mit fremden Sprachen an Grundschulen - Schwerpunkt Englisch“, RdErl. vom 18. September 1995, in: SVBl. LSA S. 376.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Gymnasium, Griechisch, Magdeburg: Garloff 1995.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Fächerübergreifendes Lernen im Sekundarbereich I. Anregungen für die Schulpraxis an Sekundarschulen und Gymnasien: Entwürfe zur Erprobung. Magdeburg: Garloff 1995.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Grundsätzliche Überlegungen für einen oft vernachlässigten Lernbereich. Magdeburg: Ref. 3.23, Arbeitspapier vom 14. Februar 1996.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Unterrichtsorganisation an den Grundschulen im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 21. März 1996, in: SVBl. LSA S. 80.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Unterrichtsorganisation an den Sekundarschulen im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 22. März 1996, in: SVBl. LSA S. 83.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Unterrichtsversorgung an den Gymnasien und Schulen des Zweiten Bildungsweges (Abendgymnasien/Kollegs) im Schuljahr 1996/97, RdErl. vom 25. März 1996, in: SVBl. LSA S. 88.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Unterrichtsorganisation an den Sonderschulen, RdErl. vom 26. März 1996, in: SVBl. LSA S. 92.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinien Sekundarschule, Deutsch, Magdeburg: Garloff 1996.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Rahmenrichtlinie Gymnasium/Fachgymnasium, Deutsch, Magdeburg: Garloff 1996.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Konzeption zum geplanten zweistufigen Verwaltungsaufbau der Schulbehörden im Land Sachsen-Anhalt vom 7. November 1996 (Typoskript).

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Kinderbetreuungsverordnung (KiBeVO) vom 19. Februar 1997, in: GVBl. LSA S. 406, geändert am 12. November 1997, GVBl. LSA S. 968.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Staatliche Fortbildung von Lehrkräften in Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 15. August 1997, in: SVBl. LSA S. 288.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Die zweistufige Schulaufsicht im Land Sachsen-Anhalt, RdErl. vom 19. August 1997, in: SVBl. LSA S.

Das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Deutsch als Zielsprache. Grundsätze und Anregungen für die unterrichtliche und außerunterrichtliche Praxis in den Sekundarstufen I und II sowie in der Erwachsenenbildung. Magdeburg, November 1997.

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, Beschluß der Landesregierung über die Errichtung des Landesinstitutes für Lehrerfort- und -weiterbildung und Unterrichtsforschung Sachsen-Anhalt vom 15. Januar 1991, in: MBl. LSA S. 23, zuletzt geändert am 8. Juli 1993, in: MBl. LSA S. 1915.

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, Beschluß der Landesregierung über die Errichtung von Ausbildungs- und Studienseminaren zur Durchführung des Vorbereitungsdienstes für die Lehrämter an Grundschulen, Haupt- und Realschulen, an Sekundarschulen und Sonderschulen sowie an Gymnasien und berufsbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt vom 25. Juni 1995, in: MBl. LSA S. 384.

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, Beschluß der Landesregierung über die Organisation der Schulaufsichtsämter vom 10. Mai 1994, in: MBl. LSA S. 1375 bzw. SVBl. LSA S. 189.

2.3. Bibliographische Angaben

Braun, Karl-Heinz; Hoffmann, Christoph; Hofmann, Hans-Georg; Krüger, Heinz-Hermann; Olbertz, Jan-Hendrik (Hrsg.) (1998): Schule mit Zukunft. Bildungspolitische Empfehlungen und Expertisen der Enquete-Kommission des Landtags von Sachsen-Anhalt, Opladen.

Dreger, Silke; Goes, Gudrun (1995): Forschungsprojekt „Zur kulturellen Identität der Rußlanddeutschen und zu ihrer kulturellen Integration in das gesellschaftliche Leben in Deutschland (Land Sachsen-Anhalt)“, 2. Arbeitsstudie. Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität, Institut für fremdsprachige Philologien (Typoskript).

Goes, Gudrun; Schildener, Michael (1995): 1. Zwischenbericht zum Modellprojekt „Die schulische und soziale Integration rußlanddeutscher Aussiedlerkinder in Sachsen-Anhalt“. (Forschungsprojekt „Zur kulturellen Integration der Rußlanddeutschen in das gesellschaftliche Leben in Sachsen-Anhalt“). Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität, Institut für fremdsprachige Philologien (Typoskript).

Goes, Gudrun; Schildener, Michael (1995): 2. Zwischenbericht zum Modellprojekt „Die schulische und soziale Integration rußlanddeutscher Aussiedlerkinder in Sachsen-Anhalt“. Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität, Institut für fremdsprachige Philologien (Typoskript).

Gogolin, Ingrid; Neumann, Ursula; Reuter, Lutz (1998): Schulbildung für Minderheiten: Eine Bestandsaufnahme, in: Zeitschrift für Pädagogik 44, S. 663-678.

Kieslich, Rudolf (1997): Reform der Schule erfordert Reform der Schulbehörden: Beispiel Sachsen-Anhalt, in: Zeitschrift für Bildungsverwaltung, H. 1, S. 34-41.

Kramer, Franz-Ludolf; Zeymer, Bodo: Die zweistufige Schulaufsicht im Land Sachsen-Anhalt, in: Schulleitung, Sachsen-Anhalt D 5.2 S 1-12 (Loseblattsammlung, Stand November 1997).

LISA [Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt], Aus der Arbeit des Landesinstitutes: LISA-Jahrbuch 1995. Halle o.J.

LISA [Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt], Schulische Erziehung gegen Gewalt. (Textsammlung). Halle: LISA, 1995

LISA [Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt], Programm der landesweiten staatlichen Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt (halbjährlich, zuletzt 1997/1).

LISA [Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt], Überlegungen und Vorschläge zur Gestaltung des Ethikunterrichts in der Grundschule. (Beiträge zur Lehrerfortbildung). Halle: LISA, 1996.

Palt, Beatrix; Reuter, Lutz R.; Witte, Alexander (1998): Schulbildung für Migrantenkinder und Kinder autochthoner Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Synopse schulrechtlicher Bestimmungen, in: Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr Hamburg, H.2, S. 5-176.

Reuter, Lutz R. (1998): Zu den rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen der Zuwanderung nach Deutschland, in: Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr Hamburg, H.3, S. 3-25.

Reuter, Lutz R. (1998a): Zum Wandel des Bildungsauftrages der öffentlichen Schule: Das Beispiel der interkulturellen Bildung, in: Schulz, Manuel et al. (Hrsg.), Wege zur Ganzheit: Profilbildung einer Pädagogik für das 21. Jahrhundert. Weinheim S. 337-349.

Reuter, Lutz R.; Zhang, Xinke (1997): Zur Schulpflicht von Minderheiten- und Zuwandererkindern im deutschen Schulwesen, in: Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr Hamburg, H.4, S. 3-30.

Sandner, Helge: Gemeinsam lernen, Schüleraustausch in Sachsen-Anhalt, in: Schulleitung, Sachsen-Anhalt I 9.5 S. 1-11 (Loseblattsammlung, Stand Juli 1997).

Schulaufsichtsamt Magdeburg, Beschulung von Kindern, deren Zielsprache Deutsch ist, Magdeburg, 25. April 1995 (Tischvorlage).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Schuljahresanfangsstatistiken, Schuljahre 1994/95 und 1995/96. Halle: Typoskript, 1995 bzw. 1996.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Statistische Berichte. B1 Allgemeinbildende Schulen. Halle 1996.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Statistisches Jahrbuch 1996, Halle 1996.

Zeymer, Bodo (1997): Einführung der zweistufigen Schulaufsicht im Land Sachsen-Anhalt, in: Schulverwaltung MO, S. 247-251.

2.4 Schulrechtssammlungen

Schulrecht, Ergänzbare Sammlung für Schule und Schulverwaltung in Landesausgaben, Ausgabe für das Land Sachsen-Anhalt, hrsg. v. Hansgünter Lang und Holger Knudsen, Neuwied (Stand 1998).

Deutsches Schulrecht, Sammlung des Schul- und Hochschulrechts des Bundes und der Länder, hrsg. v. Axel v. Campenhausen und Peter Lerche, Starnberg (Stand 1998).

3. Bundesebene

BMBF [Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie], Grund- und Strukturdaten 1995/96, Bonn 1996; Grund- und Strukturdaten 1996/97, Bonn 1997; Grund- und Strukturdaten 1997/98, Bonn 1997.

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], Empfehlungen zur Arbeit an der Grundschule, Beschluß vom 2. Juli 1970 in der Fassung vom 6. Mai 1994, abgedruckt in: KMK-Loseblattsammlung Nr. 130.2.

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], „Eingliederung von Berechtigten nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in Schule und Berufsbildung“, Beschluß vom 3. Dezember 1971, in der Fassung vom 12. September 1997, abgedruckt in: KMK-Loseblattsammlung Nr. 901.

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], Dokumentation Nr. 132, Bonn (Mai) 1995.

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], Ausländische Schüler und Schulabsolventen 1985 bis 1994, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Dokumentation Nr. 136, Bonn (Dezember) 1995.

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], Empfehlung „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“, Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 25. Oktober 1996, Bonn: KMK (Typoskript sg318.w51).

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“, Empfehlung vom 25. Oktober 1996, Bonn: Typoskript (November 1996).

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], „Eine Welt/Dritte Welt“ in Unterricht und Schule, Beschluß vom 28. Februar 1997, Bonn: Typoskript (April 1997).

KMK [Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland], Fremdsprachen in der Grundschule, Bericht des Schulausschusses vom 17. September 1997, Bonn: KMK (Typoskript be152LO97).

Jahrgang 1992

- H.1 Wagner, Dieter: Integration deutschstämmiger Aussiedler. Historischer Überblick, Qualifikationsstruktur, Integrationsprobleme, Lösungsmöglichkeiten und -grenzen, 41 S.
- H.2 Klaus Plake/Nicola Ebers/Birgitt Laufer-Helfen: Presse ohne Profil? Ein empirisches Verfahren zur Identifizierbarkeit überregionaler Tageszeitungen, 39 S.
- H.3 Reuter, Lutz R.: Aliens, Refugees, Migrants. How to Define a Refugee? 13 S.
- H.4 Reuter, Lutz R.: Zur Verfassungsentwicklung in Deutschland und zum Stellenwert der europäischen Integration, 46 S.
- H.5 Sterbling, Anton: Wandel oder "Epochenbruch"? 47 S.
- H.6 Schultz, Reinhard: Behörden - Institutionen zur Erbringung von Dienstleistungen oder von Verwaltungsakten? Eine Fallstudie, 150 S.

Jahrgang 1993

- H.1 Klaus-D. Block/Hans-Werner Fuchs: The Eastern German Education System in Transition, 41 S.
- H.2 Anton Sterbling: Traditionale Strukturen und agrarwirtschaftliche Probleme in den Gesellschaften Südosteuropas, 46 S.
- H.3 Ludwig Elle: Zur Entwicklung des sorbischen Schulwesens in der DDR, 56 S.

Jahrgang 1994

- H.1 Schultz, Reinhard: Unternehmensführung - Baustein für Management-Intensivtraining in Osteuropa, 116 S.
- H.2 Reuter, Lutz R.: Bildung und Streitkräfte, 17 S.
- H.3 Henkel, Ludwig: Pädagogische Interventionen im Politikunterricht: Bedingungen und Chancen in der Berufsschule, 122 S.
- H.4 Plake, Klaus: Sozialer Wandel und Geschichte. Aufsätze für Professor Hochstim, 215 S.
- H.5 Sterbling, Anton: Aufbruch oder Konfusion? Zur intellektuellen Lage und den gegenwärtigen Modernisierungsdilemmata in Osteuropa, 41 S.

- H.6 Große, Michael: Identitätskrise ostdeutscher Jugendlicher? Politische und gesellschaftliche Einstellungen von ost- und westdeutschen Jugendlichen im Vereinigungsprozeß, 98 S.
- H.7 Reuter, Lutz R.: Constitutional Developments in Germany since 1945, 51 S.

Jahrgang 1995

- H.1 Hartmann, Uwe: Erich Wenigers Militärpädagogik und ihre aktuelle Rezeption innerhalb der Erziehungswissenschaft, 66 S.
- H.2 Sterbling, Anton: Expressives und geregeltes Verhalten. Über Lebensführung, Lebensstile, Körperlichkeit und Sport, 60 S.
- H.3 Reuter, Lutz R. unter Mitarbeit von José Castiano: Das Bildungssystem in Mosambik: Strukturen, Probleme, Perspektiven, 36 S.
- H.4 Krause, Jürgen: Afrikanische Bildungskonzepte unter besonderer Berücksichtigung des Bildungswesens der Republik Kongo, 61 S.
- H.5 Hagemann, Frank: Die Politorgane der Kasernierten Volkspolizei - Politische Zielsetzung, Aufbau und Wirksamkeit 1952/53, 78 S.
- H.6 Sterbling, Anton: Ethnische Probleme in Rumänien, 46 S.

Jahrgang 1996

- H.1 Lutz R. Reuter: Das ungarische Bildungswesen, 21 S.
- H.2 Anton Sterbling: Überlegungen zum Stand der soziologischen Südosteuropaforschung und zur Sozialstruktur südosteuropäischer Gesellschaften, 63 S.
- H.3 Hans-Werner Fuchs: Vorschulerziehung und allgemeinbildendes Schulwesen in den neuen Bundesländern. Tendenzen - Entwicklungen - Perspektiven, 76 S.
- H.4 Lutz R. Reuter: Schulbildung für Aussiedlerkinder und Migrantenkinder in Mecklenburg-Vorpommern, 28 S.
- H.5 Castiano, José P. u. Reuter, Lutz R.: Sprachensituation und Schulbildung in mehrsprachigen Gesellschaften am Beispiel Mosambiks: Zur Situation der autochthonen Sprachen, zu den Erfahrungen aus einem Pilotprojekt und zu den schulpolitischen Konsequenzen, 38 S.
- H.6 Hans-Werner Fuchs: Zur modernisierungstheoretischen Analyse der Transformation des ostdeutschen Bildungssystems, 71 S.

Jahrgang 1997

- H.1 Hans-Werner Fuchs und Lutz R. Reuter unter Mitarbeit von Danilo Smoczynski: Chronik bildungs- und wissenschaftspolitischer Entwicklungen und Ereignisse in Ostdeutschland 1989 bis 1996, 93 S.
- H.2 Anton Sterbling: Widerspenstige Traditionalität oder posttraditionale Sozialordnung? Aufsätze zu Problemen der Globalisierung, 44 S.
- H.3 Rainer Dieterich, Jürgen Landeck, Inge Meinschien, Ira Rietz, Svenja Wahl: Lernzustandsregulierung durch photo-akustische Stimulation. Experimentelle Überprüfung einer externen Beeinflußbarkeit von Lernleistungen mit Hilfe von Mind-Machines, 41 S.
- H.4 Lutz R. Reuter und Xinke Zhang: Zur Schulpflicht von Minderheiten- und Zuwandererkindern im deutschen Schulwesen, 30 S.
- H.5 Hans-Werner Fuchs: Bildung und Wissenschaft in der SBZ/DDR - 1945 bis 1989, 146 S.
- H.6 Paul Hochstim und Klaus Plake (Hrsg.): Anomie und Wertsystem: Nachträger zur Devianztheorie Robert K. Mertons, 83 S.
- H.7 Anton Sterbling: Zumutungen der Moderne. Aspekte der Kunst, der Wissensordnung und der sozialen Wahrnehmung, 63 S.
- H.8 Beatrix Palt und Lutz R. Reuter: Schulsystem und Minderheitenpolitik in Rheinland-Pfalz und im Saarland, 105 S.
- H.9 Lutz R. Reuter: Schulsystem und Minderheitenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, 89 S.
- H.10 Peter Nieder und Silke Michalk: Das Riga-Projekt - Der lange Weg von der Plan- zur Marktwirtschaft, 59 S.

Jahrgang 1998

- H.1 Lutz R. Reuter und Xinke Zhang: Bildungssystem und Schulbildung in der Volksrepublik China, 45 S.
- H.2 Beatrix Palt, Lutz R. Reuter und Alexander Witte: Schulbildung für Migrantenkinder und Kinder autochthoner Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Synopse schulrechtlicher Bestimmungen, 177 S.
- H.3 Lutz R. Reuter: Zu den rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen der Zuwanderung nach Deutschland, 25 S.

Jahrgang 1999

- H.1 Lutz R. Reuter: Die Aufgaben der UNESCO im Bereich der Bildung, Erziehung und Weiterbildung, 36 S.
- H.2 Jürgen Krause und Alfred K. Tremel: Kulturkontakt anno dazumal: Deutsche Kolonialschulen in Afrika und Asien, 96 S.
- H.3 Beatrix Palt und Lutz R. Reuter: Schulsystem und Minderheitenpolitik in Rheinland-Pfalz und im Saarland, vollständig überarbeitete Auflage des Heftes 8/97, 116 S.
- H.4 Lutz R. Reuter: Schulsystem und Minderheitenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, vollständig überarbeitete Auflage des Heftes 9/97, 105 S.
- H.5 Hans-Werner Fuchs: Schule ohne Schüler? Zur demographischen Entwicklung in den neuen Bundesländern und ihren Folgen für das allgemeinbildende Schulwesen, 80 S.